

WATTENSCHIED 600 JAHRE FREIHEIT



Preis: 5,00 Euro





600 Jahre Wattenscheid

**...wenn das
kein Grund
zum Feiern ist!**

Wattenscheider feiern die Feste, wie sie fallen. Mehr als sonst trifft das auf das Jahr 2017 zu, in dem sich die Stadt für ihre bereits 600 Jahre alte Geschichte feiert.

Wir leisten gerne unseren Beitrag dazu. Arbeiten, leben und lachen in Wattenscheid gehören zu den besten Dingen, die der Ruhrpott zu bieten hat... und noch etwas gilt seit Jahrzehnten: *hoffentlich Allianz versichert!*



Allianz

Generalvertretung Reiner Zoche e.Kfm.
Alter Markt 8 – 44866 Bo-Wattenscheid
Tel. 02327 328909 Fax 02327 328911

Homepage: www.allianz-zoche.de
Email-Adresse agentur.zoche@allianz.de

VORWORT

Liebe Wattenscheiderinnen, liebe Wattenscheider,

wir feiern in diesen Tagen das 600-jährige Jubiläum der Verleihung der Rechte einer Freiheit an das damalige Dorf Wattenscheid. Die Initiative, an dieses historische Datum zu erinnern und es zu feiern, ging vom Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V. aus. Daraus ist durch die Mitwirkung vieler Beteiligter – besonders gedankt sei hier der Werbegemeinschaft Wattenscheid und ihrem Vorsitzenden Wolfgang Dressler sowie Sabine Theis – eine fünftägige Jubiläumsfeier mit mannigfaltigen Veranstaltungen geworden, die hoffentlich zahlreiche Wattenscheider ansprechen und erfreuen wird.

Die vorliegende Festschrift des Heimat- und Bürgervereins greift verschiedene Aspekte der Wattenscheider Geschichte auf, beginnend mit den Umständen bei der Entstehung der Urkunde, in der die Rechte einer Freiheit (stadtähnliche Rechte) festgehalten und an Wattenscheid verliehen wurden. Darüber hinaus werden markante Ereignisse des 19. und 20. Jahrhunderts, die für die Entwicklung Wattenscheids wichtig waren, beleuchtet, wobei aber auch Anekdotisches nicht vergessen wurde.

Ohne das große Engagement der Mitglieder des stadthistorischen Arbeitskreises des HBV sowie einiger Beiträge aus Eiberg und Eppendorf und des grundlegenden Artikels von Dr. Stefan Pätzold, stellvertretender Leiter des Bochumer Stadtarchivs, wäre diese Festschrift nicht zustande gekommen. Viele Stunden wurden damit verbracht, die Hintergründe der einzelnen Themen zu recherchieren und ansprechende Fotos zu finden, um die Darstellung zu veranschaulichen. Wir haben uns bemüht, die Texte allgemeinverständlich und interessant zu gestalten, sodass die Lektüre auf hoffentlich vergnügliche Art und Weise vertiefte Einblicke in die Wattenscheider Geschichte ermöglicht. Für alle, die an differenzierteren Erkenntnissen interessiert sind, haben Autoren, da, wo es sich anbot, Hinweise auf weiterführende Literatur bzw. auf die Quellen, aus denen sie geschöpft haben, gegeben.

Wir möchten uns bedanken für die Grußworte des Oberbürgermeisters, des Bezirksbürgermeisters und das ökumenische Grußwort der Kirchen. Gedankt sei aber auch allen Vereinen und Institutionen, die sich durch Beiträge an dieser Festschrift beteiligt haben. Nicht zuletzt wollen wir uns bei den Inserenten bedanken, die die Drucklegung mit ermöglicht haben.

Wir wünschen Ihnen viel Freude und interessante Erkenntnisse bei der Lektüre.

Für die Redaktion

Berthold Jahlonski

Rudolf Wantoch



Immer da, immer nah.

PROVINZIAL

Die Versicherung der Sparkassen

**600 Jahre Wattenscheid. Ihr
Schutzengel-Team gratuliert zum
Jubiläum.**



Peter Oelmann



Aslanbek Dag

Ihre Provinzial Geschäftsstelle

Oelmann & Dag OHG

Günnigfelder Str. 64a

44866 Bochum

Tel. 02327/223200

Fax 02327/2232022

oelmann-dag@provinzial.de



GRUSSWORT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wattenscheid – alte Hansestadt, legendärer Geburtsort von James Bond, Station auf dem Weg zum Grab des Heiligen Jakob in Santiago de Compostela, unter dem Schutz der Hl. Gertrud stehend – feiert in diesem Jahr stolzes Jubiläum: 600 Jahre Verleihung der Freiheitsrechte!

„Von der Gemeinde zur Gemeinschaft“ – so lautet das Motto der 600-Jahr-Feier im Sommer, die von langer Hand geplant und vorbereitet wurde. Dazu gehört u. a. die Herausgabe der vorliegenden Festschrift, die eine spannende Lektüre verspricht. Sie widmet sich der historischen Entwicklung Wattenscheids und dokumentiert interessante Details, die ansonsten drohen, in Vergessenheit zu geraten. Mein herzlicher Dank gilt allen, die an dieser Dokumentation mitgewirkt haben.

Sie stehen alle in einer Reihe mit Historikern wie Johann Diederich von Steinen, der 1755 in seinem Buch „Westphälische Geschichte“ schrieb: „Von dem Flecken oder Freyheit Wattenscheid. Dieser Ort, welcher klein ist, und etwa aus 160 Haushaltungen besteht, wird durch Bürgermeister und Rath regieret, und hat unter andern auch drei Jahrmärkte, ... da jedes Mal Tages vorher Vieh und Pferdemarkt gehalten wird.“ Ihre Jahrmärkte feierten die Wattenscheider genauso, wie sie zuvor auf dem Viehmarkt ihren Geschäften nachgingen. Sie waren bodenständig, wussten aber eben auch zu feiern. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Für mich gehört bei einem Jubiläum neben dem Rückblick aber immer auch ein Ausblick dazu. Und über den kann man sich am besten austauschen, wenn man sich in geselliger Runde begegnet. „Von der Gemeinde zur Gemeinschaft“ – füllen wir das Motto also mit Leben. Ich freue mich auf Sie!

Ihr



Thomas Eiskirch



GRUSSWORT DES BEZIRKS-BÜRGERMEISTERS DES STADTBEZIRKS BOCHUM-WATTENSCHIED



Von der Gemeinde zur Gemeinschaft, 600 Jahre Wattenscheid!

Liebe Wattenscheiderinnen und Wattenscheider,

wenn das mal kein Ereignis ist. Das junge, moderne und liebenswerte Wattenscheid wird 600 Jahre alt, unglaublich.

1417 erhielt Wattenscheid von Graf Adolf IV. von Cleve-Mark die stadtähnlichen Rechte einer Freiheit, Anfang des 17. Jahrhunderts zählte Wattenscheid ungefähr 700 Einwohner und wurde 1635 durch ein Feuer nahezu vollständig zerstört.

Der Kohlebergbau fand in Wattenscheid erstmalig im Jahre 1722 Erwähnung und er beschleunigte die Weiterentwicklung der Stadt.

Durch das stetige Bevölkerungswachstum erhielt Wattenscheid am 15. Januar 1876 die Stadtrechte. Am 1. April 1926 wurde Wattenscheid kreisfreie Stadt mit 62.780 Einwohnern. Der Bergbau war prägender Erwerbszweig. Dann, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog sich ein schmerzlicher Strukturwandel: Zechen wurden geschlossen, neue Industriebetriebe siedelten sich an. 1974 wurde mit der Zeche „Holland“ die letzte Wattenscheider Zeche stillgelegt. Der Erhalt ihres Förderturms ist heute unsere Aufgabe.

Am 1. Januar 1975 wurden die Städte Bochum und Wattenscheid vom Landtag Nordrhein-Westfalens zu einer neuen Stadt mit dem Namen „Bochum“ zusammengeschlossen. Das von der Aktion Bürgerwille initiierte Bürgerbegehren, bei dem sich 71,43 Prozent der Wattenscheider für die Beibehaltung der Selbständigkeit aussprachen, scheiterte.

Dennoch ist Wattenscheid auch heute, über 42 Jahre nach diesem schmerzlichen Schritt, kein Stadtbezirk, wie jeder andere. Das spezielle Selbstbewusstsein der Wattenscheider, der bei vielen ungebrochene „Freiheitswille“ gegen die kommunale Neugliederung sind schon etwas Besonderes im Konzert der Gesamtstadt.

Aus der Alten Freiheit von 1417, der Stadt von 1876 und der kreisfreien Stadt von 1926 wurde 1975 der zweitgrößte Stadtbezirk einer neuen Stadt Bochum.

Die Gemeinde entwickelte sich über die Zeiten zur Gemeinschaft, und da stehen wir heute.

Und das wollen wir auch gebührend feiern. Nach guter alter Wattenscheider Sitte vom 29. Juni bis 2. Juli 2017 auf verschiedenen Aktionsflächen in der Wattenscheider Innenstadt.

An dieser Stelle danke ich herzlich den Menschen, die sich für eine Feier anlässlich unseres Jubiläums eingesetzt haben und denjenigen, die sich um die Planung, die Organisation und die Realisierung dieses lohnenswerten Projektes kümmern. Darüber hinaus danke ich auch den zahlreichen Sponsoren für ihr Engagement für unser Wattenscheid.

Ein besonderer Dank gebührt unserem Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, der sich spontan bereit erklärt hat, die Schirmherrschaft über die Feierlichkeiten zu übernehmen.

„Glück auf“



Manfred Molszich



ROTTLER

BRILLEN + KONTAKTLINSEN

ROTTLER macht mich

Glücklich

mit Auswahl, Service & günstigen Preisen!

Von der Gemeinde zur Gemeinschaft.

**Wir gratulieren zu 600
Jahren Wattenscheid!**

Einladung zum
kostenlosen
Sehtest!

ROTTLER in Wattenscheid: Oststraße 31 | 44866 Bochum | Tel.: 02327 98830

GRUSSWORT

Liebe Wattenscheider Bürgerinnen und Bürger,

zum Jubiläum der „Alten Freiheit Wattenscheid“ möchten die evangelische und katholische Kirche allen Bürgerinnen und Bürgern einen herzlichen Gruß senden. Bewusst wollen wir dies gemeinsam tun, weil es vor 600 Jahren noch keine Spaltung in der Westkirche gab. Wir schreiben diesen Gruß auch ganz bewusst gemeinsam im Jubiläumsjahr der Reformation, denn uns eint der Blick auf Jesus Christus. Von ihm sind wir zur Einheit aufgerufen, und so wollen wir uns immer wieder neu mühen, gemeinsam als Christinnen und Christen Zeugnis von seiner frohen Botschaft zu geben.

In einem Brief, den der Prophet Jeremia vor mehr als 2600 Jahren an die Verbannten in Babylon schrieb, heißt es: „**Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn; denn wenns ihr wohlergeht, so geht's auch euch wohl.**“ (Jeremia 29,7).

Drei Annäherungen an diesen uralten Brief möchten wir im Hinblick auf Wattenscheid versuchen: „**Suchet der Stadt Bestes.**“ Tut was. Anpacken. Verantwortung übernehmen. Dort, wo man ist und mit anderen lebt. Verantwortung übernehmen hat immer mit Gemeinschaft zu tun.

„**Suchet**“, heißt es bei Jeremia. Das Wohl der Stadt muss immer wieder neu gefunden werden. Wer das Beste für die Stadt sucht, hat das Ganze und die Zukunft im Blick. Dazu bedarf es vieler Menschen, vieler Ideen und Meinungen. Dazu bedarf es der Mitarbeit vieler. Dazu bedarf es vieler Köpfe und Herzen.

„...**und betet für sie zum Herrn.**“ Beten als Übernahme von Verantwortung für die Stadt, in der wir leben, und für ihre Menschen. Wenn ich für etwas bete, ist mir dieses nicht mehr gleichgültig. Im Gebet für die Stadt höre ich auf, der Stadt gleichgültig gegenüber zu stehen.

Beten heißt auch, den Blick zu weiten auf das Ganze und die Zukunft. So möchten wir Sie einladen, mit uns in diesem Jubiläumsjahr Wattenscheids für das Wohlergehen zu beten:

Du Gott des Lebens, wir bringen vor Dich im Gebet all das, was uns im Blick auf Wattenscheid beschäftigt, weil wir es in Deine Hand legen und auf Dich und Deine Nähe vertrauen. Hab Dank für die Menschen, die hier Verantwortung übernommen haben, in politischen Ämtern und Parteien. Stärke alle Kräfte, die ein gutes und friedliches Zusammenleben der verschiedenen Menschen in Wattenscheid fördern und unterstützen. Gib Du den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft Phantasie und Geduld, Liebe und Weitsicht. Lass Sie für das Leben arbeiten und entscheiden. Segne ihr Tun.

Für die evangelische Kirche

Pastorin Monika Vogt

Für die katholische Kirche

Propst Werner Plantzen

WATTENSCHIED 1417

Das Freiheitsprivileg Graf Adolfs II. / IV. von Kleve-Mark für Wattenscheid – ein Meilenstein auf dem Weg zur Stadt

Die Siedlung Wattenscheid an der Radbecke ist sehr alt. Es gab sie bereits gegen Ende des 9. Jahrhunderts. Das geht aus dem ältesten Einkünfte-Verzeichnis des Benediktinerklosters Werden, dem sog. Werdener Urbar A, hervor. Eine Stadt war Wattenscheid damals allerdings noch nicht, war doch der Weg zur Stadtwerdung weit. Als ein bedeutender Meilenstein auf dieser Strecke gilt eine Urkunde aus dem frühen 15. Jahrhundert. Sie ließ der damalige Ortsherr von Wattenscheid, Graf Adolf II. / IV. von Kleve-Mark (geb. 1373; Regierungszeit 1394 - 1448) für die

Bewohner der Siedlung ausstellen. Adolf war (seit 1394) als Graf von Kleve der zweite und (seit 1398) als Graf von der Mark der vierte seines Namens. Die Grafschaft Mark, von der Wattenscheid im Mittelalter gehörte, erstreckte sich übrigens, stark vereinfacht beschrieben, von der Lippe als Begrenzung im Norden ungefähr zwischen den Burgen Blankenstein, Mark (heute in Hamm) und Altena in Form eines Dreiecks bis [Meinerzhagen-] Valbert (im heutigen Märkischen Kreis). Adolfs Urkunde bringt freilich einige Schwierigkeiten mit sich. Das gilt zunächst für ihre zeitliche Einordnung, weil der Text lediglich als Entwurf überliefert ist und keine Datierung trägt. Bei der Überwindung dieses Problems helfen allein inhaltliche Erwägungen



Entwurf der Freiheitsurkunde von 1417; aus: F. W. Bröker: Eine illustrierte Stadtgeschichte, S.27

gen weiter: Der Zeitpunkt, vor dem die Urkunde entstanden sein muss, ergibt sich aus der Tatsache, dass ihr Aussteller Adolf II. / IV. im April 1417 zum Herzog erhoben wurde, in dem vorliegenden Entwurf aber noch den Titel eines Grafen führte. Die Datierung in die Zeit nach 1413 beruht wohl zu Recht auf der Annahme, dass die Urkunde von Adolf dazu gedacht gewesen sei, die Wattenscheider während der seit Herbst jenes Jahres bestehenden Erbstreitigkeiten mit seinem Bruder Gerhard (geb. um 1387), wahrscheinlich im Sommer 1414, auf seine Seite zu ziehen. Denn bei dieser Urkunde handelt es sich um ein Privileg, durch das der Graf, wie es im Originaltext heißt, dem „wibbolte ind borgeren toe Wattenschede“, also dem Weichbild und den Bürgern Wattenscheids, „eyne vryheit“ verlieh.

Mit diesen Formulierungen ergeben sich nun weitere Schwierigkeiten, die der Erklärung bedürfen. Das mittelniederdeutsche Wort „wibbolt“ bzw. „wikbelde / wïkбилde“ (modern: das Weichbild) weist eine schillernde Bedeutungsvielfalt auf und meint hier einen Rechtsbezirk, in dem nicht das ansonsten allgemein übliche, am ländlichen Leben orientierte Landrecht gilt und dementsprechend auch kein Landgericht Recht spricht. Stattdessen herrscht innerhalb des Weichbilds ein eigenes Recht. Solch ein Recht gewährte den „Bürgern“ in der Regel größere Spielräume, als sie die Menschen des Umlands besaßen, bei denen es sich zumeist um Bauern handelte, von denen viele sogar einem Grundherrn hörig waren. Deshalb meint „Vryheit“ („frîheid“, Freiheit) hier nicht bloß allgemein ein ‚Losgelöstsein‘, die Befreiung eines Ortes von bestimmten rechtlichen Beschränkungen durch die Verleihung liberaleren Rechts, sondern konkret eben die Gesamtheit dieser spezifischen, freieren Rechtsbestimmungen des Weichbilds.

Zu diesen Rechten zählt zunächst, wie aus dem Urkundentext hervorgeht, eine eigene, von der umgebenden Bauerschaft separierte und von den Hofbesitzern unabhängige Gerichtsbarkeit. Wattenscheider Bürger hatten innerhalb ihres Ortes das Recht (und die Pflicht), Streitigkeiten durch ihre Mitbürger verhandeln zu lassen. In der Urkunde regelte Adolf, welche Fälle durch den Bürgermeister allein entschieden werden konnten (nämlich solche mit einem Streitwert bis zu einem Heller und fünf Schillingen) und welche in die Kompetenzen eines aus Bürgermeister und Rat gemeinsam gebildeten Gerichts fielen. Letztere ent-

schieden über Körperverletzungen, die zu blutenden Wunden führten, über Verleumdung und Auseinandersetzungen, die den Lebenswandel von Bürgern betrafen. Auch die zu verhängenden Strafen wurden genau festgelegt. So heißt es beispielsweise: „Schläge und Ziehen bei den Haaren ohne Bluterguss soll er [der Täter] büßen mit 1 Heller und 5 Schillingen“. Bürgermeister und Rat oblag es auch, die Maße und Gewichte der in Wattenscheid hergestellten oder zum Verkauf angebotenen Waren zu überwachen und gegebenenfalls Strafen zu verhängen. Hinzu kam die Ausübung der Marktaufsicht. Bürgermeister und Bürgern wurde überdies das Recht eingeräumt, eigene Bestimmungen im Sinne einer verbindlichen Satzung, zu erlassen und deren Einhaltung einzufordern. Für alle freien Bewohner Wattenscheids gültige Erbschaftsregelungen beschließen die Urkunde.

Die Befreiung der Wattenscheider von der Gerichtsbarkeit der Land- und Hofesgerichte, die Schaffung eines eigenen Gerichtsstandes, die Einführung „bürgerlichen“ Erbrechts, die Erwähnung eines Bürgermeisters und Rats sowie das Recht, künftig selbstständig Satzungen festlegen zu dürfen, hoben das Weichbild rechtlich über den Status einer ländlichen Siedlung hinaus. Doch wurde sie dadurch bereits zur Stadt? Die Antwort ist ein klares Nein. Denn in einer Urkunde des Grafen Gerhard zur Mark (1430-1461), des schon erwähnten Bruders von Adolf II. / IV., aus dem Jahr 1432 wurde ausdrücklich zwischen Städten im engeren Sinn und Freiheiten unterschieden: Dort legte Gerhard fest, Wattenscheid nicht durch Dienste und Abgaben höher zu belasten als andere „stæde und vryheite onses landes van der Marcke“. Wattenscheid wurde zu den märkischen Freiheiten, nicht zu den Städten, gezählt.

Diese Beobachtung erlaubt nun weitere Feststellungen: 1.: In den Quellen des 15. Jahrhunderts begegnet Wattenscheid als „Weichbild“ wie auch als „Freiheit“. 2.: In beiden Fällen ist somit eine Bedeutungserweiterung der Wörter festzustellen: Unter einem Weichbild wird hier nicht mehr der Rechtsbezirk eines aus dem Landrecht herausgehobenen Ortes gemeint, sondern der Ort als solcher selbst, charakterisiert als eine nicht-ländliche Siedlung. Ebenso meint „Freiheit“ nicht allein das Freisein von rechtlichen Beschränkungen oder bestimmte weniger stark beschränkende Rechte, sondern auch den Raum, für den die Befreiung gilt: Sie wird als „Flächen-Freiheit“ verstanden. Mehr noch: Solche „Flächen-Frei-

Übersetzung:

Wir Adolf, Graf von Kleve und zu der Mark, tun kund und offenbar allen Leuten, die diesen Brief sehen oder lesen hören, daß Wir für Uns und Unsere Erben und Nachkömmlinge, die Grafen zu der Mark, gegeben haben und geben Unserem Wigbold und Unseren Bürgern zu Wattenscheid eine Freiheit, wie hiernach geschrieben.

Jeder Bürger ist schuldig und soll dem Mitbürger zu Rechte stehen vor dem Bürgermeister zu Wattenscheid jeden Tag dreimal. So soll mag ein Bürger den anderen beschuldigen bei Ansprüchen bis zu einem Heller und 3 Schillingen, gleichmäßig bei jedweder Klage oder Schuld, die dorthin gehört; aufgenommen ist Klage und Schuld, die den Tod eines Menschen betrifft.

Ferner soll derselbe Bürgermeister mit dem Räte der Bürger richten über Schläge und Körperverletzungen, bei denen Blut fließt und die innerhalb der Friedenssäße des genannten Wigboldes geschehen, sowie über üble Nachrede und Verleumdungen, Ehre und Ehrensandel betreffend.

Wer hierzu sich vergeht und schuldig befunden wird, der soll Buße tun den vorgenannten Bürgern mit 3 Hellern und 15 Schillingen. Andere Schläge und Ziehen bei den Haaren ohne Unterweg soll er büßen mit 1 Heller und 3 Schillingen.

Wer Keiße oder andere leichte Scheltworte spricht gegen den Anderen, der soll büßen und bezahlen 4 Pfennige. Wer sich weigert, diese Buße zu tun, den soll man in das Gefängnis setzen, solange, bis er die Buße getan hat. Wer aber die Strafe wegen Schmut nicht bezahlen kann, er träre Weib oder Mann, der soll als Buße Steine tragen.

Der Bürgermeister soll mit den Bürgern bestreiten und prüfen alle Klage und Geinichte. Wer Unrecht tut zu Schffel und Waage, der ist schuldig zu büßen mit 3 Hellern und 15 Schillingen. Wer kein volles Biermaß gibt, der soll geben als Buße 7 Pfennige, sofern die falschen Maße dem Bürgermeister und den vorgenannten Bürgern vorgelegt werden; vor dieser Strafe soll den Übeltäter kein guter Mann durch Witten schützen. Wer nicht geprüfetes Maß gebauert, der soll es büßen mit 3 Schillingen.

Wer auf freien Verkauf zu backen pflegt und das Brod kleiner macht, als es von Rechts wegen sein soll, und dessen beschuldigt wird vor dem Bürgermeister und den vorgenannten Bürgern, der soll als Buße geben 4 Pfennige; anßerdem soll ihn zu einem Verkaufpreis von 1 Pfennig gebackene Brod für dreibiertel Pfennig verkauft werden.

Niemand soll auf den Markttage um des Weiterverkaufs willen, von welcher Handesware es auch sei, etwas kaufen, bevor die ganze Gemeinheit sich eingebercht hat. Und alle Ware, die man zu Wattenscheid die Woche hindurch verkauft, die soll man verkaufen und gebe für das selbe Geld, wie man sie gemeinlich verkaufte am Markttage. Wer das nicht tut, soll es mit 3 Schillinge büßen.

Bürgermeister und Bürger mögen was sich aus zu allen Zeiten, wenn sie wollen, auch eine Ortschaftung erlassen und deren Beobachtung gebieten unter einer Strafe von 3 Schillingen oder weniger, sowie sie jeder Zeit widerrufen.

Ein jeder Bürger darf seinen Mitbürger verklagen nur vor dem Bürgermeister und anderswo nicht.

Wenn Leute sterben, die zu Wattenscheid wohnen oder zu wohnen kommen, aus welchem Lande sie auch sind und sofern sie nicht Leibeigen sind, so sollen deren nächste Erben, die dort wohnen oder dorthin kommen, haben und erhalten ihr Gut, das sie haben und hinterlassen; daran wollen Wir und jemand von Unserer wegen nicht hindern oder brechten; wenn aber niemand binnen Jahr und Tag kommt, der ein rechter Erbe wäre, das Gut zu erheben, so wollen Wir oder Unsere Erben solches Gut haben und erheben.

Übersetzung der Urkunde; aus: Ed. Schulte: Geschichte der Freiheit Wattenscheid, Wattenscheid 1925, S. 106 f

heiten“ konnten auch Siedlungen sein, darunter eben jene Weichbilder, wie Wattenscheid eines war. Die Unterscheidung von Stadt und Freiheit bzw. Weichbild hat sich auch die Stadtgeschichtsforschung zu eigen gemacht, indem sie als Flecken, Freiheiten oder Weichbilde bezeichnete Orte unter dem Oberbegriff der ‚städtischen Minderformen‘ zusammenfasst. Darunter versteht der Verfasser des einschlägigen Artikels im „Lexikon des Mittelalters“ „alle Siedlungsformen, deren Funktionalität und / oder rechtliche Qualität über der eines Dorfes liegen, den Grad einer Stadt aber nur unvollkommen oder nur in einzelnen stadtdefinierenden Kategorien errei-

chen“. Das gilt etwa hinsichtlich der Rechtsstellung, der Zentralfunktionen für das Umland, der Einwohnerzahl oder des Siedlungsbildes. Damit gibt es zwar einen deutlichen Rangunterschied zwischen Städten und Freiheiten bzw. Weichbilden, aber keinen grundsätzlichen Gegensatz.

Allen diesen Freiheiten, Weichbilden und anderen teil-privilegierten, gefreiten Orte war, so schrieb der Stadthistoriker Heinz Stooß „eine gewisse, freilich oft nur schwer zu fassende Verkürzung der Privilegien, ein Gehemmtsein in der Entwicklung“ gemeinsam, sodass „die Übergänge vom Dorf her, zur Vollstadt hin“ fließend wurden. Diese Reduktion

der Stadtqualität war nach Stoobs Meinung bei den Minderstädten im Gegensatz zu anderen städtischen Kümmerformen gewollt. Von vornherein blieben diese reduzierten Stadtbildungen fest in der Hand ihrer landesherrlichen Gründer. Diese Feststellungen zur Urkundenterminologie entsprechen durchaus den Beobachtungen zu Inhalt und Intentionen besonders des Stückes von 1413 / 17. Die Freiheit Wattenscheid, so wird man feststellen dürfen, sollte dem Willen des Grafen von der Mark zufolge seiner Landesherrschaft eingeordnet werden. Denn Freiheiten dienten – wie vollberechtigte Städte – immer auch der herrschaftlichen Kontrolle, Erfassung oder Sicherung des Raumes.

Das zeigt sich schon daran, dass die Grafen von der Mark bereits frühzeitig mit der Privilegierung von Orten und somit der Schaffung von städtischen oder stadtähnlichen Stützpunkten begannen (so etwa mit Hamm, Blankenstein oder Kamen) und die Maßnahmen im 13. und 14. Jahrhundert unvermindert (etwa mit Iserlohn, Unna und Lüdenscheid) fortsetzten, um unzureichend geklärte Herrschaftsverhältnisse in einem Raum mit politischer oder rechtlicher Gemengelage zu stabilisieren oder bürgerliche Freiheitsbestrebungen zu kanalisieren. So verwundert es nicht, dass sich die Urkundentexte und -inhalte ähnelten. Das gilt auch für das Wattenscheider Privileg und eine (freilich in Latein abgefasste) Urkunde für Bochum von 1321, wie Heinrich Schoppmeyer 2009 hervorhob. Der Wattenscheider Text weicht nur an wenigen Stellen von dem Bochumer ab, etwa wenn es um Marktregelungen, die Nutzung der Viehweide und die Gerichtsfolge geht. Ein auffälliger Unterschied bei ansonsten wörtlicher Übereinstimmung liegt allerdings darin, dass die Wattenscheider Urkunde an vielen Stellen, an denen die Bochumer noch den Schultheißen erwähnt, bereits einen Bürgermeister nennt. Das ist vermutlich dem 1414 fortgeschrittenen Stand der Verfassungsentwicklung geschuldet. Ungeklärte Herrschaftsverhältnisse um 1414: Das meint nicht nur die Beziehungen der Grafen von der Mark zu anderen Herren im äußersten Nordwesten seines „Land“ genannten Gebotsbereiches oder zu den „borgeren“ ihrer Weichbilde, sondern auch innerhalb der regierenden Adelsfamilie von Kleve und Mark. Denn seit 1409 stritten Adolf II. / IV. und sein Bruder Gerhard um das Erbe. Gerhard, der ursprünglich für eine geistliche Laufbahn vorgesehen war,

hatte deshalb auch in Köln und Paris studiert und war seit 1402 Propst des Xantener Viktorstifts. Seit 1408 forderte er jedoch immer dringlicher eine Teilhabe an der Herrschaft des Bruders und schließlich sogar die selbstständige Regierung in der Grafschaft Mark. Nachdem Adolf 1409 zunächst versucht hatte, seinen Bruder mit minimalen Zugeständnissen abzuspeisen, sah er sich 1413 genötigt, ihm den Zoll von Kaiserswerth, einen Großteil des märkischen Süderlandes samt dazugehörigen Städten und Freiheiten zu übertragen. In diesen Kontext dürfte die Wattenscheider Urkunde gehören: Adolf bemühte sich, seine Herrschaft in dem ihm verbliebenen Teil der Grafschaft Mark zu stabilisieren und privilegierte das – an wichtiger geographisch-politischer Stelle zwischen Essen und Bochum gelegene – Weichbild Wattenscheid mit einer Freiheit, behielt sich aber die Kontrolle des nicht zur Stadt im vollen Rechtssinn erhobenen Ortes vor. Stefan Pätzold

Literaturhinweise:

- Bröker, Franz-Werner: Wattenscheid. Eine illustrierte Stadtgeschichte (Beiträge zur Wattenscheider Geschichte, Bd. 13), Bochum-Wattenscheid 1983, S. 25-27.
- Ehbrecht, Wilfried: „Minderstadt“ – ein tauglicher Begriff der vergleichenden historischen Städteforschung? In: Knittler, Herbert (Hg.): Minderstädte, Kümmerformen, gefreite Dörfer. Stufen zur Urbanität und das Märkteproblem, Linz 2006, S. 1 - 50.
- Fahlbusch, Friedrich Bernward: Art. Minderformen, städtische. In: Lexikon des Mittelalters, Bd. 6 (1992 / 93), Sp. 633.
- Hagemann, Manuel: Art. Adolf II. (1373-1448), Herzog von Kleve (1394-1448). In: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/personlichkeiten/A/Seiten/AdolfII.vonKleve.aspx> (abgerufen am 07.10.2016)
- Hagemann, Manuel: Adolf II. von Kleve (1373-1448), in: Klevischer Verein für Kultur und Geschichte (Hg.): Klevische Lebensbilder, Bd. 1, Kleve 2013, S. 19-28.
- Pätzold, Stefan: Von der „villa“ zum „wibbolt“. Wattenscheids Geschichte im Mittelalter. In: Ders. (Hg.): Bochum, der Hellwegraum und die Grafschaft Mark im Mittelalter (Schriften des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte, Bd. 2), Bielefeld 2009, S. 123-146.
- Schoppmeyer, Heinrich: Die Städtepolitik der Grafen von der Mark. In: Pätzold, Stefan (Hg.): Bochum, der Hellwegraum und die Grafschaft Mark im Mittelalter (Schriften des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte, Bd. 2), Bielefeld 2009, S. 97-122.
- Schoppmeyer, Heinrich: Wattenscheid (Bochum) (Westfälischer Städteatlas, Lieferung XI, 5), Altenbeken 2010.
- Schütte, Leopold: Wörter und Sachen aus Westfalen 800 bis 1800 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Bd. 17), Münster 2007, 260-263, 686 f.

- Schulte, Eduard (Bearb.): Staatliche Geschichtsquellen Wattenscheids (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Wattenscheid, Heft 2), S. 51-53 (Druck der Urkunde von 1413 / 17).
- Stoob, Heinz: Minderstädte. Formen der Stadtentstehung im Spätmittelalter, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 46 (1959), S. 1-28.

Abb.:

Faksimile in: Bröker, Franz-Werner: Wattenscheid. Eine illustrierte Stadtgeschichte (Beiträge zur Wattenscheider Geschichte, Bd. 13), Bochum-Wattenscheid 1983, S. 27.

EINE KLEINE GESCHICHTE EPPENDORFS

Die Geschichte Eppendorfs geht zurück auf das Jahr 890. Da tauchte zum ersten Mal im Heberegister des Klosters Werden der Name „Abbingthorpe“ auf, aus dem im Laufe der Jahrhunderte der Name „Eppendorf“ entstand. Der Name der Ortschaft „Abbingthorpe“ leitet sich ab von dem Begriff „Dorf des Abtes“. Die ursprüngliche Form Eppendorfs war die eines Haufendorfes, was auf alten Abbildungen unschwer zu erkennen ist.

In der Ortsmitte befand sich der „Thieplatz“, auf dem in früheren Zeiten die Rechtsprechung der Bauernschaft stattfand, der aber auch für Versammlungen und Feste genutzt wurde. Dieser Platz wurde ab dem Jahr 1866 zum Denkmal Eppendorf. Noch heute stehen dort zwei Eichen, deren Vorgänger im November 1866 an derselben Stelle in der Ortsmitte pflanzten.

Trotz seiner hohen geographischen Lage (ca. 135 m) verfügte Eppendorf über einen hohen Grundwas-

serspiegel, einen großen Teich, den Hunnepoth, der durch mehrere Quellen und zulaufende Bäche gespeist wurde und eine große Anzahl an Brunnen, die der Wasserversorgung dienten.

Wegen seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu Bochum-Weitmar wurde Eppendorf schulisch und kirchlich von der Nachbargemeinde mitverwaltet. Die erste Schule im Dorf wurde erst 1817 eröffnet. Sie stand auf dem heutigen Thorpeplatz. Die Initiative dafür ergriff der damalige ev. Pfarrer Petersen, der auch für die seelsorgerischen Belange der Eppendorfer zuständig war.

Trotz der Nähe zu Bochum war Eppendorf immer eine eigenständige Gemeinde des Amtes Wattenscheid. Per Abstimmung vom 14. September 1920 (1) entschied der Gemeinderat mit fünf zu eins Stimmen im Eingemeindungsjahr 1926 ein Ortsteil der kreisfreien Stadt Wattenscheid zu werden. Nur bei der Straßenbahn, die im Juli 1913 in Betrieb genommen wurde, stimmten die Ortsvertreter über eine Strecke ab, die von Oberdahlhausen durch Eppendorf und weiter

Die hier zu sehende Skizze zeigt die typische Form eines Haufendorfes. Um einen Ortskern herum, der aus einer Kreuzung mehrerer Straßen besteht, gruppieren sich die Wohngebäude und Gehöfte der Bauernschaft.

Quelle: Eppendorfer Heimatbuch Teil 1 von 1984
Originalskizze (Copyright: d-h Design 251474)
für Bericht geändert



über Bochum-Hbf. nach Bochum-Laer führte. Im November 1973, nach 60 Jahren, wurde sie eingestellt und durch eine Buslinie ersetzt. (Quelle: Akte – A-Wat. 1259 S. 31)

Neben der Landwirtschaft, die das Gesicht der Ortschaft prägte, siedelte sich auch die Industrie in Eppendorf an. Ca. 14 Schürfstellen, Kleinzechen und Zechen, von denen die größte die Vereinigte Engelsburg war, deren Ursprünge auf das Jahr 1739 zurückgehen, gaben vielen Menschen aus dem Umkreis Arbeit und Brot. Viele dieser Kleinzechen hatten allerdings nur eine kurze Lebensdauer und wurden nach dem Zweiten Weltkrieg privat betrieben und dienten zum Teil der Eigenversorgung. In den Jahren 1923 / 24 wurde unter der Leitung von Prof. Kreis das Gebäude der Verwaltung des Bochumer Vereins, noch auf Eppendorfer Gebiet an der Essener Straße, errichtet, vor dem bis 1982 die Gussstahlglocke stand, die sich jetzt vor dem Bochumer Rathaus befindet.

Die Verwaltung des Bochumer Vereins, der Thiemannshof, die Zeche Engelsburg und das gesamte

Wohngebiet rechts und links der Engelsburger Straße, die sogenannte Engelsburg, zwischen Bahnlinie im Süden und über die Essener Straße hinaus im Norden gehörten zu Eppendorf. Fast die Hälfte des Eppendorfer Gemeindegebietes eignete sich die Stadt Bochum am 1. April 1926 beim Zusammenschluss der Wattenscheider Gemeinden zur kreisfreien Stadt Wattenscheid an und nahm damit den Ortsteilen Westenfeld (Martinswerk), Höntrop (Röhrenwalzwerk) und Eppendorf (Zeche Engelsburg) die wichtigsten Steuereinnahmequellen der drei Wattenscheider Ortsteile. Danach ist es nie wieder gelungen, eine größere Industrie in Eppendorf anzusiedeln.

49 Jahre später, zum 1. Januar 1975, eignete sich die Stadt Bochum durch eine höchst zweifelhafte Volksabstimmung die gesamte Stadt Wattenscheid an, und beraubte sie somit ihrer Freiheit, die sie im Jahr 1417 durch den Grafen Adolf IV. von Cleve-Mark verliehen bekam.

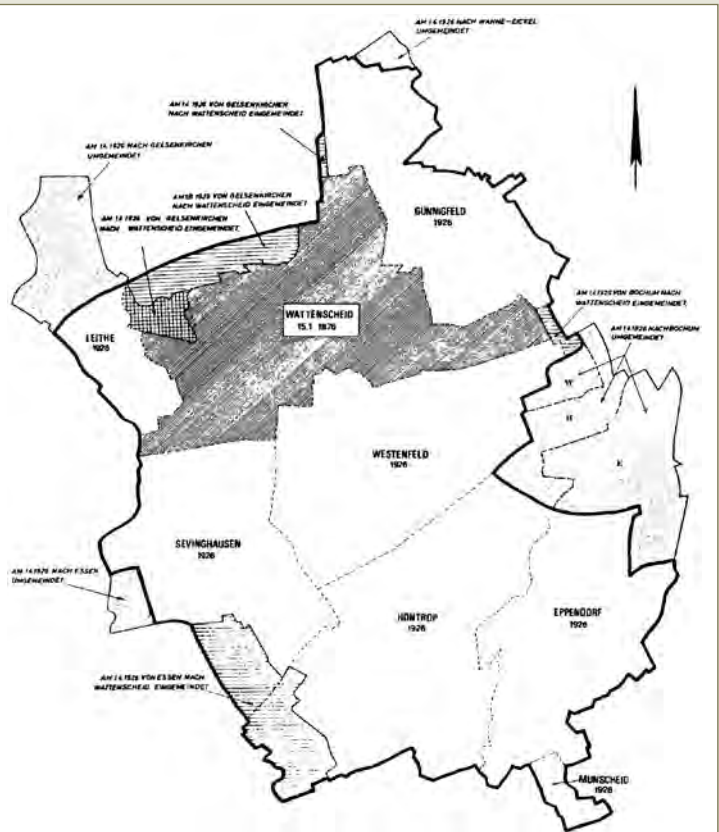
Jürgen Reinhardt und Harald Wapelhorst

Erklärung zur obigen Skizze:

Die Gebiete rechts (bezeichnet mit W-H-E) sind die, die sich die Stadt Bochum im Jahr 1926 aneignete. In ihnen befanden sich die zu der Zeit größten Steuerzahler der drei Stadteile Westenfeld, Höntrop und Eppendorf.

Trotz der umfangreichen Baumaßnahmen, die schon in den 50er und 60er Jahren begannen und bis heute andauern, ist Eppendorf immer noch ein beliebtes Wohngebiet, das seinen ländlichen Charakter nicht verloren hat. Dafür sorgen u. a. die fast vier Hektar große Streuobstwiese, die eine der größten im Ruhrgebiet ist, und die immer noch verstreut liegenden alten Bauernhäuser. Mit seinen Kindergärten, Kirchen, der Grund- und Gemeinschaftsschule, der großen Altenwohnanlage, dem Pflegeheim, seinen kleinen Restaurants und dem ortsansässigen Heimatverein kommt auch das kulturelle und soziale Leben auf seine Kosten.

Quelle: Wattenscheid – eine illustrierte Stadtgeschichte von F. W. Bröker, S. 157, Abb. 163 von Dieter Senzek (Abbildung für den Artikel verändert)



Jeden Tag ein bisschen besser.

REWE

Mokanski

*6x in Bochum,
Wattenscheid
und Herne.*



*Wir freuen
uns auf
Ihren Besuch!*

Wattenscheid Höntrop

Wattenscheider Hellweg 163-165

Tel.: 02327/547981

montags bis samstags:

7-21 Uhr

Wattenscheid Westenfeld/Höntrop

Westenfelder Str. 202

Tel.: 02327/957196

montags bis samstags:

7-24 Uhr

Wattenscheid Hochstraße 23

Tel.: 02327/546921

montags bis samstags:

7-21 Uhr

Bochum Weitmar-Bärendorf

Hattinger Str. 223a

Tel.: 0234/3253730

montags bis samstags:

7-21 Uhr

Herne-Wanne Hauptstr. 99

Tel.: 02325/3904

montags bis samstags:

7-21 Uhr

Herne- Holsterhausen

Dorstener Str. 283

Tel.: 02325/5587315

montags bis samstags:

7-22 Uhr

DER HEIMATGESCHICHTSKREIS EIBERG GRATULIERT

Wer im Mittelalter vom Land in eine Stadt oder in einen Ort ging, dem die Rechte einer Freiheit verliehen waren, der war frei und konnte vom Grundherren nicht mehr zurückverlangt werden. Mit diesem besonderen vom Grafen von Kleve / Mark verliehenen Recht, mit dem allgemein auch ein Marktrecht verbunden war, erhielt der Ort zugleich auch eine deutliche wirtschaftliche Aufwertung. Das ist es wert, in Erinnerung gerufen zu werden, und ein 600-jähriges Jubiläum ist zugleich für die Nachbarorte ein Grund zur Mitfreude. Wie auch das Wattenscheider Wappen das märkische rot-weiße Schachbrettband ziert, so befindet es sich ebenfalls im Wappen der ehemals selbstständigen Gemeinde Eiberg, und das sogar auf beiden Wappenhälften. Die lange westfälische Zugehörigkeit zur Grafschaft Mark, die 1243 begann, und die damit verbundene Zuordnung zum Landgericht Wattenscheid, wird somit sichtbar. Der Schultentitel für die Bauerschaft Eiberg findet sich folgerichtig zuerst in Wattenscheid und wird dort erstmals 1326 in dem Mitgliederverzeichnis der Kalandes erwähnt.¹⁾ Wappen von Schulte-Bockholt: Löwen, Greifenhorst (Hinweis auf Namen und das ausgedehnte Buchengehölz) Pferdeprame unter dem Schlüsselloch, unten angehängt ein Siegel als Zeichen für die Verwaltungsaufgabe eines Schulten.



Eiberger Wappen; Foto privat

Gemäß einer preußischen Landgemeindeordnung wurde Eiberg 1844 selbstständige Landgemeinde mit einem Gemeindevorsteher und sechs Gemeindeverordneten. Die Zuordnung zum Amt Wattenscheid blieb.²⁾ Bei großen Veranstaltungen wie Gebehochzeiten borgte man sich, obwohl man in Eiberg kirchlich zu St. Laurentius Steele gehörte, von der Gertrudiskirche in Wattenscheid das benötigte Geschirr.



Wappen Schulte-Bockholt; Foto privat

Politisch gehörte man ja zu Wattenscheid. Übrigens wurde die größte Gebehochzeit der Region, die eine echte Hochzeit war, 1825 im heutigen Wattenscheid-Eiberg auf dem Hof Drenhaus / Grümer gefeiert, wo auch noch eine Teilnehmerliste existiert.³⁾ In der Folgezeit der Reformation liebäugelten manche Eiberger Bauern mit der neuen Konfession und spendeten an die Wattenscheider evangelische Kirche. Es gibt vielfältige Beziehungen zu Wattenscheid, die hier nicht alle aufgelistet werden können. Der mittelalterliche Siedlungskern Eibergs wurde bereits um 1150 im Heberegister der Abtei Werden erwähnt und liegt an der Varenholzstraße, also auf Wattenscheider Gebiet. Der Brunnen auf der Wiese stammt von einem der dort ersterwähnten Höfe. Nachdem sich 1919 die märkischen Gemeinden Horst, Königssteele, Freisenbruch und Eiberg zu einer Großgemeinde zusammengeschlossen hatten, musste Westfalen 1926 diese Gemeinden bei der Vereinigung mit Steele an den Reg.-Bez. Düsseldorf abtreten. Dabei wurde Eiberg geteilt. Der westliche Teil gehört heute zu Essen, der östliche Teil zur Stadt Bochum und bildet dort den Ortsteil Wattenscheid-Eiberg.

Die alte Verbundenheit Eibergs zu Wattenscheid ist trotz der Teilung geblieben, was hier das Foto von der Einweihung der Gedenktafel am mittelalterlichen Siedlungskern Eibergs durch Bezirksbürgermeister Hans Balbach und Heinz Kessler, dem ehemals Vorsitzenden des HBV Wattenscheid beispielhaft zeigt, ähnlich auch bei der gemeinsamen Denkmaltafel „Alte Schmiede“ bei Staleiken.



Brunnen auf dem Hof Heinrichs; Foto privat

Der Gedenkstein über „850 Jahre Eiberg“, der in Höntrup-Eiberg nicht weit vom Friedensbildstock steht, wurde 2016 gemeinsam von HBV Wattenscheid (Herrn Kessler) und HGK Eiberg (Herrn Schlich) als Zeichen der guten Zusammenarbeit beider Vereine enthüllt. Erwähnt sei noch, dass für ein gutes Zusammengehörigkeitsgefühl der Höntrup-Eiberger der traditionsreiche Männergesangsverein „Deutsche Eiche Höntrup-Eiberg“ beigetragen hat. Leider gibt es mit dem Abzug vom Café Fränzchen nach Untereiberg im Bereich Wattenscheid-Eiberg keinen geeigneten Versammlungsraum mehr, so dass die Vorträge nunmehr alle im benachbarten Untereiberg am Schultenweg stattfinden. Auch bedauern wir, dass die Wohnplatzbezeichnung Eiberg nur in dem amtlichen Stadtplan von Essen, aber nicht in dem von Bochum verzeichnet ist. Das tut aber der Mittfreude über das 600-jährige Stadtjubiläum Wattenscheids keinen Abbruch.

Gregor Heinrichs, HBV-Mitglied

Literaturnachweis

- 1) Christian Schlich: Die alte Bauerschaft Eiberg-Höfe, Kotten und ihre Bewohner, S. 26, Selbstverlag Eiberg 2015
- 2) Christian Schlich: 850 Jahre Eiberg, S. 37, Selbstverlag Eiberg 2015
- 3) Gregor Heinrichs: Schwarzes Kleid und weißer Schleier, S. 18 ff, Selbstverlag Eiberg 2014



Enthüllung der gemeinsamen Denkmaltafel „Alte Schmiede“ bei Staleiken; Foto privat

DIE GERTRUDISKIRCHE IN WATTENSCHIED

Wahrzeichen und Mittelpunkt der Stadt

Dass die Propsteikirche St. Gertrud von Brabant in Wattenscheid eine der ältesten Kirchen der Region ist, ist ihr heute auf dem ersten Blick nicht anzusehen. Der neogotische Bau wurde in den Jahren 1868 bis 1872 errichtet und stellt daher eigentlich keine lange Tradition dar. Richtet man aber den Blick auf das Westwerk, den Kirchturm, lässt sich das wahre Alter der Kirche erahnen. Wandert der Blick weiter, erscheinen gotische Fenster mit Maßwerk, die sich aber deutlich von den Mauern unterscheiden, die sie umgeben. Auch die Mauern des Kirchturms wirken im Vergleich zum Kirchenschiff andersartig. Oben an dem Kirchturm sieht man kleine Fenster mit Rundbögen im romanischen Stil, die eine weit zurückreichende Geschichte der Propsteikirche andeuten.

Ausgrabungen innerhalb der Kirche im Jahr 1977 bestätigten dies. Entdeckt wurden Fundamente von drei steinernen Vorgängerkirchen. Die Fundamente der ersten Kirche lassen sich auf das 9. Jahrhundert datieren und belegen damit nicht nur die Anfänge der Christianisierung in dieser Region, sondern auch die Gründung Wattenscheids.

Als Karl der Große das Reich der Sachsen zu christianisieren beschloss, kam er auch in den Brukerergau, welcher sich zwischen Rhein und Weser befand. Dabei nutzte er den Hellweg, auf dem er auf der Höhe des Leithebachs, der ungefähren Grenze des sächsischen Gebiets, auf Widerstand stieß. Karls Sieg über die Sachsen führte zu einer weitreichenden Christianisierung des Reiches im 9. Jahrhundert. Auf Grund dieses Ereignisses wurde eine Kirche in dem Ort Wattenscheid gegründet, der sich aufgrund seiner Lage als idealer Standort erwies, um zum einen die Stellung des Christentums zu verdeutlichen und zum anderen sich vor Feinden zu schützen. Diese erste Kirche wurde der heiligen Gertrud von Brabant geweiht, der Ur-Ur-Großtante Karls des Großen. Als der Landesherr Graf Adolf IV. von Cleve-Mark 1417 Wattenscheid die stadtähnlichen Freiheitsrechte verlieh, wurde sie zudem die Schutzpatronin der Stadt Wattenscheid.

Um das Jahr 1000 wurde die zweite steinerne Kirche in Wattenscheid gebaut. Hierbei handelte es sich um eine „frühromanische dreischiffige Basilika aus ottonischer Zeit mit Turm“ (Bröker, S. 15.). Sie hatte eine Länge von

14,50 m. Die Breite des Mittelschiffs betrug 5,40 m, die der Seitenschiffe rund zwei Meter. Der Turm hatte eine Kantenlänge von 9 m und bestand aus einem 2,5 m dicken Mauerwerk. Der ursprüngliche Kirchturm ist bis heute weitestgehend erhalten geblieben. Nicht nur der Turm stammt aus dieser Zeit des Kirchenbaus, sondern auch der Taufstein der Kirche. Er ist ebenfalls um 1000 entstanden. Damit ist er der älteste Taufstein Westfalens und noch heute ein Schmuckstück der kirchlichen Inneneinrichtung. Der Taufstein wurde aus Ruhrsandstein, vermutlich von Benediktinermönchen in Werden, angefertigt. Er ist 81 cm hoch und hat einen ebenso großen Durchmesser. An vier Seiten des Taufsteins werden im Relief die Geburt, die Taufe, die Kreuzigung und Wiederauferstehung Jesu dargestellt.

Der verheerende Stadtbrand von 1451 zerstörte ganz Wattenscheid und damit auch die Propsteikirche St. Gertrud. Das einzige Element der Kirche, das standhielt, war der romanische Kirchturm. An ihm wurde auch die dritte Kirche gebaut. 1665 bekam der romanische Kirchturm schließlich seinen „Helm“, woraus sich ein sehr dominantes Bild der Kirche ergab. Da die Kirche auf einem Hügelrücken errichtet wurde und zudem ein hohes Bauwerk war, schien sie förmlich über den Fachwerkhäusern Wattenscheids zu thronen, weshalb sie „1507 als ein ‚ländliches Kastell‘ beschrieben wird“ (Ebd., S. 23.). Heute gibt es nur noch eine Statue der St. Gertrud, welche von der Inneneinrichtung dieser dritten Kirche erhalten geblieben ist, eine Holzstatue eines Barockaltars. Sie wurde auf einen Sockel aus der Kirche von Nivelles aufgestellt und ist in dieser Form



Propsteikirche um 1900; Stadtarchiv Bochum

heute an einer der Säulen des Neubaus zu sehen. Im 19. Jahrhundert gab es aufgrund der Industrialisierung sehr viele Zuwanderer, die sich auch in Wattenscheid niederließen. Eine höhere Anzahl von Bürgern bedeutete auch eine höhere Anzahl von Gemeindemitgliedern, die den Gottesdienst besuchten. Somit konnte die Kirche bald nicht mehr genügend Platz für alle Besucher bieten. Der 1859 neu eingeführte Pastor Theodor Menke veranlasste daher den Bau eines neuen und größeren Gotteshauses. Die Pläne der neuen Kirche stammten von Arnold Güldenpfnig, der hauptsächlich Sakralbauten entwarf. Für die neue Kirche musste die alte Kirche mit den drei Baustilen weichen. Nur der Turm blieb stehen, da Pastor Menke „für dessen Abbruch kein[en] Grund“ (Schulte, S. 9) sah. So wurde der Teil aus dem frühen Mittelalter erhalten. An ihm wurde eine fünfschiffige Hallenbasilika im neogotischen Stil erbaut, die bis heute zu sehen ist.

Weil die Häuser der Stadt um einige Stockwerke höher wurden, anders als es zu Zeiten der bäuerlichen Fachwerkhäuser der Fall war, wurde der Kirchturm 1895 aufgestockt. Bis heute hat er eine Höhe von 65 m.

Die Kirche hat zwei Weltkriege überstanden. Keine Bombe hat dieses sakrale Gebäude getroffen, jedoch haben Kirche und Gemeinde ihre Glocken verloren. Vier der sechs Bronzeglocken wurden kurz nach dem zweiten Stadtbrand von 1635 und die anderen beiden 1779 und 1895 gegossen. 1942 wurden fünf dieser Glocken eingeschmolzen, „nur die Sturm-Glocke von 1779 blieb“



Ausgrabungen im Jahre 1977; Foto G. Isenberg



1000-jähriger Taufstein; Stadtarchiv Bochum

(Ebd., S. 11). Die fehlenden Glocken wurden mit Gussstahlglocken ersetzt und sind bis heute existent.

Die Propsteikirche St. Gertrud von Brabant in Wattenscheid besitzt eine lange Tradition, die sehr stark mit der Geschichte der Stadt Wattenscheid verbunden ist. Mit der Gründung der Kirche entstand auch die Siedlung in Wattenscheid. Die Schutzpatronin der Kirche wurde zur Schutzpatronin der Stadt.

Ereignisse, die den Ort Wattenscheid betrafen, beeinflussten die Geschichte der Kirche. So zerstörte der Stadtbrand von 1451 die ottonische Basilika, weshalb ein prächtiger gotischer Sakralbau errichtet wurde. Gleiches gilt für die starke Zuwanderung nach den Bauernkriegen und dem Beginn der Industrialisierung, die ebenfalls einen Neubau mit sich zog.

Seit ihren Anfängen kam und kommt es in der Stadt Wattenscheid immer wieder zu gravierenden Veränderungen. Andererseits bleiben Bestandteile der Vergangenheit erhalten, um die Identität der Stadt, der Kirche und der Bürger zu stärken.

Romina Leiding

Literatur:

- Bröker, Franz-Werner: Wattenscheid. Eine illustrierte Stadtgeschichte, Wattenscheid 31983.
- Röwekamp, Georg: Wattenscheid. Ein verlorenes Stadtbild, Fulda 1994.
- Schulte, Eduard: Kirchengeschichte Wattenscheids (2. Teil, von 1821 bis 1945), Wattenscheid 1952.
- Stadtarchiv Wattenscheid (Hrsg.): Wattenscheid. Ein Hausbuch, Bochum 1955.

ES WAR EINMAL DER TRAUMRAUSCH

„In dem Eingangsflur soll in der Rückwand die Kasse eingebaut werden, rechts und links davon geht es zu den Eingangstüren des Zuschauerraums. Ferner führt zur rechten eine breite Treppe hinauf zur Empore, die sehr weit in den langen Saal vorspringt. Zwischen der Oststraßenfront und der Empore liegt der Vorführraum, zu dem eine kleine Wendeltreppe von der Grabenstraße aus hinaufführt. Durch [eine] Öffnung in der Wand sollen die Bilder von hier aus auf die in der Rückwand des Saales auf der Bühne anzubringende Leinwand projiziert werden (AWZ, 16. November 1928).“

Wenn nicht die Straßennamen genannt würden und man nicht wüsste, dass der Artikel aus einer Wattenscheider Zeitung stammte, könnte man denken, dass hier erste Beschreibungen der Essener Lichtburg geschildert würden. Es wird hier aber nicht von der in den 1950er Jahren wieder errichteten Lichtburg gesprochen, sondern von dem Apollo Theater, welches sich in der Oststraße in der Nähe der heutigen Freiheitsstraße befand. Dabei war das Apollo Theater nicht das einzige palastähnliche Kinogebäude in Wattenscheid. Während Wattenscheid heute kein einziges Kino mehr vorzuweisen hat, erstahlten in dieser Stadt zu früherer Zeit allein vier im Innenstadtkern.

Aber wie kamen diese prachtvollen Kinos überhaupt nach Wattenscheid? Schließlich mussten sie sich auch rentieren. Hierfür lohnt sich ein kleiner Exkurs in der Geschichte des Kinos. Tatsächlich fing das Kino ziemlich klein an. Am 28. Dezember 1895 fand die erste öffentliche Filmvorführung vor zahlendem Publikum im Grand Café in Paris statt, wo die Brüder Lumière ihren Kinematographen präsentierten. Die beiden aus einer Fotografenfamilie stammenden Geschwister entwickelten mit dem Kinematographen eine Apparatur, die es ihnen ermöglichte, auf fotografischem Material Bewegung festzuhalten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Brüder Skladanowsky aus Berlin mit ihrem Bioskop früher als die Lumières eine Filmprojektion präsentierten. Aufgrund des hohen Produktionsaufwandes erzielte diese jedoch keinen Erfolg. Dennoch hat sich der Begriff Bioskop in einigen Sprachen, wie dem Niederländischen, für das Kino etabliert. Auch unser heutiges deutsches Wort leitet sich von dem Begriff „Kinematograph“ ab, wobei wir richtigerweise auch von „der Kino“ sprechen müssten. Es wird deutlich, dass beim Kino der Apparatur eine große

Bedeutung beigemessen wird. Nicht nur um überhaupt Filme produzieren und zeigen zu können, sondern auch im Hinblick auf die Begrifflichkeit und der Bilder selbst.

Doch zurück ins Grand Café und der Erfolgsgeschichte des Kinos. Es heißt, dass die Zuschauer der ersten Kinovorführung schreiend aus dem Café gerannt seien, weil sie so schockiert waren über die Bilder, die sie auf der Leinwand sahen. In diesem Kontext wird auch von dem ersten Horrorfilm gesprochen. Wie könnte dieser ausgesehen haben? L'ARRIVÉ D'UN TRAIN EN GARE (1895) zeigt, wie ein Zug in einen Bahnhof einfährt, wobei ein Blickwinkel gezeigt wird, der den Zug vermeintlich aus der Leinwand fahren lässt. Dass auch damals keine Menschen aus dem Saal gestürmt sind, kann man sicherlich sehr gut nachvollziehen, denn auch die Menschen damals waren an derart komponierte Bilder gewöhnt. Es handelte sich vielmehr um einen PR-Gag der Lumières, um ihren Kinematographen berühmter zu machen. An den ersten Filmen der Lumières lässt sich außerdem erkennen, dass es am Anfang nicht darum ging, durch den Kinematographen unterhalten zu werden, in dem Sinn, sich in einem Narrativ zu verlieren. Es ging zunächst vor allem um die Freude an Bewegung und die Freude an der neuen Technik.

Nach dieser Veranstaltung im Grand Café expandierten die Lumières. Einerseits schickten sie den Kinematographen mit einigen Kameramännern auf Reise, um besondere und exotische Orte zu filmen. Andererseits gingen auch die Vorführungen selbst auf Wanderschaft. Hervorzuheben ist, dass nicht nur die Lumières ihre Filme präsentierten, sondern sich auch andere Veranstalter entschlossen, Kinematographen-Vorführungen zu betreiben.

Das Kino ging auf Wanderschaft und das auf zweierlei Wegen. So gab es zum einen die sogenannten Wanderkinos bzw. Jahrmarktkinos, die mit Zelten von Stadt zu

ANEKDOTISCHES:

Wattenscheid kann nicht nur eine Geschichte von Kinos erzählen, sondern auch im Kino. Im Film DIE KAMERADSCHAFT (1931) des berühmten Regisseurs der Weimarer Zeit, Georg Wilhelm Pabst, wird in der entscheidenden Sequenz die Skyline Wattenscheids vom Holland-Gelände aus gezeigt. Der Film wurde zu großen Teilen in Gelsenkirchen gedreht.

Stadt wanderten. Zum anderen gab es die sogenannten Saalkinos, bei denen der Kinematograph flexibel in einem beliebigen, zur Verfügung stehenden Saal aufgestellt werden konnte. Kulturell sind beide Arten des Kinos bedeutsam, da sie nicht nur in Großstädten aufzufinden waren, sondern auch in Mittel- und Kleinstädten, wodurch sie mehr Menschen erreichen konnten. Beide fanden sich auch in Wattenscheid wieder. In der Stadt gab es ausreichend Säle und mit der Gertrudis- und Herbstkirmes genügend Möglichkeiten für Kinoprojektionen. Dies scheinen Gründe zu sein, weshalb die kinematographische Projektion schon sehr früh in Wattenscheid Einzug gehalten hat. Bereits zur Jahrhundertwende ist der Kinematograph für die Wattenscheider eine selbstverständliche Erfindung, wie ein Zeitungsartikel aus der Wattenscheider Zeitung vom 12. März 1900 zeigt. Dieser berichtet über die nicht genehmigte Filmprojektion eines Händlers aus Steele in mehreren Wirtschaften. Dass vor allem die Lokale und Wirtschaften von den Kinoprojektionen profitierten, ist deutlich zu sehen. Wenn eine Vorführung stattfand, füllte sich das Lokal und der Absatz von Getränken stieg. Daher kündigten einige Lokale solche Veranstaltungen auch in der Zeitung an. Als Beispiel dient eine Vorführung im Kammann'schen Saale im Jahr 1903. Hier kostete der Eintritt für Kinder 10 Pfg. und für Erwachsene auf dem 3. Platz 35 Pfg. Die erste Kinoforscherin, die Soziologin Emilie Altenloh, bezeichnete die Eintrittsgelder im Allgemeinen als sehr günstig. Es muss aber die

Frage gestellt werden, wie viel ein Arbeiter zu dieser Zeit verdiente. Ein Blick in die Lohntarifstabellen des Jahres 1900 zeigte, dass einfache Arbeiter ein Jahreseinkommen von ca. 834 Mark und Bergarbeiter eines von 1332 Mark hatten. Die Lebenserhaltungskosten zur gleichen Zeit betragen für beispielsweise ein Kilogramm Weizenbrot und Mehl 46 Pfennig, für Kartoffeln das Kilogramm fünf Pfennig und für Gemüse das Kilogramm 7,6 Pfennig. Für das Geld einer Eintrittskarte auf dem 3. Platz im Kammann'schen Saal waren bereits ein Kilogramm Roggenbrot und Mehl zu bekommen, welches um 1900 ca. 34 Pfennig kostete. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Familien häufig sehr kinderreich waren und somit ein Kilogramm eines Produkts selten ausreichend war. Trotz des geringen Einkommens und der in Anbetracht der Lebenserhaltungskosten recht hohen Eintrittsgelder für das Kino muss im frühen 20. Jahrhundert dennoch der Kinematograph in Wattenscheid sehr beliebt gewesen sein.

So passierte 1904 etwas sehr Außergewöhnliches für die Stadt Wattenscheid. Ein richtiges Wanderkino gastierte in der alten Freiheit – Das Palais Electrique. Ein großes prachtvolles Zelt wurde aufgeschlagen, das „[d]urch seine zahlreichen elektrischen Lichter [...] geradezu feenhaft beleuchtet“ (AWZ, 9. März 1904) wurde. In der Zeitung wurde mit „lebenden, singenden, sprechenden und musizierenden Photographien“ (AWZ, 5. März 1904) geworben. Hierbei handelte es sich nicht um Tonfilme, diese wurden erst 1929 etabliert, sondern



Wanderkinos – Klaus Kreimeier: aus: Traum und Exzess, Seite 83

um einen sogenannten Phonographen. Die Technik, die sich dahinter verbirgt, besteht aus einem regulären Kinetographen und einem Grammophon. Die Musik, die Stimmen und Geräusche wurden auf eine Schellackplatte gepresst, die zeitgleich mit dem Film abgespielt wurde. Die dadurch entstandenen Filme nennen sich Tonbilder. Die Überlieferung dieser Tonbilder ist recht überschaubar, da sehr viele von ihnen bis heute verschollen sind. Ein großer Teil der heute noch existierenden Tonbilder sind allerdings ohne Ton, da die Schellackplatten zumeist zerstört sind. Die Ästhetik der Tonbilder lässt jedoch deutlich erkennen, dass sie mit Musik konzipiert wurden.

Bemerkenswert an dieser Annonce ist auch die Auflistung der unterschiedlichen Programme, die mit der wilhelminischen Zensur zu tun haben. So musste ein Polizist sich das ganze Programm vor einer Kinovorführung anschauen und nach einer genauen Beschreibung des Films eine Bewertung abgeben, für wen dieser Film geeignet oder ob er absolut unzumutbar sei. Auf den ersten Blick scheint dennoch verwunderlich, dass es eine reine Vorstellung für erwachsene Männer gab. In diesen Vorstellungen wurden Filme gezeigt, die keiner Frau und erst recht keinem Kind zumutbar gewesen wären. Gezeigt wurden im Palais Electricque Operationen des berühmten Professors Doyen, der u. a. verschiedene von ihm durchgeführte Operationen filmen ließ. In einer dieser Operationen trennte er ein siamesisches Zwillingspärchen. Bei dem in Wattenscheid gezeigten Operationsfilm muss es sich um unzensurierte Bilder gehandelt haben, da er nur im Herrenprogramm gezeigt wurde. Typischerweise wurde in diesem auch Pornografie in jeglichem Härtegrad ihrer unterschiedlichen Facetten präsentiert. Ob hier in Wattenscheid auch pornografische Filmvorführungen stattgefunden haben, lässt sich anhand der Filmnennungen nicht rekonstruieren. Auszuschließen ist es nicht.

Das wandernde Kino in solchen prachtvollen Zelten war ein seltenes Ereignis in Wattenscheid. Typischer waren daher die bereits genannten Saalkinos. Noch wenige Tage bevor 1907 die Stadt an einem örtlichen Elektrizitätswerk angeschlossen wurde, ist in der Zeitung angekündigt worden, dass das Kino in Wattenscheid sesshaft werde. Mit dem Anschluss der Stadt an das örtliche Elektrizitätswerk war der Weg für die örtlichen Kinos bereitet. Damit war Wattenscheid sehr modern und konnte zu dieser Zeit auf diesem Gebiet mit einer Metropolenstadt wie Berlin mithalten. Es ist retrospek-

tiv betrachtet schon aussagekräftig, dass dann das erste sesshafte Kino in Wattenscheid auch noch Metropol hieß.

Kinos wie das Metropol wurden in dieser Zeit in Ladengeschäfte gesetzt, in denen die Schaufenster abgeklebt und Bänke in die Ladenfläche gesetzt wurden. Das Prinzip ähnelte dem der Saalkinos, nur dass der Kinetograph hier feststand. Auch während des Ersten Weltkrieges wurden diese Kinos weiter in Betrieb gehalten. Doch schon unmittelbar nach dem Krieg wurden einzelne Kinos in größerem Stil umgebaut, woraus die Kinopaläste entstanden. Allein im Januar 1919 berichtete die Wattenscheider Zeitung, dass das Central-Theater auf der Hochstraße gegenüber von der Friedenskirche im selbigen Jahr mit 800 Sitzplätzen eröffnet werden sollte. Andere Lichtspieltheater folgten diesem Beispiel, wie das eingangs schon erwähnte Apollo Theater.

Doch Zeiten ändern sich. Bereits 1950 schreibt die Wattenscheider Zeitung: „Wattenscheider gehen im Jahr nur 12,9 mal ins Kino – Andere Städte haben wesentlich höhere Besucherzahlen der Lichtspieltheater“ (AWZ, 25. Februar 1950). Spätestens mit der Einführung des Fernsehens wurden auch die Kinobesucher immer weniger, sodass ein Kino nach dem anderen schloss und es heute kein einziges mehr gibt. Nur das Märkische Kino, das ganz im Stile der frühen (wandernden) Saalkinos agiert, kann die Wattenscheider noch in der eigenen Stadt mit (nur einer digitalen) Projektion erfreuen.

Romina Leiding

Literatur:

- Altenloh, Emilie: Zur Soziologie des Kino. Die Kino-Unternehmung und die sozialen Schichten ihrer Besucher (1913). Neu hrsg. von Andrea Haller, Martin Loiperdinger, Heide Schlüppmann, (Kintop Schriften 9) Frankfurt am Main / Basel 2012.
- Droege, Georg: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Frankfurt / M-Berlin-Wien 1979.
- Garncarz, Joseph: Masslose Unterhaltung. Zur Etablierung des Films in Deutschland 1896-1914, Frankfurt am Main 2010.
- Höcker, Josef: Die Arbeitslöhne steigen – aber die Sozialpolitik stagniert. In: Chroniknet (2008-2016), <http://chroniknet.de/extra/zeitgeschichte/1900-die-arbeitsloehne-steigen-aber-die-sozialpolitik-stagniert/>, Zugriff am: 22. Januar 2017.
- Kreimeier, Klaus: Traum und Exzess. Die Kulturgeschichte des frühen Kinos, Bonn 2011.
- Robinson, David: Lumière's Cinématographe. In: Ann Lloyd, David Robinson: Movies of the Silent Years, London 1984, S. 17-19.



Wir sorgen für Ihre Gesundheit!

Martin-Luther-Krankenhaus
Wattenscheid gGmbH



Seit **130** Jahren in Wattenscheid verwurzelt, seit **20** Jahren alleiniger Notfallversorger für **80.000** Wattenscheider – **7.500** stationäre und über **15.000** ambulante Patienten werden jährlich in den Kliniken für

- Gefäßchirurgie, Endovaskuläre Chirurgie und Phlebologie,
- Allgemein- und Viszeralchirurgie,
- Orthopädie und Unfallchirurgie,
- Innere Medizin und Gastroenterologie,
- Kardiologie,
- Anästhesiologie und Intensivmedizin,
- Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik
- und Augenheilkunde versorgt.

365 Tage im Jahr sorgen **550** Mitarbeitende mit **300** Betten für Ihre Gesundheit.

Ihr **MLK**

Martin-Luther-Krankenhaus gGmbH
Voedestr. 79, 44866 Bochum, Tel. 02327 / 65-0,
E-Mail: info@mlk-bo.de, Internet: www.mlk-bo.de

**WIR
FÜR WATTEN-
SCHEID**

DIE FRIEDENSKIRCHE

Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Entwicklung des Bergbaus die Bevölkerung Waten-scheids deutlich anwuchs, beschloss die evangelische Kirchengemeinde, neben der Alten Kirche am Markt eine zweite Kirche im neuen Zentrum der Stadt zu errichten. Der Bau im klassizistischen Stil mit neoromanischen und neogotischen Elementen wurde am 3. November 1880 eingeweiht. Dabei gab man ihr den schönen, sinnvollen Namen FRIEDENSKIRCHE.

Nach recht unruhigen Zeiten in Politik und Gesellschaft enthielt er eine Botschaft und einen Auftrag. Die Botschaft findet man über den Seitentüren: die Verheißung des Alten Testaments an der Nordseite: „Ich will Frieden geben an diesem Ort“ (Haggai 2, 10) und die Erfüllung aus dem Neuen Testament an der Südseite „Den Frieden lasse ich euch“ (Johannes 14, 27). Bis zur Renovierung der Kirche 1966 / 67 stand noch über dem Bogen des Altarraums der Vers aus dem Lobgesang der Engel: „Ehre sei Gott in der Höhe“. Friede kann nur werden, wo wir Gott die Ehre geben.

Die Opfer der Kriege mit Österreich (1866) und Frankreich (1870 / 71) waren noch in lebendiger Erinnerung, und so wollte man mit dem Namen der Kirche ein dauerhaftes Zeichen setzen. Aber auch im Blick auf die Konflikte innerhalb der Kirche war der Name ein wichtiges Symbol. Unfriede herrschte nicht nur lange Zeit zwischen der katholischen und der evangelischen Gemeinde. Auch innerhalb der evangelischen Kirche stritten sich Lutheraner (hervorgegangen aus der Reformation Martin Luthers) und Reformierte (hervorgegangen aus der Reformation Calvins) um den rechten Glauben. Pfingsten 1820 feierten Lutheraner und Reformierte zum ersten Mal ein gemeinsames Abendmahl in der Alten Kirche. Eine Gedenktafel erinnert daran.

Die Friedenskirche entstand im Stil der Zeit als Hallenbau nach den Plänen des Architekten Friedrich Müller aus Bochum. Im Westen liegt der Glockenturm mit 50 Meter Höhe, im Osten die Apsis (der Chorraum). Ihre Abmessungen betragen 34 m in der Länge, 19 m in der Breite und 24 m in der Höhe. Emporen an den Längsseiten und zum Glockenturm hin ermöglichen ein zusätzliches Platzangebot und den Aufbau einer Orgel.

Am 24. September 1953 wäre die Kirche beinahe einem Brand zum Opfer gefallen. Der Turm geriet bei

Lötarbeiten in Brand. Zum Glück stürzte die Turmspitze nicht auf umliegende Gebäude oder auf das Kirchenschiff, sondern auf den Vorplatz (Dreieck), so dass größerer Schaden vermieden wurde.

Zur Inneneinrichtung

Nach einer grundlegenden Renovierung (Wiedereröffnung am 2. April 1967) geben drei eindrucksvolle Fenster im Chorraum der Kirche ein neues Gesicht. Wo früher gelb gefärbtes Glas in schmalen Fenstern nur ein gedämpftes Licht einließ, erstrahlen jetzt die Farben der neuen Betonglasfenster. Im Fenster in der Mitte wachsen aus ruhigen, erdfarbenen Tönen im unteren Bereich helle, später goldene Farben nach oben. Rechts und links sind bewegte Flächen in leuchtendem Rot zugeordnet. Die Fenster wurden gestaltet vom Künstler und Kirchenmaler Karl Hellwig aus Haßlinghausen.

Die alte Einrichtung des Chorraums musste einer neuen weichen. Altar, Kanzel und Taufstein haben zeitgemäße Stilformen erhalten und sind aus Ruhrquarzit gefertigt. Die Eichenbänke, in denen die Presbyter zum Gottesdienst Platz nahmen, wurden nicht ersetzt. Der Zugang zur Kanzel wurde bei der Renovierung tiefer gelegt und erfolgt jetzt vom Chorraum aus. Früher musste sie von der Sakristei aus begangen werden. Sie bestand aus massivem Holz mit einem Schaldeckel.



Außenaufnahme der Friedenskirche 1890; Stadtarchiv Bochum

Die Kirche wirkte früher aufgrund des schwarz-braunen Anstrichs düster. Die hellen, rostrot abgesetzten Grautöne lassen sie heute sehr viel lebendiger erscheinen. Der morsche Holzfußboden wich einem Steinfußboden aus Norwegischem Quarzit.

In der Festschrift zur Wiedereröffnung am 2. April 1967 schreibt Pfarrer Rolf Leitmann: „Wir werden daran erinnert, dass Kirche immer in der Welt ist, dass sie in ökumenischen Perspektiven zu denken und mit ihrem Dasein, mit ihrem Reden und mit ihrem Handeln dieser friedlosen, unruhigen und in rasendem Sturz nach vorne begriffenen Welt zu bezeugen hat: Der Friede Gottes ist unter uns.“

Eine dauerhafte ökumenische Gemeinschaft bezeugt ein Leseputl im Altarraum und eine Abbildung des tausendjährigen Taufsteins aus der Propsteikirche St. Gertrud – beides ein Geschenk der Propsteigemeinde, die im Jahr 1977 in der Friedenskirche zu Gast war, als man die Propsteikirche renovierte.

Auf der Westempore befindet sich seit 1978 eine Orgel der Firma Ernest Mühleisen aus Straßburg mit zwei Manualen und Pedal. Sie umfasst 30 Register mit

1900 Pfeifen. Inzwischen ist sie weit über die Stadtgrenzen Wattenscheids hinaus bekannt und zieht bei Orgelkonzerten viele Musikliebhaber auch von außerhalb an. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst von Kantor Bernd Ostmann, der 40 Jahre lang bis zum Jahr 2012 an der Friedenskirche gewirkt hat. Noch heute macht er das Gotteshaus mit seinen monatlichen Orgelvespern zu einer viel beachteten Spielstätte für Orgelmusik alter und zeitgenössischer Komponisten. Im Kirchraum hat die Orgel aus dem Ludwig-Steil-Haus, das die Kirchengemeinde Anfang 2015 aufgeben musste, ihren Platz gefunden. Diese hat sechs Register und wurde von der Firma Peter aus Köln erbaut.

Regelmäßig finden in der Kirche Kirchenmusikangebote für Kinder, Bilderausstellungen und Forumsveranstaltungen statt. Die Kirche ist dienstags, freitags und samstags am Vormittag zum stillen Gebet geöffnet. Samstags um 12.00 Uhr wird zum Mittagsgebet eingeladen, sonntags um 9.30 Uhr zum Gottesdienst. Der Eine-Welt-Laden bietet zurzeit an zwei Tagen in der Woche seine fair gehandelten Waren aus aller Welt zum Kauf an. Ehrhard Salewski, Willi Neuhoff



Innenaufnahme der Friedenskirche 1935; Stadtarchiv Bochum

EIN STREIFZUG DURCH DIE BERGBAUGESCHICHTE VON WATTENSCHIED

Im 15. / 16. Jahrhundert lässt sich der Landschaftsraum der Freiheit Wattenscheid sowie seiner Ämter sehr wohl mit Bildern vergleichen, wie man sie heute noch in weiten Gebieten des Münsterlandes oder der Soester Börde zu sehen bekommt. Das örtliche Terrain gliederte sich durch Bauernschaften und neben wenigen großen Hofgemeinschaften bewirtschafteten 150 Kötter den ertragreichen, mergeligen Boden. Der Abbau des schwarzen Goldes, wie man die Steinkohle in späterer Zeit auch nannte, hatte in der Frühgeschichte des Bergbaus an der Ruhr für die Ackerbürger noch keine existenzielle Bedeutung. Die Beschäftigung mit den Aufgaben in der Landwirtschaft sicherte ihnen den Lebensunterhalt und nahm ihre gesamte Arbeitskraft in Anspruch.

Der Beginn des gewerblichen Abbaus der Kohle

In den Gemarkungen Höntrop und Eppendorf hatten Bauern und Kötter bereits ab dem Ende des 17. Jahrhunderts auf ihrem Grund und Boden willkürlich kleine Erdmulden angelegt, um auf eine einfache handwerkliche Weise das unmittelbar zutage tretende Steinkohlengebirge freizulegen und Kohle für den privaten Verbrauch zu schürfen. Das im Jahr 1738 in Bochum gegründete „Königliche Bergamt“ untersagte diese ungeordnete Verfahrensweise. Es mussten zukünftig alle bergmännischen Arbeiten einer Bergverordnung entsprechend beantragt und genehmigt sein.

Die Eppendorfer Stollen

Mit Beginn des 18. Jahrhunderts nahm die wirtschaftliche Bedeutung der Steinkohle in der stetig wachsenden Bevölkerung zu. Viele von ihnen verdingten sich als Tagelöhner den Unternehmern, die für den Abbau der Kohle die finanziellen Mittel vorhalten konnten. Es blieb also nicht aus, dass sich für den Ausbau des Storksbanker Oberstollens im Jahr 1738 mit einer Länge von 400 m sowie des um vier Meter tiefer liegenden Storksbanker Stollens im Jahr 1740 auf ein doppeltes Maß bald Geldgeber und Bergleute fanden. Der Stollenvortrieb unterlag als erste professionelle Aktivität der bergbehördlichen Aufsicht auf Eppendorfer Gebiet. Der fortschreitende Ausbau ermöglichte den Zugang zu etlichen Flözen in einer Tiefe von 25 m

und damit den ersten Abbau und Abtransport der Kohle. Zu Beginn waren es nur geringe Mengen. Über die Stollenöffnungen (Mundlöcher) floss länger als ein Jahrhundert das gesamte Grubenwasser der Storksbanker Förderung in den Ahabach. Beide Stollen sind, wenn auch heute verfüllt, der Lage nach bekannt.

Mit den Aufzeichnungen um die geologischen Verhältnisse durchstreichender Flöze vergab das Bergamt später Eigentumsrechte an gut situierte Geschäftsleute und erlaubte ihnen den Abbau der Fettkohle. Sie legten in diesem Gebiet etliche senkrechte Schächte (Paul 1782, Hoffnung 1821, Zuversicht 1822, Louise und Zuversicht 1823) an, die für die Förderung der aus den Flözen gewonnenen Kohle wie auch für die Bewetterung der untertägigen Arbeitsplätze erhebliche Bedeutung hatten. Aus wirtschaftlichen Überlegungen gaben die Eigentümer 1835 den Abbau im Storksbanker Stollenbereich auf.

Der Maschinenschacht und Schacht Hektor

Ein großer Teil von ihnen hatte bereits 1829 die Gewerkschaft Engelsburg gegründet und beschlossen, auf gleichem Feld einen Schacht anzulegen, der eine Teufe (Tiefe) von 56 m erreichen musste, um die Kohlevorräte unterhalb der Sohlen der alten Stollen im Tiefbau anzufahren. 1835 begann man in den unteren Fettkohleschichten mit dem Abbau. Für ihre Förderung und für die Entsorgung des Grubenwassers wurde zum ersten Mal in diesem Revier eine Dampfmaschine mit einer mechanisch gekoppelten Pumpe eingesetzt. In die Geschichte des hiesigen Bergbaus ist diese Anlage unter dem Namen „Maschinenschacht“ eingetragen. Sie wurde bis zum Jahr 1848 in Betrieb gehalten. Bereits zwei Jahre zuvor hatte die betreibende Gewerkschaft aus wirtschaftlichen Überlegungen begonnen, unmittelbar in seiner Nachbarschaft den senkrechten Schacht Hektor anzulegen. Er wurde mit einer Dampfmaschine ausgerüstet und übernahm bei einer Teufe von 86 m im Jahr 1847 die Förderung der Fettkohle des Maschinenschachtes von seiner 50 m Sohle. Im Endausbau erreichte der neue Schacht Hektor 1854 auf der vierten Sohle eine Teufe von 156 m. Die immensen Wasserzuflüsse konnte allerdings seine ebenfalls mit Dampf angetriebene Pumpenanlage 1867 nicht mehr fassen. Der Schacht musste außer Betrieb gehen. Die Fettkohle beider Schächte verbrachte die Gewerkschaft mit einer 1835 angelegten Pferdebahn zu einem zentralen Umschlagplatz an der Essener Straße. Auf die-

sem Gelände baute die gleiche Gewerkschaft im Jahr 1873 die ersten Tages- und Förderanlagen der Zeche Engelsburg, durch die das vorab umrissene Kohlenfeld bis 1961 über zwei Schächte bei einer maximalen Teufe von 884 bzw. 664 Metern befahren und abgebaut wurde.

Solange keine Eisenbahnverbindungen zu den weit abgelegenen Verbrauchern existierten, musste man den Weitertransport der gelagerten Kohle über unwegsame Landstraßen bis zu Kunden im Sauerland organisieren. In anderen Fällen benutzte man für ihre Beförderung auf größere Entfernungen die bereits schiffbaren Flüsse Ruhr und Lippe. Über die Gahlensche Kohlenstrasse wurde das Transportgut vorher auf lasttragenden Tieren von Pferdetreibern an die Füllorte für Lastkähne in Dahlhausen und Gahlen verbracht.

Die Schächte Anna Maria und Steinbank

Das Höntroper Feld ging die Gewerkschaft Steinbank im gleichen Zeitraum untätig von Westen kommend an. Sie trieb einen Stollen mit dem Mundloch an der Ruhr im Ortsteil Steele-Horst voran, der nach seiner Fertigstellung den Zugang zu den nördlich und nordöstlich gelegenen Kohlevorkommen zwischen Eppendorf und dem Wattenscheider Hellweg ermöglichen sollte. Mit seiner Länge, seiner Lage und der Eigenschaft, das Wasser mehrerer übereinander liegender Bergbaureviere in das Ruhrtal abzuführen, verdiente er sich die Bezeichnung des Horster Erbstollens. Das Schürfrecht auf alle durchstreichenden Flöze hatte die Gewerkschaft unter der Beteiligung des Freiherrn von Elverfeldt im Jahr 1732 erworben. So teufte sie etwa um das Jahr 1843, nachdem der Stollen über Eiberg das Areal des Süd-

parks erreicht hatte, den Schacht I in Höhe des Elchweges und wenige Zeit später Schacht II zwischen Spelbergs Busch und Pappelweg ab. Mit ihrer Tiefe von 73 m bzw. 65m erreichten beide Schächte den Grund des Erbstollens. Auf Schacht II setzte man dem technischen Fortschritt entsprechend für die Förderung bereits einen Dampföpel ein. Für den Transport der Kohle zu einem zentralen Umschlagplatz hatten die Eigentümer vor Inbetriebnahme der Schächte eine Zechenbahn angelegt. Auf Kohlewagen verladen wurde sie von Pferden zur Ruhr geschleppt. Vom Lagerplatz in Steele-Horst aus verbrachte man das wertvolle Mineral mittels Lastkähnen sowohl stromaufwärts bis Witten wie auch abwärts bis nach Ruhrort.

Der Zufluss englischen Kapitals ermöglichte es der Gewerkschaft Vereinigte Anna Maria und Steinbank, südlich von Schacht II einen senkrechten Schacht III anzulegen, mit dem Lagerstätten in größeren Tiefen zu erreichen waren. Auch wenn der Bedarf an mineralischen Brennstoffen im Zuge der industriellen Entwicklung ständig wuchs, ging die wirtschaftliche Rechnung des Unternehmens in diesem Fall nicht auf. Die Investitionen in die technische Ausrüstung nahmen ein größeres Ausmaß als erwartet an und der Verkauf der Kohle führte zu erheblichen Verlusten. Hinzu kamen Pflichtzahlungen an die englischen Geldgeber. In der Folge musste die Förderung der Vereinigten Anna Maria und Steinbank 1862 eingestellt werden und die Gewerkschaft ging in den Konkurs. Ihre Anlagen und Grubenfelder erwarb 1868 der Bochumer Verein und betrieb den Schacht III nach Trockenlegung leistungsfähig weiter.

Bereits nach kurzer Zeit konnte der neue Eigentümer den rasch ansteigenden Bedarf an Kohle und Koks für



Zeche Marianne; Sammlung Wantoch

seine Gussstahlfabrikation nicht mehr decken. Zwangsläufig entschied er sich für die Errichtung eines neuen Schachtes sowie aller wichtigen Nebenanlagen für die Kohleveredelung im Feld Anna Maria und Steinbank. Die Teufe von Schacht IV im Bereich der Emilstraße begann 1871. Ein untertägiger Durchschlag 1872 verband ihn mit dem am heutigen Reiterweg gelegenen Schacht III. Nach einer Ausrichtung der Anlagen über Tage nahmen beide Schächte im Jahr 1874 ihre volle Förderung auf. Die Zeche zählte 1885 mit einer Belegschaft von 1125 Mitarbeitern und einer Jahresförderung von 304.000 t zu den größeren Schachtanlagen im Revier. Die tiefste Fördersohle lag bei etwa 432 m. Da die Versorgung des Bochumer Vereins mit Kohle und Koks um die Jahrhundertwende durch weitere zugehörige Zechen gesichert war, wurden die Abbaurechte 1904 an eine andere Bergwerksgesellschaft verkauft und die Übertageanlagen zurückgebaut. Eine Bergehalde im Südpark, die Villa Baare, einige Wohnhäuser und das gut erhaltene, alte Maschinenhaus von Schacht III zeugen noch heute von den einstigen Bergbauaktivitäten in einem Gebiet, das seit Jahrzehnten dem Freizeitleben und der Naherholung verschrieben ist.

Zeche Morgensonne

Auch die Bauernschaft Staleiken blieb von der Suche nach Lagerstätten des viel gefragten Heizstoffs nicht verschont, hatte es doch südlich des Hellweges im benachbarten Eiberg bereits vielversprechende Funde gegeben, die zu Schachtbauten oberhalb des Horster Erbstollens geführt hatten. Nach ersten Schürfungen auf dem Grundbesitz des Landwirts Fröhlich 1829 blieb der Erfolg nicht aus. Man stieß in 20 m Tiefe auf Steinkohle. Dem aufgespürten Längenfeld gab die Bergbehörde den Namen Morgensonne. Die Gründung der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Fröhliche Morgensonne erfolgte 1858. Zuvor hatte man sechs weitere bauwürdige Grubenfelder erschlossen und sie mit dem Längenfeld zusammengelegt.

Den geschätzten Steinkohlenvorrat verbesserte sie 1874 noch einmal durch den Anschluss aller Haniel'schen Grubenfelder. Gleichzeitig begann man auf einem Gelände unweit des Bahnhofs Wattenscheid-Westenfeld mit dem Abteufen eines Tiefbauschachtes und der Verlegung eines Anschlussgleises zur dort verlaufenden Bergisch-Märkischen-Bahn. Von der auf 201 m liegenden zweiten Bausohle wurde 1878 die erste Kohle zu Tage gebracht. Ein Blickfang von Schacht I

war die Förderanlage – ein massiv gebauter Malakow-Turm, der zur sicheren Lagerung der Seilscheibe in Mode gekommen war.

Die Entwicklung der Zeche nahm über viele Jahrzehnte einen günstigen Verlauf. Dazu leisteten der Erwerb der Abbaurechte an anderen Grubenfeldern 1881, der Ausbau der Kokerei mit 50 Öfen 1882 und die Gründung eines Schachtes für die Seilfahrt 1893 nach einer sicherheitsrelevanten Auflage des Bergamtes einen erheblichen Beitrag. In die Verarbeitung der Kohle zu Briketts wie auch in die Koksproduktion investierten die Eigentümer der Zeche ab 1894 enormes Kapital. Sie beschafften die ersten Brikettpressen und installierten sie im Verbund mit einer Kohlenwäsche. Der Zukauf zweier Geviertfelder 1894 führte zu einer Überlastung der vorhandenen Förderkapazität. Zwangsläufig musste ein neuer Schacht abgeteuft und eine neue Fördermaschine aufgestellt werden. Im Jahr 1902 konnte Schacht II den Betrieb aufnehmen. Die erhöhte Fördermenge fing man zum Teil mit sechs zusätzlichen Pressen in der zweiten Brikettfabrik (1902) und 80 weiteren Öfen in der Kokerei (1903) auf. Die Gewerkschaft stellte im Jahr 1906 bei einer Belegschaft von nahezu 2000 Personen 130 Tsd. Tonnen Koks und 125 Tsd. Tonnen Briketts her. Das ertragreiche Geschäft mit Koks ermutigte den Eigentümer, 1908 eine dritte Koksofenbatterie mit 60 Öfen aufzustellen. Zu dieser Zeit lagen beide Förderschächte mit ihrer Teufe bei nahezu 610 Metern und machten damit den Ausbau der siebten Sohle möglich.

Bereits ab November 1920 beteiligte sich die Rheinstahl AG als Eigentümer der Zeche Centrum am Abbau der Steinkohle in einem Teil des Grubenfeldes der Gewerkschaft Steinkohlenbergwerke Fröhliche Morgensonne, bevor sie diese 1922 mit allen gemuteten Feldern und Betriebsteilen in ihren Besitz übernahm.

Zeche Centrum

Östlich vom Stadtzentrum Wattenscheids in der sogenannten Heide fanden die Mitglieder der Gewerkschaft Vereinigte Emma und Blankenstein den geeigneten Platz, um die von ihnen gemuteten Grubenfelder gleichen Namens aufzufahren. Dieser Landschaftsteil der Freiheit war zu der Zeit noch unbebaut. Ungehemmt begannen sie 1859 mit der Teufe von Schacht I. In ihrer Annahme, dass in den nächsten Jahren um die geplante Schachtanlage ein neuer Ortsteil entstehen würde, gab sich die Gewerkschaft und ihrer im Aufbau befindlichen Zeche 1861 weit vorausschauend den Namen Centrum.

A close-up, high-contrast photograph of a person's eye, showing the iris and pupil in detail. The eye is light-colored, possibly blue or grey. The surrounding skin is dark and textured. The lighting is dramatic, with deep shadows and bright highlights.

blickwinkel augenoptik & optometrie

Karsten Meyer Augenoptikermeister

Voedestr. 1
Tel.: 02327-291818

44866 Bo-Wattenscheid
info@blickwinkel-augenoptik.de

Augenoptik vom Feinsten...

Spezialist für binokulare Sehfehler.
Ihr erster Ansprechpartner für gutes
Sehen & Augengesundheit:

- Stereoaugenprüfung auf 1/100 Dpt.
- Wellenfrontanalyse der Augen.
- Kontrolle auf Katarakt (grauer Star).
- Kontrolle des Augeninnendrucks zur
Glaukomfrüherkennung (grüner Star).
- Kontaklinsenspezialist
- Spezialist für Dream-Lens
- Sportoptik
- Biometrische Glaszentrierung
- Meisterqualität aus einer Hand.

Nach einem Jahr harter Arbeit und drei durchfahrenen Flözen auf der Wetter- wie auf der ersten Fördersohle konnte man bereits 1862 mit der Anlage von Querschlägen und mit der Förderung beginnen. Für den Abtransport der Steinkohle wurden noch im gleichen Jahr zwei Schienenwege gebaut. Der erste führte von Centrum zur Köln-Mindener- Eisenbahn, der andere stellte eine Verbindung zur Eisenbahn von Carolinglück her. Es waren Strecken, die schon mit Dampflokomotiven befahren wurden.

Mit der Herstellung von Koks für die wachsende Stahlindustrie begann man auf Centrum 1864. Es wurden 40 Öfen in Betrieb genommen. Einem steigenden Bedarf folgend, erweiterte man 1865 die Kapazität der Kokerei mit weiteren Ofenanlagen und forcierte die Kohlenförderung. Ein dritter Bahnanschluss an die Rheinische Eisenbahn sicherte ab 1867 den schnellen Abtransport von Kohle und Koks zum Kunden zusätzlich über diese Strecke.

Auch wenn das Grubenwasser beim Abbau der Kohle trotz einer neu installierten Pumpe immer wieder Probleme aufwarf, nahm die Entwicklung der Schachtanlage einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Die Zahl der Mitarbeiter stieg ständig. Für Wohnraum sorgend erklärte man 1860 die Wattenscheider Heide zum Bauland und ermöglichte damit siedlungswilligen

Bergarbeitern, in der Nachbarschaft ihres Pütts Eigentum zu schaffen.

Die Gesellschaft nahm ab 1873 die Teufe von Schacht II an der heutigen HansasträÙe und den Bau eines Anschlusses an die Bergisch-Märkische- Eisenbahn in die Hand. Nach Fertigstellung auch der übertägigen Anlagen mit dem mächtigen Malakow-Turm ging der Schacht 1876 in Betrieb. Im Jahr 1880 erschienen im Geschäftsbericht von Centrum folgende Zahlen: Jahresförderung 567175 t, Belegschaft 800, Koksöfen 179, Koksproduktion 51500 t. Um die Wirtschaftlichkeit der Zeche zu erhalten, plante man ab 1890 einen dritten Schacht, der 1893 auf dem Gelände an der Bochumerstraße zur Förderung freigegeben wurde. Den benachbarten Schacht I unterzog man einer gründlichen Revision. Mit dem steigenden Kohleabbau für die Versorgung von 120 neu aufgestellten Koksöfen drängte Centrum von Schacht II aus immer weiter nach Westen. Um die Bewetterung der Arbeitsplätze unter Tage nicht zu gefährden, wurde ein tonnlägiger, ein schräg ins Erdreich führender Schacht V als Wetterschacht an der heutigen Steeler Straße angelegt, der 1893 im Endausbau eine Teufe von 540 m erreichte.

Bei aller Konzentration auf das Geschäft mit der Steinkohle stellte man am Rande fest, dass sich die Solevorkommen von Schacht I für eine Therapie rheumatischer



Zeche Centrum; Sammlung Wantoch

Erkrankungen einsetzen ließen. Es entstanden Badehäuser. Der Wannenbetrieb im Gesundheitsbereich erreichte mit 24900 Anwendungen im Jahr 1903 / 1904 seinen Höhepunkt.

Die alte Anlage für die Kokserzeugung aus dem Jahr 1863 auf Centrum I / III hatte 1895 ausgedient. Sie wurde im selben Jahr durch eine neue ersetzt und 1897 mit Öfen ergänzt, die mit technischen Einrichtungen zur Gewinnung von Ammoniak und Teer gekoppelt waren.

Der von Schacht II ausgehende Untertagebetrieb hatte sich 1897 bis in den rheinischen Teil von Leithe vorgearbeitet und die Bergbehörde ordnete den Bau zweier Schächte an, die im besagten Feld Förderung und Wetterführung absichern sollten. Ab 1902 nahmen Schacht IV und VI ihren Betrieb auf. Bereits seit 1900 gehörte Centrum aber mit seinem gesamten Vermögen den Rheinischen Stahlwerken Meiderich. Die Gewerkschaft hatte auf einer außerordentlichen Generalversammlung den Verkauf beschlossen. Centrum sollte als Zeche mit 3520 Beschäftigten den Koks- und Kohlenbedarf des Stahlerzeugers sichern. Stolz blickte man 1904 auf eine Jahresfördermenge von über 1.0 Mio Tonnen. Gefördert wurde zu der Zeit auf drei Doppelschachtanlagen auf der Heide, an der Hansasträße und in Leithe.

Die wirtschaftlichen Interessen des neuen Besitzers waren natürlich vornehmlich auf seine Stahlproduktion in Meiderich ausgerichtet und wirkten sich entsprechend auf die Verteilung der jährlichen Investitionen auf die vorhandenen Anlagenbereiche aus. Ein neuer Hochofen in Meiderich und die hohe Nachfrage an Benzol lasteten nach einer Absatzkrise ab 1910 die Anlagen auf Centrum I / III und II / V wieder voll aus, wobei ein Teil der Anfragen nicht einmal bedient werden konnte. In der Zeit des 1. Weltkriegs stagnierte erneut der Umsatz im Geschäftssegment Kohle und Koks. Die Normalität stellte sich erst um 1921 ein.

Zeche Centrum-Morgensonne

Aus Zwei mach Eins. Hatten die Rheinischen Stahlwerke und die Gewerkschaft Fröhliche Morgensonne bereits 1920 für eine Laufzeit von 30 Jahren im Feld Morgensonne einen partnerschaftlichen Abbau vereinbart, entschied sich der Stahlerzeuger 1922 zu einer totalen Übernahme der Gewerkschaft. Seine Vorräte an Fettkohle konnte er durch diesen Schritt bedeutend steigern und sie über eine unmittelbar

danach angelegte untertägige Verbindung leichter erreichen. Das wesentliche, in die Zukunft gerichtete Unternehmensziel bestand jedoch darin, Abläufe in allen Betriebsbereichen effizienter zu gestalten und den Kostenaufwand zu reduzieren. Rationalisierung durch Konzentration war angesagt.

Auf der Verbundanlage gingen um 1924 ca. 6000 Beschäftigte ihrer Arbeit nach. Gefördert wurde dabei auf Centrum I / III, Centrum II / V und Fröhliche Morgensonne I / II. Um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern, investierte man in den nächsten Jahren besonders in die Umstellung der Förderung auf lediglich zwei Standorte wie auch in die Erweiterung bzw. in die Verbesserung der Verfahrenstechnik in der Kohleaufbereitung samt ihrer chemischen Nebenprodukte. Erwähnenswert ist, dass die Verbundanlage nach allen Veränderungen bereits im Jahr 1928 mit einer Fördermenge von 1,5 Mio Tonnen Steinkohle den höchsten Jahreswert in ihrer Geschichte aufwies. Weil Centrum III in dieser Zeit aufgrund eines erheblichen Gebirgsdrucks auszufallen drohte, brachte man schnellstens einen Schacht VII in seiner unmittelbaren Nachbarschaft nieder. Ab 1934 einsatzbereit, erklärte man ihn zum Hauptförderschacht. Centrum III konnte daraufhin stillgesetzt werden.

Die Auflagen der Besatzungsmächte nach Kriegsende gegenüber der Rhein Stahl AG und das Mitbestimmungsgesetz führten 1952 zur Übertragung des Zechenbesitzes auf die Arenbergsche Gesellschaft für Bergbau. Sie konzentrierte die Förderung auf ihren Anlagen in Wattenscheid in den nächsten Jahren auf die Schächte Centrum VII und Fröhliche Morgensonne II. An beiden Standorten dienten die Nachbarn auf den jeweiligen Zechen der Seilfahrt und Bewetterung. Centrum Schacht II war zwischenzeitlich verfüllt.

Um bei den gegebenen geologischen Schwierigkeiten im Wettbewerb aller Zechen Anschluss zu behalten, erhielten beide Anlagen unter wie über Tage technische Neuerungen und Erweiterungen bis hin zu einem gewaltigen Schachtgerüst für die Doppelförderung auf Centrum VII. Sie wurde nach Fertigstellung eines zusätzlichen Maschinenhauses und der Erweiterung des Schachtgebäudes 1954 angefahren. In einem nächsten Schritt erweiterte man auf Centrum VII die Teufe des Schachtes bis auf tiefer gelegene Steinkohleschichten. Auch von einer Konzentration der Förderung auf Centrum I / VII versprach man sich eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der gesamten Schachtanlage. Doch

der erhoffte Erfolg blieb aus. Ein weiterer Versuch, wirtschaftlich am Jahresende positive Zahlen ausweisen zu können, führte 1956 zur Stilllegung der gesamten Anlagen über Tage am Sevinghauser Weg. Die Bergbaukrise setzte Centrum-Morgensonne im Steinkohlengeschäft derart heftig zu, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen am 31. März 1963 vollständig geschlossen wurde.

Zeche Hannover

Als Landmarken des Bergbaus im Ortsteil Günnigfeld galten über nahezu ein ganzes Jahrhundert die mächtigen Fördertürme der Schachanlage Hannover. Die Hannoversche Bergwerksgesellschaft hatte 1858 im benachbarten Bochum-Hordel mit dem Abbau der Steinkohle über die Schächte I und II in vier Flözen begonnen und erreichte dabei auf dem Weg nach Westen untertägig die nördlich vom Zentrum Wattenscheids gelegene Flur mit ihren überwiegend landwirtschaftlich genutzten Anbauflächen.

Den Besitz der Gewerkschaft erwarb 1872 der Unternehmer Alfred Krupp aus Essen, um seine Stahlkokerie hinreichend mit Kohle und später auch mit Koks versorgen zu können. Er versprach sich eine bessere Erschließung dieses Westfeldes von der Teufe eines neuen Schachtes. Nach Kauf der benötigten Flächen vom damaligen Papenhof wurde Schacht III im Umfeld der heutigen Kirchstraße angelegt. Bei 84 m vor Kohle angekommen, nahm man 1874 nach Fertigstellung eines Malakowturms mit eingebrachtem Fördergerüst den Betrieb auf. Die Teufe wurde dabei nicht unterbrochen. Die dritte Sohle wurde im Jahr 1878 auf minus 245 Meter eingerichtet. In dieser Zeit stagnierte allgemein der Absatz der Steinkohle. Ein überhöhtes Angebot verursachte einen hohen Preisdruck am Markt. Die vermehrte Nachfrage nach Koks machte Krupp die Entscheidung leicht, mit dem Bau einer Kokerie die Wirtschaftlichkeit der Zeche zu verbessern. Ein Laboratorium und die ersten 50 Öfen waren bald beschafft und wurden ab 1882 in Dienst gestellt. Täglich konnten 150 Tonnen Koks in dieser Anlage gebrannt werden. Bei aller Intensität um die Erweiterung der Industrieanlagen wurde der Bau von Arbeiterwohnungen nicht vergessen. Die ersten Häuser einer Zechensiedlung entstanden 1874 / 75 im Bereich der Ulrichstraße und die nahegelegene Kruppsche Konsumanstalt versorgte die Bergleute mit den Waren des täglichen Bedarfs. Die Einrichtung einer Familienkassette 1885 und Kleinkinderschule 1896 sprechen außerdem da-

für, dass sich der Arbeitgeber in sozialen Belangen um das Wohl und Wehe der Belegschaft sorgte.

Nach einem Wechsel der Besitzverhältnisse in der Familie Krupp erfuhr Hannover III in den nächsten Jahren viele technische Neuerungen im Über- wie auch Untertagebereich. So wurde die Kokerie weiter aufgerüstet. Die Teufe eines neuen Schachtes IV erreichte 1902 eine Tiefe von 493 Meter und ermöglichte über die 5. Sohle das Auffahren der auf diesem Niveau anstehenden Steinkohle. Schacht III übernahm 1908 die Hauptförderung der Schachanlage Hannover in Günnigfeld. Das hölzerne Fördergerüst im Malakowturm war zuvor gegen eine Stahlkonstruktion ausgetauscht und eine Verbindung von Schacht III und IV auf der sechsten Sohle hergestellt worden. Als Neuerung kamen dabei Förderkörbe mit vier Etagen zum Einsatz. Schacht IV diente nach einem Umbau allein der Seilfahrt und dem Materialtransport.

Nachdem die alte Kokerie aus dem Jahr 1882 abgerüstet und in zwei Etappen durch eine größere Anlage mit Öfen in neuer Technik ersetzt war, versorgte diese ab 1911 die gesamte Stadt Bochum mit Leucht- und Heizgas. Im selben Jahr belief sich die gesamte Fördermenge an Kohle beider Anlagen auf 1,15 Mio t bei 4200 Beschäftigten. Die Befahrung einer neunten Sohle von Schacht III im Jahr 1914 konnte erst nach Beseitigung extremer Probleme beim Ausbau der Schachttiefe infolge starker Wasserzuflüsse stattfinden.

Nach dem Ersten Weltkrieg lief der Zechenbetrieb nur langsam wieder an. Aber bereits 1920 war die durch kriegsbedingte Verluste an der Front stark reduzierte Belegschaft wieder auf 4445 Mitarbeiter angewachsen, die im gleichen Jahr beachtliche 900.000 t Kohle förderten und 365.000 t Koks herstellten. Im Untertagebetrieb wurden ab 1921 elektrische Geleuchte anstelle der älteren Öllampen eingesetzt. Sie verbesserten die Arbeitsbedingungen in Sachen Sicherheit. Ein modernes doppelstrebiges Fördergerüst über dem neuen Schacht VI wurde nach seiner Fertigstellung 1923 zum Wahrzeichen von Günnigfeld aber auch zum Wegweiser für das französische Militär, das im Rahmen der Ruhrbesetzung den gesamten Koksvorrat beschlagnahmte.

In den dreißiger Jahren begann der Niedergang der Schachanlage Hannover in Günnigfeld. Zuvor hatte Krupp als Eigentümer die Hordeler Anlage mit einem zweiten Kraftwerksblock ausgestattet und eine Großkokerie erstellt, die eine Stilllegung und den Abbruch der

Kokerei in Günnigfeld nach sich zog. Vom erhöhten Kohlebedarf ausgehend wurde die Anlage in Bochum-Hordel zwangsläufig auch als Hauptförderanlage betrieben, was sich zum Nachteil der Schächte III, IV und VI auswirkte. Sie dienten nach 1932 nur noch der Wetterführung und Seilfahrt. Schacht VI wurde allerdings in dieser Zeit weiter abgeteuft und erreichte 1938 auf der 9. Sohle eine bergmännische Tiefe von 950 m. Ein wesentlicher Teil der Tagesanlagen blieb erhalten. Sie wurden für die Nutzung als Werkstätten und als Werksküche sowie für die Einrichtung einer Gasreinigungsanlage umgebaut, die später Bochum mit Gas versorgte. Der Rest fiel dem Abbruch anheim.

Im Zweiten Weltkrieg gerieten beide Schachtanlagen in das Visier alliierter Luftangriffe. Es kam zu schweren Beschädigungen an allen noch im Betrieb befindlichen Werksgebäuden. In Günnigfeld waren vor allem die Einrichtungen für die Aufbereitung der Grubengase davon betroffen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach der Aufgabe der Kontrolle seitens der Militärbehörde wurden produktionswichtige Anlagen wieder aufgebaut. Alle Maßnahmen konzentrierten sich jedoch ausschließlich auf den Betriebsteil in Hordel. Die Schachtanlage Günnigfeld bestückte man lediglich mit zwei neuen Gasgebläsen, die in den fünfziger Jahren die Stadt Bochum weiterhin mit Gas versorgten und siedelte eine kunstgewerbliche Anstalt für Kohlekeramik an. Als Pütt, der bereits seit 1943 über eine Richtstrecke mit Hordel verbunden war, verlor der Standort mehr und mehr an Bedeutung. Die Seilfahrt auf Schacht VI stellte man 1967 ein. Nach weiteren erfolglosen Versuchen, durch Rationalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen den Bestand der Anlage zu sichern, beschloss die Ruhrkohle AG als zuständige Behörde letztlich die Stilllegung aller den Bochumer Bergwerken zugehörigen Schächte in der ersten Hälfte des Jahres 1973 und verband diese bittere Entscheidung mit vielen umweltfreundlichen Auflagen. Nach dem Rückbau des größten Teils aller Übertageanlagen und der Verfüllung der ehemaligen Schächte sind heute nur auf der Schachtanlage I / II / V in Bochum-Hordel noch einige bedeutende Zeitzeugen der bergmännischen Industriekultur erhalten geblieben und stehen unter Denkmalschutz.

Zeche Holland

Die Abbaurechte für drei kleinere Kohlenfelder verlieh die Bergbehörde im Jahr 1855 an den Freiherrn

von Hymen. Sie ergaben sich aus Schürfböhrungen unweit des Hauses Lieren, die der vermögende Adlige aus Kaiserswerth in der Zeit von 1845 bis 1855 durchführen ließ. Danach wechselte der Besitz noch zweimal. Letztlich erwarb sie eine Aktiengesellschaft, die sich kurz zuvor gegründet und dem überwiegend niederländischen Kapital geschuldet den Namen Bergbaugesellschaft Holland gegeben hatte.

Der Zukauf von Ländereien in Ückendorf, die Teufe von Schacht I und II und der Bau einer passenden Infrastruktur für die Förderung und Wasserhaltung verschlang schnell das eingebrachte Geld der Gesellschaft. Eine Kapitalerhöhung sicherte ihr 1859 die Erweiterung der Anlage im Schachtbereich und die Verlegung von Gleisanlagen für den Kohletransport. So entstand eine Verbindung zum Bahnhof Gelsenkirchen an der Köln-Mindener-Strecke und zur Zeche Carolinenglück. Zwei Jahre darauf wurden die drei Grubenfelder unter dem Namen Holland vereinigt und in das Register des Berggrundbuches von Ückendorf, das bis 1876 zum Amt Wattenscheid gehörte, eingetragen. Die ersten Kohlen konnten 1860 von einer Mittelsohle auf ca. 140 m nach Übertage gebracht werden. Für die angeworbene Belegschaft, die 1863 bereits aus 435 Bergleuten bestand, baute man 1864 eine erste Wohnsiedlung in der Lohrheide. Nach dem Erwerb von 15 Morgen Land folgte ihr 1872 eine zweite für weitere 100 Belegschaftsmitglieder.

Eine günstige Konjunktur, die ergiebigen Flöze und ihr ungestörter Verlauf veranlassten die Eigentümer, die vorhandenen Schächte I und II in Ückendorf zu vertiefen und in Wattenscheid eine weitere Schachtanlage anzulegen. Sie nahm im Laufe der nächsten 100 Jahre die Schächte III / IV und VI auf. Nach einem Zukauf von 50 Morgen Land wurde 1873 mit der Teufe von Schacht III begonnen. Das Steinkohlengebirge erreichte man in der Annahme auf gute Vorräte an Gas-, Flamm- und Fettkohle zwei Jahre später. Da die Konjunktur für Steinkohle zu der Zeit schwächelte, vergingen noch einige Jahre bis zur endgültigen Freigabe von Schacht III für die Förderung. Ein wesentlicher Teil ging über den Verkauf nach Norddeutschland und in die Niederlande. Mit dem Anschluss an den Wattenscheider und an den Leither Bach löste man die Wasserhaltung des Schachtes. Das anfallende Leuchtgas wurde Wattenscheid wie auch den umliegenden Städten für ihre erste Straßenbeleuchtung zugeführt. Die eigene Ringofenziegelei in der Nachbarschaft

stellte das Baumaterial für den weiteren Ausbau der Betriebsanlagen und später für den Verkauf her. Durch die Fusion mit der AG Steinkohlenbergwerke Nordstern 1897 boten sich viele Ansätze für die Entwicklung beider Anlagen zu einem Großbetrieb. Wurde 1898 zunächst die Teufe von Schacht IV angegangen, legte Holland 1901 mit der Übernahme der seit zwanzig Jahren auf der Zeche existierenden Versuchsanlage der Firma Dr.-C.-Otto zur Herstellung von Koks und Nebenprodukten in eigene Regie den Grundstein für die Chemischen Betriebe Holland. Es folgte 1903 der Bau einer Brikketfabrik und 1905 die Inbetriebnahme einer dringend erforderlichen Hauptwasserhaltung. Die Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetriebe als neuer Besitzer investierte weiter in die technische Aufrüstung des Betriebes. Ein Wetterschacht mit Seilscheibengerüst in Leithe, der Anschluss von Schacht I / II an das Versorgungsnetz der Rheinischen Elektrizitätswerke und die Einführung elektrischer Lokomotiven im Untertagebereich gehörten zu den nächsten Schritten hinsichtlich der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit wie auch der Arbeitswelt. Auch die Einführung von Benzinsicherheitslampen zählte dazu. Noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde 1911 mit dem Bau familienfreundlicher Werkwohnungen in der nachbarschaftlich gelegenen Weststraße begonnen.

Auch im Ersten Weltkrieg war das Unternehmensziel der Verwaltung auf Wachstum ausgerichtet. Der Mangel an Arbeitskräften durch Einberufungen von Mitarbeitern in der Kriegszeit an die Front wurde von der Zechenverwaltung durch angeworbene Polen und Belgier kompensiert. Zusätzliche Maßnahmen wie die der Weiterteufe aller bestehenden Schächte I / III / IV sollten sicherstellen, dass alle Bereiche der Förderung und Kohleaufbereitung langfristig in ihrer Eigenständigkeit erhalten blieben.

Mit Beginn der Teufe von Schacht VI ab 1921 auf der Wattenscheider Anlage und der Ansage, ihn zukünftig als Hauptförderschacht zu betreiben, musste man sich von diesem Gedanken trennen. Es begann das Zeitalter der Konzentration. Eine Waschkaupe für 3000 Bergleute bei einer schon vorhandenen Belegschaft von 4535 Mitarbeitern entstand. Der Monate andauernde Widerstand der Bergleute verhinderte 1923, in der Zeit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französisches Militär, ein normale Förderaufkommen. Die Leistung der Aktiengesellschaft stieg nach einer Einigung der Parteien im nächsten Jahr um 100% auf 840 Tsd. Tonnen. Um den wachsenden Anforderungen an Verladung und Transport in den nächsten Jahren gerecht zu werden, erweiterte man die Gleisanlagen und vergrößerte 1924 den Zechenbahnhof auf einem Gelände,



Zeche Holland; Sammlung Wantoch

das zuvor der Propsteigemeinde gehörte. Dabei wurde ein Prozessionskreuz an die Stelle verlegt, an der sich heute die Barbaragrotte befindet. Problemlos verlief 1926 die Hereinnahme von Schacht VI als Hauptförderschacht und die Umstellung der Schächte I und II auf Seilfahrt und Bewetterung.

Holland gehörte nach einem weiteren Besitzerwechsel ab 1926 der neuen Aktiengesellschaft Vereinigte Stahlwerke. Die Geschäftsleitung griff, um die Wirtschaftskrise in ihrem Unternehmen nach 1928 bewältigen zu können, hart durch. Feierschichten waren angesagt. Die Inbetriebnahme einer neuen Großkokerei auf der Schachanlage Alma hatte den Abbruch aller Anlagenteile zur Herstellung von Koks einschließlich seiner Nebenprodukte an der Lyrenstraße zur Folge. Die chemischen Betriebe, vor allem die Benzolreinigungsanlage, blieben allerdings erhalten und wurden weiter ausgebaut. Um Schacht VI auf weitere Jahre als Hauptförderschacht abzusichern, erweiterte man 1930 das Grubenfeld Holland um Abschnitte der Felder Vereinigte Rheinelbe und Alma. Der endgültige Verbund der Strecken unter Tage dauerte bis 1933. Noch vor Beginn des 2. Weltkriegs wurde Schacht VI bei einem extrem hohen Energiebedarf in der Rüstungsindustrie für die Befahrung einer zehnte Sohle bis auf 1000 m weiter geteuft.

Unter neuem Namen Holland / Rheinelbe-Alma startete der Zechenbetrieb, der wenige Zeit später noch um Bonifacius erweitert wurde, 1945 in die Nachkriegszeit. Sie war bestimmt vom Wiederaufbau. Sowohl die Industrie als auch der private Sektor entwickelten wie bei anderen Materialien auch bei Heizstoffen einen anormal hohen Bedarf. Doch erst nach Beseitigung eigener Engpässe beim Personal und nach der Wiederherstellung der zerstörten Anlagentechnik konnte er vom Bergbau voll befriedigt werden. Eine wesentliche Steigerung der Leistung im Streb brachte ab 1953 der Einsatz des Kohlenhobels. Er ersetzte viele Kräfte raubende Pressluftschlämmer, die nur noch im Streckenausbau verwendet wurden.

Das massive Angebot von Rohöl als alternativer Energieträger führte ab 1958 auf fast allen Ruhrgebietszechen ab 1958 zu Förderrücknahmen. Auch Zeche Holland, sie gehörte seit 1953 zur Gelsenkirchener Bergwerks AG, war davon betroffen. Die neue Direktion versprach sich von Änderungen der Zuständigkeiten, der betrieblichen Abläufen, von der Stilllegung einiger überflüssiger Betriebsteile, von

der Aufgabe steiler Flöze und von der Umrüstung der älteren Anlagenteile im Förderbetrieb auf moderne Techniken eine wesentlich verbesserte Marktposition. So erhielt Schacht IV 1958 noch eine elektrische Fördermaschine.

Mit zunehmender Absatzkrise mussten weitere Überlegungen um die Wirtschaftlichkeit der Tochter der GBAG angestellt werden. Die Auffahrung einer Verbindung zwischen Holland und Bonifacius sollte 1966 der Sicherung einer zentralen Förderung auf Holland noch einen zusätzlichen Schub geben. Mit der Aufgabe der Anlage für die Benzolreinigung verlor die Zeche 1967 allerdings ein über Jahrzehnte technisch bewährtes Standbein.

Nach der Gründung der Ruhrkohle AG 1969 fielen die existenziellen Entscheidungen für die letzte Schachanlage in Wattenscheid noch gravierender aus. Ab 1974 trat die auf Holland abgebaute Kohle einen längeren Weg zur Zentralförderung auf Zollverein unter Tage an. Ein Jahr zuvor hatte man einen Sozialplan für die Belegschaft von 2457 Mitarbeitern aufgestellt, der davon ausging, dass ab 1975 im Abbaubetrieb beschäftigte Bergleute die Arbeitsplätze mit Hilfe der Seilfahrt auf Holland I / VI als Nebenschächte von Zollverein erreichen und die die Mehrzahl der Übertageanlagen von Holland III / IV / VI für den Abbruch freistehen. Das Ende der Seilfahrt 1988 führte zur endgültigen Stilllegung der letzten Zeche Wattenscheids. Diese Maßnahme war den nördlicheren, im Bereich der Emscher gelegenen Schachanlagen der Ruhrkohle geschuldet, um verstärkt in die Automatisierung besonders ihrer Abbau- und Förderbetriebe investieren und in den kommenden Jahren über Kostenreduzierungen die Position im harten Wettbewerb verbessern zu können.

Die Kleinzechen

Der Kohlebergbau auf den großen Schachanlagen kam gegen Ende des Zweiten Weltkriegs nahezu zum Erliegen. Die aufstehenden Betriebsanlagen waren über eine lange Zeit den massiven Bombenangriffen auf das Ruhrgebiet ausgesetzt und dem entsprechend in einem desolaten Zustand. Was an Steinkohle nach Kriegsende noch gefördert wurde, blieb durch Verordnungen der alliierten Besatzungsmächte auf Mindestmengen beschränkt. In die Versorgungslücke sprangen finanzstarke Privatleute mit der Errichtung von Kleinzechen. Sie schlossen nach der Währungsreform 1948 Abbauverträge mit den alten Feldeigentümern und vertrauten

die Aufsicht des Kleinbetriebs der Bergbehörde an. In ihrer Größe und den Fördermengen recht verschieden, erschlossen die Besitzer alte Schächte in den oberen Lagen wie auch stillgelegte Stollen. Vom Haspel bis hin zum kleinen Stahlgerüst war alles im Einsatz, was für die Förderung der wertvollen Kohle Sinn machte. Den günstigen geologischen Verhältnisse in Wattenscheid ist es zuzuschreiben, dass auf dem Rücken des Horster Erbstillens und im weiten Umfeld der Zeche Morgensonne derartige Kleinbetriebe angelegt wurden. So entstand im Ortsteil Sevinghausen 1949 südlich vom Hellweg die Zeche „Zollstraße“. Der Schacht, der einen Bahnanschluss an die vorbeiführende Strecke nach Höntrop erhielt, nahm 1950 die Förderung auf. Er wurde 1963 zu Beginn der Bergbaukrise geschlossen und 1964 verfüllt.

Die Stadtwerke Leverkusen ließen die historische Zeche „Mecklingsbank“ in einem Grubenfeld wieder aufleben, das sie von der Gewerkschaft Langenbrahm erworben hatten. Nach der Teufe eines Schachtes auf der Grenze zum Steeler Ortsteil Freisenbruch am Eibergweg nahm die Zeche 1948 ihre Förderung auf. Auch dieser Betrieb musste wegen der Bergbaukrise 1963 seine Tore schließen.

Die Dritte im Bunde trug den sinnvollen Namen „Morgenstern“. Er weist sehr wohl darauf hin, dass sie in der Nähe der Zeche Morgensonne ihren Platz hatte. Etwa 300 Meter westlich davon am Portmanns Weg lag die Hauptförderanlage. Weitere kleinere Schächte befanden sich an der Verbindung zwischen dem Vienenhovenweg und der Straße In den Höfen. Untertage grub die Zeche zwischen 1953 und 1963 die schon zu Morgensonnen-Zeiten mächtigen Flöze Dickebank und Luise an. Auch Morgenstern ereilte mit der Stilllegung zur gleichen Zeit das gleiche Schicksal wie ihre nicht allzu entfernt gelegenen Nachbarinnen südlich vom Hellweg.

Unglückstage auf den Schachtanlagen

So wie der Bergbau als ein wichtiger Bestandteil des Stadtwerdens von Wattenscheid zu verstehen ist, haben in den nahezu zweihundertundfünfzig Jahren vom Auffahren des Storksbancker Oberstillens bis zur letzten Seilfahrt auf Holland heimische Bürger in der rauen Arbeitswelt ihr Leben geopfert. Kinder haben ihre Väter, Frauen ihre Männer und Freunde ihre Freunde verloren. An den Arbeitsplätzen, über wie unter Tage, sahen sich Bergleute stets immensen

Gefahren gegenüber. Nicht allein das hochexplosive Gas Methan als Bestandteil der Inkohlung bedeutete für sie ein hohes Risiko beim Befahren der Grube. Der Druck des Gebirges, das unberechenbare Wasser und das Versagen der Maschinenteknik haben sich neben anderen Störungen im täglichen Betriebsablauf oft unverhofft und in lebensbedrohlicher Weise bemerkbar gemacht. Es kam dabei immer wieder zu aufwändigen Rettungsarbeiten. Die bergmännische Kameradschaft und das Wissen um den weit über die Leistungsgrenze hinausgehenden körperlichen Einsatz jedes Einzelnen hat in Gefahrenlagen die Hoffnung auf ein gutes Ende nie sterben lassen.

Auch wenn auf allen Schachtanlagen und bei allen Arbeiten sicherheitsrelevantes Verhalten das oberste Gebot war, blieb wohl keine der großen Zechen Holland und Hannover über den Zeitraum ihres Bestehens von Unglücksfällen mit tödlichem Ausgang verschont. Dazu muss auch Centrum-Morgensonne nach der Zusammenführung beider Schachtanlagen ab 1924 gezählt werden. Solange Centrum als eigenständiger Betrieb existierte, kam es 1899 durch einen Brand zum vollständigen Ausfall des Schachtgebäudes von Schacht I und folglich zu einer längeren Reparaturzeit; auf Morgensonne musste 1904 nach einem Wassereinbruch die vollständig überflutete 4.Sohle auf einen Wasserstand von drei Metern trocken gelegt und ein heftiger Grubenbrand mit Hilfe einer Abdämmung des Hauptquerschlags länger als zwölf Monate bekämpft werden. In beiden Fällen waren keine Menschenleben zu beklagen.

In der Vereinigung beider Pütts und im Besitz der Arenberg GmbH verliefen die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst ohne nennenswerte Betriebsstörungen. Der Abbau der Kohle erfolgte inzwischen in beachtlichen Tiefen und unter zunehmend risikoreicheren Bedingungen. Auf 1000 Meter unter der Erdoberfläche geschah dann im April 1953 das Unfassbare. Eine 30 Meter lange Strecke brach zusammen und verschüttete sieben Bergleute. Die Bergungstrupps arbeiteten zwar zehn Tage durchgängig über 24 Stunden, konnten aber ihre Kameraden nur tot bergen. Zehn Monate später, im März 1954, kam es zu einem ähnlichen Vorfall, bei dem wieder sieben Bergleute ihr Leben ließen. Die Opfer sind, soweit sie in Wattenscheid bestattet wurden, auf dem Ehrenfeld des Ev. Friedhofs an der Westenfelder Straße beigesetzt. Ein drittes lebensbedrohendes Unglück, bei

dem zwei Bergleute auf der achten Sohle von Schacht Morgensonne eingeschlossen wurden, ereignete sich im November 1956. Nach einer elf Tage andauernden Rettungsaktion, an der sich die Direktion persönlich intensiv beteiligte, konnten sie jedoch lebend geborgen werden.

Das Grubenfeld Holland galt von Anbeginn seines Abbaus als stark schlagwettergefährdet. Bereits während der Teufe von Schacht I und II wurde sicherheitshalber ein Ventilator in Betrieb genommen. Zudem brach ob der starken Wassereinbrüche 1863 die Schachtmauer von Schacht I. Ein Brand in einem Flöz ließ sich 1863 bei allem Ausmaß durch Abdämmen des Herdes einfangen und löschen. Die erste Schlagwetterexplosion erlebte Holland 1898 auf der Anlage an der Ückendorfer Straße. Beim Öffnen einer Sicherheitslampe bekam die Flamme Kontakt mit dem Methangas. Die Explosion kostete zwei Bergleuten das Leben und hatte noch sieben Verletzte zur Folge. Sieben Jahre später kamen erneut bei einer Gasexplosion auf Schacht I sechs Bergmänner zu Tode. Wie gefährlich die Arbeitsplät-

ze auch in anderen Sektoren unter Tage sein konnten, zeigte sich im Januar 1910. Bei seiner Ausmauerung brach Schacht V, ein Wetterschacht in Leithe, unterhalb der fünften Sohle zusammen und begrub sechs Schachthauer unter seinen Geröllmassen. Nach vier Tagen anstrengender Bergungsarbeiten wurden sie aus ihrer Notlage lebend befreit.

Das heikle Thema "Schlagende Wetter" fand auf Holland kein Ende. Auf Schacht III / IV ereignete sich im September 1915 das nächste Unglück. Mit 14 Toten und 12 Verletzten nahm die Zahl der Opfer gegenüber früheren Unglücken erheblich zu. Das bestätigte sich auch beim Vorfall auf Schacht I / II im Oktober 1925. Dieses Mal wurde vermutet, dass ein Funke, ausgelöst von einer Lokomotive an ihrem Fahrdrabt, eine Methanwolke zur Explosion gebracht hatte. Dabei starben 18 Bergleute. Nur einer überlebte mit starken Verletzungen. In den nächsten Jahrzehnten lief der Betrieb relativ ungestört. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Mai 1951, riefen zwei Grubenbrände die Feuerwehr nach Untertage. Sie setzte das betroffene Flöz unter Wasser und für den Abbau vorübergehend still. Den großen Brand im Rheinelbefeld im Januar 1954 bekämpfte sie mit einer Abmauerung der Strecke. Der Brand hungerte durch den erzwungenen Sauerstoffmangel aus. Beide Ereignisse forderten glücklicherweise keine Menschenleben. Diesem Schicksal mussten sich drei Maurer und zwei Schachthauer im Juli 1958 nach einem Defekt in der Druckluftleitung auf der neunten Sohle bei Aufräumarbeiten beugen. Sie gerieten unter abstürzendes Material für den Schachtbau und kamen dabei zu Tode. Die Toten konnten alle geborgen werden – die letzten beiden erst nach monatelanger Arbeit. Das an der Zahl der Opfer gemessen, schwerste Unglück durch schlagende Wetter ereignete sich auf der Hordeler Schachtanlage der Zeche Hannover. Es starben 1939 bei einer schweren Schlagwetterexplosion 20 Bergleute. Weitere 14 waren verletzt und mussten medizinisch behandelt werden. Der Vorfall führte nachfolgend zu einem Grubenbrand, der ein Jahr später nach Öffnung seiner Abmauerung immer noch aktiv war. Im Zweiten Weltkrieg lief 1943 beim Auffahren der Richtstrecke zwischen den Schächten Günstigfeld und Hordel ein Teil der achten Sohle voll Wasser. Die vor Ort arbeitenden Bergleute konnten sich jedoch alle in Sicherheit bringen.



Denkmal der verunglückten Bergleute in Wattenscheid;
Bild Ehrhard Salewski

Ehrhard Salewski

WATTENSCHIED IM JAHRE 1923

Die Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg

Deutschland sollte nach dem verlorenen Krieg an Reparationskosten 20 Milliarden Goldmark leisten. Das entsprach etwa 7000 Tonnen Gold bis Ende April 1921. Das konnte Deutschland gar nicht schaffen. Im April 1920 stellte der Oberste Alliierte Rat fest, dass Deutschland mit den Kohlelieferungen und mit den Zahlungen im Rückstand war. So beschlossen Frankreich und Belgien, sich die Kohle selbst zu holen und marschierten am 11. Januar 1923 in Essen ein und damit begann die Besetzung des Ruhgebietes. Schon einen Tag nach dem Einmarsch der Franzosen in Essen erhob die Wattenscheider Stadtverordneten-Versammlung in einer Sitzung den schärfsten Protest, musste man auch mit einer unverzüglichen Besetzung rechnen. Doch wenige Tage später setzten die Franzosen ihren Vormarsch über den Hellweg fort und besetzten Bochum. Die alte Heerstraße, der Hellweg, führte sie über Steele, Sevinghausen und Höntrop nach Bochum. Kleinere Truppenteile haben in Höntrop und Westenfeld bei Landwirten vorübergehend Quartier genommen. Gelsenkirchen und Wattenscheid blieben zunächst unberührt. Mit Panzerautos fuhren sie vor das Bochumer Rathaus. Eine weitere Truppe besetzte das Postamt und den Hauptbahnhof. Das führte natürlich zu erheblichen Verkehrsstörungen und diese Beeinträchtigungen, besonders in der Lebensmittelversorgung, zogen sich dann über mehrere Monate hin. In Essen wurde

am 23. Januar die gesamte Briefpost für Berlin beschlagnahmt.

Was geschah in Wattenscheid während der französischen Besetzungszeit?

Bis Anfang Mai hatten die Gemeinden des Amtes Wattenscheid schon 12.606.847 Mark (Quelle Wattenscheider Zeitung vom 9. Mai 1923) an Kosten für Quartierleistungen zu tragen, während der Stadt Wattenscheid noch keine Kosten entstanden waren. Das sollte sich aber schnell ändern, denn am 7. Mai wurde auch Wattenscheid besetzt. Es handelte sich zunächst um eine Fesselballonkompanie mit insgesamt fünf Offizieren, zwei Feldwebeln und 170 Soldaten. Die Truppe wurde in der Parkscheule an der Sommerdelle untergebracht. Auf dem Sportplatz hinter der Schule wurde ein Fesselballon aufgelassen und dieser diente als Beobachtungssitz, um Transporte der Kohlenzüge auf der Rheinischen Strecke zu registrieren. Der Weg von der Sommerdelle zur Parkstraße durch den Stadtgarten wurde für die heimische Bevölkerung gesperrt. Bürgermeister Dr. Überhorst bat die Bevölkerung, den neuen Anforderungen mit Würde und großer Zurückhaltung zu begegnen. Insbesondere sollten die großen Kinder ihre Neugier und ihren Vorwitz zügeln, da rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde.

Ein weiteres größeres Infanterie-Regiment in einer Stärke von 1000 Mann mit 40 Offizieren und 140 Pferden wurde für Wattenscheid angekündigt, aber dann kamen nur 400 Mann, die in der Johannes-schule und in den nahe gelegenen Sälen der Weststraße untergebracht wurden (Quelle Watt. Ztg. 16.



Notgeldscheine Stadt und Amt Wattenscheid; Sammlung Wantoch



Reichsbanknoten aus dem Jahre 1923; Sammlung Wantoch

Mai 1923). Bei solch einer Truppenstärke musste eine Ortskommandantur eingerichtet werden und die wurde im Gebäude des Wattenscheider Bergamtes in der damaligen Wilhelmstraße (heute Steinstraße) eröffnet.

Von Gelsenkirchen aus fand eine Streikbewegung statt, die am 25. Mai auch nach Wattenscheid übergriff. Die Geschäfte und der Wochenmarkt hatten am Vormittag geschlossen. Diese Streikbewegung hatte dann auch die Wattenscheider Zechen erreicht. In Bochum gab es sogar einige Schusswechsel mit einigen Toten und Verwundeten (Quelle Watt. Ztg. 28. Mai 1923).

Am 16. Juni berichtet die Wattenscheider Zeitung die vollständige Stilllegung der Eisenbahnen im Ruhrgebiet. Auch der Bahnhof Wattenscheid wurde in den frühen Morgenstunden von den Franzosen besetzt. Unter der französischen Regie wollten die Bahnbeamten ihren Dienst nicht verrichten, so wurde ihnen eine Frist von 48 Stunden gegeben, ihren passiven Widerstand aufzugeben, ansonsten wurde ihnen die Ausweisung angedroht. Diese Androhung wurde tatsächlich angewendet und so mussten die Wattenscheider Eisenbahner ihre Heimat verlassen. 35 von ihnen wurden im unbesetzten Kreis Lehe untergebracht (Quelle Watt. Ztg. 21. Juli 1923). Natürlich folgten bei solchen gewaltigen Behinderungen massive Einschränkungen im Bahnverkehr und damit auch die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Es mangelte zunehmend an allen wichtigen und unwichtigen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens. Hier nur ein Beispiel: Anfang September wurde die Zeche Rhein-Elbe in Ückendorf



Nachweisung nach Wattenscheid; Sammlung Wantoch



Bekanntmachung; Stadtarchiv Bochum

besetzt und damit wurde die Gasversorgung für die Städte Gelsenkirchen und Wattenscheid eingestellt. Die Gasversorgung konnte nicht durch andere Lieferanten ersetzt werden, zumal auch die Stadt Bochum von der Gasversorgung von der Zeche Hannover abgeschnitten war (Quelle Watt. Ztg. 4. Sept. 1923). Die Haushalte, die ihre Beleuchtung mit Gas betrieben, sollten nun ihre Beleuchtung auf Kerzen oder Petroleum umstellen. Das führte natürlich zu einer Verknappung und einem ungeheuren Preisanstieg dieses Artikels. Am 2. November wurde den Familien, die ihre Wohnung mit Gas beleuchteten, an den Gebäuden der Stadtwerke Wattenscheid in der Voedestraße ein Liter Petroleum gegen Legitimation verkauft (Quelle Watt. Ztg. 2. November 1923). Die Gaslieferung wurde erst am 13. Dezember wieder aufgenommen.

Der Wertverfall der Reichsmark stieg ins Unermessliche. Die Reichsdruckerei kam mit der Herstellung von höheren Geldscheinen nicht mehr nach, sodass die Städte, Ämter, Gemeinden und Firmen ihr eigenes Notgeld drucken ließen. Stadt und Amt Wattenscheid ließen ihren großen Bedarf an Geldscheinen in Tag- und Nachtarbeit bei der Wattenscheider Druckerei Busch herstellen (Quelle Carl Busch sen. Familien-Festschrift zum 90. Geburtstag. Seite 147). Zeitweise wurden kleine Geldscheine unter zehn Millionen Mark von der Wattenscheider Stadtbank nicht mehr angenommen (Quelle Wattenscheider Zeitung vom 20. Okt. 1923). Schon Ende September wurde die Klage laut, dass überall zerrissene Notgeldschei-

ne in den Straßen herumfliegen, weil sie keinen Wert mehr hatten. Selbst Scheine im Werte von 100.000 Mark seien dabei (Quelle Watt. Ztg. 20. Okt. 1923). Beim Postamt gab es keine portogerechten Briefmarken mehr. Postkunden sollten ihre Briefe mit passendem Bargeld bezahlen.

Das Porto für einen Fernbrief betrug am 18. September 1923 nach Berlin 75.000 Mark und zwei Schalterbeamte mussten den eingenommenen Betrag quittieren. Dieser Brief war ca. 50 Stunden unterwegs. Wegen der Verkehrssperre durch die Franzosen wurde die Post teilweise wieder mit der Postkutsche befördert (Quelle Watt. Ztg. 26. Okt. 1923).

Die Polizei-Direktion warnte die Bevölkerung vor Ausschreitungen und Plünderungen. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und die drastische Verknappung von Lebensmitteln war es zu häufigen Plünderungen gekommen.

Gerade zur Kartoffelernte mussten die Felder besonders bewacht werden. Am 24. August 1923 erschien folgende Bekanntmachung der Gemeinde Sevinghausen. „Die Bewohner werden gewarnt, die Felder nach Eintritt der Dunkelheit zu betreten, da die Gemeinde Sevinghausen einen organisierten Selbstschutz gebildet hat.“ Prompt kritisierte zwei Tage

später ein Leser diese eigenartigen Zustände in Sevinghausen. „Keine Kartoffel kommt nach auswärts“ Sofort wichen die illegalen „Erntehelfer“ auf die nahegelegenen Kleingärten aus. „Not lehrt stehen“, hieß die Parole. „Haben die Kleingärtner auch einen Anspruch auf den Selbstschutz“, lautete die Frage an einen Sevinghausener Landwirt. „Selbstverständlich! Die Schweine müssen ja auch Kartoffeln zu fressen bekommen (Quelle Watt. Ztg. 27. Aug. 1923).“

Im Februar 1923 warben zwei Friseure um ausgekämmtes Frauenhaar. Wozu sie es brauchten, haben sie nicht bekannt gemacht. Vermutlich hat die Treibriemenindustrie sehr gute Preise bezahlt. Das sollte sich auch im Laufe des Jahres nicht ändern.

Die französische Kommandantur befahl im Juni den Wattenscheider Wirten, an französische Truppen keine alkoholischen Getränke zu verabreichen. Auch wurde es verboten, in der Zeit von 9.00 Uhr abends bis morgens um 7.00 Uhr französisches Militär zu bewirten (Quelle Watt. Ztg. 28. Juni 1923).

Im Monat November sollte der Höhepunkt der Inflation erreicht werden. In diesem Monat gab es fünf Portoerhöhungen bei der Post. Allein das Briefporto für einen 20 Gramm-Fernbrief wurde von 100 Millionen auf 100 Milliarden Mark erhöht. Solch eine



Ausgekämmtes
Frauenhaar
Kilo 2—3000 Mark,
kauft zu höchsten Preisen
J. Zimmer, Günstigfeld, Kirchstr. 26,
H. Kemper, Wattenscheid, Freiheitst.
Von Friseuren jedes Quantum gegen
sofortige Kasse.

Watt. Ztg. vom 18.2.1923



Volksküche Wattenscheid; Sammlung Wantoch

Preissteigerung fand natürlich nicht nur mit dem Briefporto statt, sondern auch mit allen anderen Artikeln zum täglichen Leben. Dass bei solchen Preissteigerungen Not und Elend in kürzester Zeit den allergrößten Teil der Bevölkerung trafen, kann man sich leicht vorstellen, zumal es eine riesige Zahl an arbeitslosen Menschen gab. In Wattenscheid waren es zu diesem Zeitpunkt 3328 Personen. Zu allem Elend fand auf allen Zechen eine Kündigung aller Beschäftigten im Ruhrbergbau statt. Das betraf auch die Wattenscheider Zechen (Quelle Watt. Ztg. 16. Nov. 1923). Das Gespenst des Hungers ging umher. Hier ein Preisvergleich: Kostete ein Pfund Rindfleisch am 20. November noch 800 Milliarden, so waren es am Freitag dem 23. November schon zwei Billionen Mark. Besonders herausgestellt wurden die städtischen Beamten und Angestellten, die auf 10% ihres Einkommens zugunsten der allgemeinen Volksspeisung verzichteten (Quelle Watt. Ztg. 6. Nov. 1923). Auch die Quäkerspeisung für Kinder wurde im November in Wattenscheid wieder aufgenommen. Ein besonderes Anschauungsstück der Hochinflation ist ein Brief der Commerz- und Privat-Bank vom 27. November. Die Bank hatte sich wohl einen kleinen Vorrat an Briefmarken, das Stück zu 10 Milliarden

Mark, zugelegt. Am 26. November trat aber eine neue Porto-Erhöhung ein. Da aber die Postämter nicht mit den entsprechenden Briefmarken versorgt werden konnten, wurden die am Postamt vorhandenen Marken einfach zum vierfachen Wert verkauft. Diese Maßnahme ist bei der Commerz- und Privat-Bank aber nicht bekannt geworden. Also verwendeten sie weiter ihre Marken zum aufgedruckten Nennwert, das heißt, es wurden neun Marken zu 360 Milliarden zu viel aufgeklebt. Am 1. Dezember wurde eine neue



Novemberbrief; Sammlung Wantoch

wertbeständige Währung, die Rentenmark zum Umtauschkurs von einer Billionen Reichsmark zu einer Rentenmark in Deutschland im Umlauf gebracht. Das bedeutete für den Brief der Commerz- und Privat-Bank, er war mit 36 Rentenpfennig überfrankiert.

Mit der Einführung der Rentenmark war aber die große Not der Bevölkerung nicht beseitigt. Es galt nun das ganze Notgeld der Städte, Gemeinden und Firmen, das ja noch immer im Umlauf war, einzutauschen. So entstand ein sogenannter Notgeld-Wirrwarr, denn auswärtiges Notgeld, z. B. vom Bochumer Verein wurde in Wattenscheid nicht angenommen (Quelle Watt. Ztg. 28. Nov. 1923). Eine weitere Schwierigkeit trat durch Fälschungen auf. Zwei Fälscher wurden gefasst, die Geldscheine des Stadt- und Landkreises Gelsenkirchen von einer Billionen auf fünf Billionen Mark durch geschicktes Überkleben aufgewertet hatten. Auch die Scheine der Rheinischen Stahlwerke (Zeche Centrum) wurden durch geschickte Veränderung der Zahlen aufgewertet. Diesen Fälscher, es war ein junger Mann aus der Sommerdelle, hat die Polizei dann auf frischer Tat gefasst (Quelle Watt. Ztg. 29. Nov. 1923). Es war ein schreckliches Jahr, in dem

viele Bürger ihr Hab und Gut verloren hatten.

Das nachfolgende Gruppenfoto entstand vermutlich am Hintereingang der Johannes Schule. Am 8. Januar 1924 meldet die Wattenscheider Zeitung, dass Wattenscheid wieder ohne Besetzung ist. „Die französischen Truppen, die hier in Quartier lagen und bereits seit mehreren Tagen Vorbereitungen zum Abmarsch getroffen hatten, werden heute von Wattenscheid abrücken. Die französische Gendarmerie Station wird hier vorerst noch verbleiben.“ Das heißt aber nicht, dass die Truppen das Ruhrgebiet verlassen haben. Dieses geschah erst Anfang August 1925.

Rudolf Wantoch

Literatur:

- Peter Zimmermann, „Wattenscheid in der Notgeldzeit“ Wattenscheid 1981
- Gerhard Wegener „Das Papiernotgeld in der Stadt und im Amt Wattenscheid, von 1914 - 1923, Hattingen 2012
- Hugo Rieht, „Die Postgeschichte der Stadt Essen“ in Postgeschichte am Niederrhein Nr. 1 Februar 1973. Seite 67
- Horst Ueberhorst: „Wattenscheid: die Freiheit verloren“ Düsseldorf 1985 ISBN 3-7700-0689-5



Rückseite
a Wattenscheid
Ruhr. le 5 Novembre 1923

Französische Soldaten am 5. November 1923; Sammlung Wantoch

DIE TOCHTER DARF NICHT ESTHER HEISSEN

Pfarrer Friedrich Luncke kommt 1937 nach Wattenscheid. Er ist zuständig für den Pfarrbezirk Leithe der evangelischen Kirchengemeinde Wattenscheid. Als Mitglied der Bekennenden Kirche gerät er durch seine Predigten sehr schnell in Konflikt mit der NSDAP. Vorladungen zur Gestapo sind die Folge.

1938 bringt seine Ehefrau eine Tochter zur Welt. Esther soll sie heißen. Aber das Standesamt Gelsenkirchen weigert sich, den Namen einzutragen. Ein „typisch jüdischer Vorname“ ist in der Zeit des Nationalsozialismus nicht erwünscht. Für das Standesamt heißt die Tochter „Elisabeth“.

Ein Weg durch die Gerichtsinstanzen beginnt. Ein Einspruch Lunckes beim Amtsgericht hat zunächst Erfolg. Aber auf die Beschwerde des Oberbürgermeisters stellt das Landgericht fest, der Name sei nicht deutsch bzw. nicht so eingedeutscht, dass er beim Volk nicht mehr als Fremdnamen empfunden werde. Pfarrer Luncke gibt nicht auf und geht vor das Kammergericht in Berlin. In letzter Instanz lautet das Urteil: „Der Standesbeamte kann nicht angehalten werden, für ein deutsches arisches Kind einen Vornamen in das Geburtenbuch

einzutragen, der zwar nichtjüdischer Herkunft ist, aber im Bewusstsein des deutschen Volkes als typisch jüdisch empfunden wird.“ Das Gericht weiß zwar, dass „der Name Esther babylonisch-persischen und damit arischen Ursprungs“ ist, aber er wird, weil ein Buch des Alten Testaments so heißt, als jüdisch empfunden. Für einige andere „jüdische“ Vornamen gilt das allerdings nicht. Kein Wunder: Goebbels hieß „Joseph“; Hitlers Frau hieß „Eva“; die Tochter eines der Richter beim Kammergericht „Ruth“! 1941 muss das Ehepaar Luncke dem Evangelischen Kirchenkreis mitteilen, dass die „Tochter ‚Esther‘, mit bürgerlichem Namen ‚Elisabeth‘ gestorben ist“. Man kondoliert zum Heimgang von „Elisabeth“. Nach dem Krieg kämpft Luncke wieder um sein Recht. Auf Beschluss des Amtsgerichts Essen wird das Geburtsregister in Gelsenkirchen korrigiert: aus ‚Elisabeth‘ wird ‚Esther‘. Das Amtsgericht Bochum verfügt die Änderung im Sterberegister. Übrigens: Einer der Richter vom Kammergericht Berlin setzt nach dem Krieg seine Karriere nahtlos fort. Über das Oberlandesgericht Hamm kommt er 1953 als Bundesrichter bis zum Ruhestand 1970 an den Bundesgerichtshof.

Willi Neuhoff

Quelle: Jutta Dittfurth: Warum Esther Elisabeth hieß

WATTENSCHIEDS STOLPERSTEINE

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, sagte der Kölner Künstler Gunter Demnig zu dem Zweck seines Projektes „Stolpersteine“. Seit den 1990er Jahren verlegt er 10 x 10 cm kleine Pflastersteine in das Trottoir, um an Menschen zu gedenken, die im Nationalsozialismus verfolgt, deportiert und ermordet wurden. Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen diskriminiert und ausgegrenzt wurden, weil sie nicht zur sog. „Volksgemeinschaft“ gehörten. Sie waren Sozialdemokraten, Kommunisten, Zeugen Jehovas, Juden, Sinti, Roma, homosexuell, behindert oder krank. Die kleinen Steine werden dabei vor dem letzten freiwillig gewählten Wohnort dieser Menschen verlegt, um darauf aufmerksam zu machen, dass alle – der „Volksgemeinschaft“ zugehörig oder nicht – gemeinsam in dieser Stadt lebten, Nachbarn und häufig auch Freunde waren. Seit 2004 werden auch in Bochum „Stolpersteine“ verlegt, auf denen in groben

Zügen die Lebensdaten der Menschen sowie deren Schicksal skizziert werden. Der Mensch, der hinter allen Zahlen und Statistiken über den Holocaust verloren geht, erhält dadurch seine individuelle Seite des Menschen wieder, der er beraubt wurde.

In Wattenscheid wurden bislang vornehmlich für jüdische Menschen Stolpersteine verlegt. Rund 40 Stolpersteine liegen an 15 verschiedenen Orten im Stadtgebiet und ihre Geschichten sollen erzählt werden. Aufgrund des Umfangs aller Geschichten sollen hier nur drei exemplarische Familiengeschichten erzählt werden. Alle anderen Schicksale sind dabei nicht minder wichtig oder gar uninteressant und können bei Interesse auf der Internetseite des Stadtarchivs Bochum (<https://www.bochum.de/stolpersteine>) nachgelesen werden. Auch wird vom Stadtarchiv Bochum eine Stolperstein-App angeboten, worüber mobil die Geschichten nachgelesen werden können.

FAMILIE RÖTTGEN

Schräg gegenüber dem Gertrudiscenter können Sie eines der schönsten Häuser Wattenscheids sehen, welches seit mehr als 100 Jahren nahezu unverändert an dieser Stelle steht. Heute befindet sich in den Geschäftsräumen der Gertrudisstraße 10 ein Caritasladen, zuvor war dort die Raumausstattung Höltken zu finden. Doch davor gehörten das Haus und das Geschäft der Familie Röttgen. Bei genauer Betrachtung werden Sie noch heute im Giebeltürmchen die Initialen des Errichters lesen können: D. R. – David Röttgen.

David Röttgen war ein sehr angesehener Kaufmann aus einer alteingesessenen jüdischen Familie aus Wattenscheid. Gemeinsam mit seiner Frau, Sara Röttgen geb. Appel, und den gemeinsamen sechs Kindern lebte er in eben jenem Haus in der Gertrudisstraße. Als er aber recht früh bereits 1909 verstarb, hinterließ er seiner Frau drei Geschäfte und sechs Kinder, die von nun an Sara Röttgen alleine führen und aufziehen musste. Erst mit dem Eintritt ihres drittältesten Sohnes, Ernst Röttgen, in das Geschäft, erfuhr sie eine Entlastung. Ernst Röttgen, geboren am 16. Juni 1886 in Wattenscheid, übernahm die Geschäfte und gründete selbst eine Fa-

milie mit der aus Borken in Hessen stammenden Rosa Rosenmund. Die Hochzeit fand 1919 statt und nur ein Jahr später erblickte bereits das erste Kind von Ernst und Rosa Röttgen, Günter, das Licht der Welt. Nur weitere zwei Jahre später kam ein zweiter Junge zur Welt, Werner. Beide Söhne gingen zunächst auf eine jüdische Schule in Gelsenkirchen. Während Günter mit zehn Jahren auf ein Gymnasium in Wattenscheid wechselte, um nach dem Abitur Jura zu studieren, besuchte Werner Röttgen bis 1937 in Gelsenkirchen ein privates Gymnasium. Beide Kinder konnten ihre schulische Ausbildung nicht beenden. Günter Röttgen musste 1936 wegen seiner Abstammung das Gymnasium verlassen und Werners Schule wurde 1937 wegen der politischen Verhältnisse aufgelöst. Der älteste Sohn begann somit nach seiner Obersekunda-Reife eine Ausbildung zum Elektriker, Klempner und Installateur, womit er schließlich die Familie in der weiteren Zukunft unterstützen sollte.

Die Lebenslage der gesamten Familie änderte sich mit der Reichspogromnacht 1938. Sowohl Ernst als auch Günter und Werner Röttgen wurden, wie tausende andere jüdische Männer verhaftet und in dem KZ Sachsenhausen bei Berlin inhaftiert. Erst Ende Dezember



Röttgen Familie Wattenscheid: obere Reihe v. l. Ernst Röttgen, Herman Röttgen, Regina (Ina) Röttgen (geb. Leser), Leo Landau, Kurt Röttgen; untere Reihe v. l. Rosa Röttgen (geb. Rosenmund), Siegfried Röttgen, Sara Röttgen (geb. Appel), Eilly Landau (geb. Röttgen), Lilly Röttgen (geb. Meyer); Privatarchiv Familie Ilan

des gleichen Jahres wurden sie unter der Bedingung entlassen, Deutschland sofort zu verlassen. Mit seiner Frau und seinem gesamten Hausrat wanderte Ernst Röttgen daher am 9. Januar 1939 vorerst in die Niederlande aus. Seine beiden Söhne verließen Deutschland bereits Ende Dezember 1938. Günter wohnte erst in Rotterdam in der Quarantainestraße 1 und ab dem 19. Januar 1939 im Hotel „Holland Amerika Line“. Beides waren Flüchtlingsunterkünfte, wobei die Quarantainestraße 1 Platz für rund 275 Personen bot. Das Hotel „Holland Amerika Linie“ in der Wilhelminakade 7 diente ebenfalls als Flüchtlingsunterkunft für diejenigen Flüchtlinge, die in die USA emigrieren wollten. Genau dies war das Ziel der Familie. Als Ernst Röttgen mit seiner Frau ebenfalls in Rotterdam ankam, organisierte er die Ausreise in die USA, in die er 1940 mit seiner Familie emigrieren wollte. Bis dahin kämpfte er jedoch darum, seine Familie zusammen zu halten. Günter Röttgen sollte im November 1939 in das Flüchtlingslager Westerbork umgesiedelt werden. In einem Schreiben an das „Ministerie voor Binnenlandische Zaken“ erbittet Ernst, von einer Umsiedlung seines Sohnes Abstand zu nehmen, da er für die Familie als Ernährer in den USA sehr wichtig sei. Das Antwortschreiben allerdings ist für die Familie sehr ernüchternd, weil die Bitte des Vaters abgelehnt wurde. So ist Günter Röttgen am 16. November 1939 von seiner Familie getrennt und im Zentralflüchtlingslager Westerbork aufgenommen worden. Die restliche Familie zog schließlich nach Zwolle, wo sich auch hier die Wege weiter trennten. Der Sohn lebte unter einer anderen Adresse als die Eltern, was sich evtl. damit erklären lässt, dass er sich vermutlich in eine junge



Rosa Röttgen (geb. Rosenmund) und Herrmann Röttgen vor der Kanzlei Röttgen in der Kortumstraße in Essen (nach 1949); Privatarchiv Familie Ilan

Dame aus Dortmund verliebte, die mit ihren Eltern unter der gleichen Adresse gemeldet war.

Ernst Röttgen wollte 1940 mit seiner Familie in die USA emigrieren. Er hatte auch schon die vier Schiffsfahrkarten für die „Veendam“ für den 10. Mai 1940, aber es war zu spät. An diesem Tag fielen deutsche Truppen in die Niederlande ein.

Im Herbst zwei Jahre später wurden Ernst und Rosa Röttgen mit einem zeitlichen Abstand voneinander in das nun Konzentrationslager Westerbork gebracht, wo sie ihren ältesten Sohn aber nicht mehr wiedersahen. Günter Röttgen wurde bereits am 15. Juli 1942 mit dem ersten Transport von Westerbork nach Auschwitz deportiert, wo er laut Auskunft des Informationsbüros des Niederländischen Roten Kreuzes am 26. September 1942 starb.

Werner Röttgen wurde im März 1943 nach Westerbork gebracht, von wo aus er gemeinsam mit seinem Vater im September 1944 nach Theresienstadt deportiert wurde. Doch auch hier trennten sich die Wege der Familie wieder. Werner Röttgen wurde im zweiten der sogenannten „Theresienstädter Herbsttransporte“ von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert. Aus diesem Transport wurden „die Jungen und Gesunden in das Durchgangslager eingewiesen und die übrigen Menschen in den Gaskammern getötet“ (Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im



Werner und Günter Röttgen; Privatarchiv Familie Ilan

Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 891). Es ist heute nicht mehr nachzuhalten, ob Werner Röttgen zu den „Jungen und Gesunden“ gehörte, oder ob er ebenfalls in den Gaskammern ermordet wurde. Laut Auskunft des Informationsbüros des Niederländischen Roten Kreuzes verstarb er am 1. Oktober 1944, allerdings liegt hierfür kein Todesnachweis vor, weshalb er mit Wirkung vom 8. Mai 1945 für tot erklärt wurde. Auch Ernst Röttgen wurde von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert, wo auch er ermordet wurde. Wie bei

AUF DEN SPUREN DER VERGANGENHEIT Hermann Röttgen (1884 - 1958)

Als zweitältester Sohn der sehr angesehenen jüdischen Wattenscheider Familie David Röttgen ist Hermann Röttgen am 2. Dezember 1884 in Wattenscheid geboren. Als Einziger aus der Familie begann er ein Studium (Jura), nachdem er sein Abitur am Wattenscheider Gymnasium absolviert hatte. In der Vorkriegszeit arbeitete er als Anwalt und Notar in Bochum, unterbrochen von seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg praktizierte er schließlich in Essen.

Während des Nationalsozialismus floh er bereits 1937 mit seiner Frau Lilly und der Tochter Erika in die Niederlande, wo er mit dem Einmarsch der Deutschen 1940 sogar in der Illegalität lebte, weil ihm niederländische Papiere fehlten und ihm die deutschen aberkannt wurden. Seine Frau Lilly ließ sich in den Niederlanden von Hermann Röttgen scheiden und heiratete erneut einen Mann, mit dem sie nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde.

1940 verabschiedete sich Hermann Röttgen von seiner Tochter, die wahrscheinlich mit einem Schiff nach Kanada emigrieren konnte. Nach dieser Verabschiedung tauchte er bei dem Amsterdamer Künstler Anton Rovers unter, der außerdem für einige Zeit sein Lebensgefährte wurde.

Nach dem Krieg kehrte Hermann Röttgen nach Deutschland und nach Essen zurück, wo er eine Kanzlei eröffnete und vornehmlich Wiedergutmachungen bearbeitete. Trotz seiner gesundheitlichen Probleme, die er durch das Untertauchen im Krieg erlitt, und des Kummers, die Mutter und drei seiner Geschwister teils mitsamt ihren Familien in der Shoah ver-

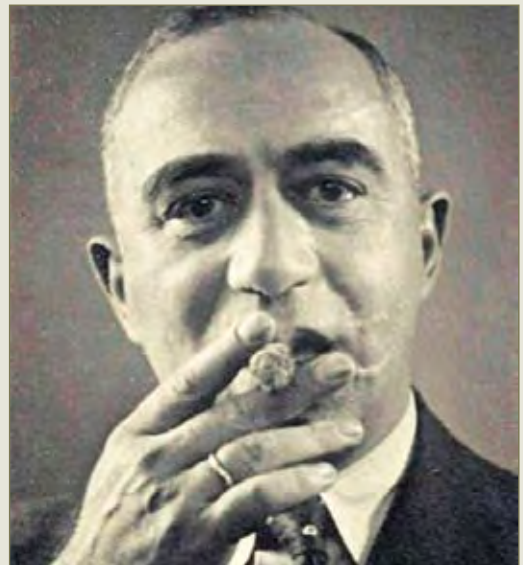
seinem Sohn gibt es für ihn keinen konkreten Todesnachweis, weshalb er mit dem 8. Mai 1945 für tot erklärt wurde.

Nur Rosa Röttgen überlebte als einzige dieser Familie die Shoah. Sie besuchte zwar ihren Schwager, Hermann Röttgen zwischenzeitlich in Essen, jedoch kehrte sie nie nach Deutschland zurück, sondern lebte schließlich bis zu ihrem Tod 1970 in den Niederlanden.

Romina Leiding

loren zu haben, war er bis zu seinem Tod 1958 als Rechtsanwalt tätig.

Die Ausschnitte seines im Folgenden abgedruckten Briefes schrieb er seiner Schwester Elly, die frühzeitig nach Palästina auswanderte. Von ihren noch heute in Israel lebenden Nachfahren ist dieses Dokument für die Festschrift dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt worden. In diesem Brief beschreibt Hermann Röttgen seine erstmalige Rückkehr von den Niederlanden nach Deutschland, wobei er nicht nur über das städtische Erscheinungsbild spricht, sondern auch welche Freunde und Bekannte er traf und wie antisemitisch die Deutschen nach dem Krieg noch waren. Hier abgedruckt sind die Passagen, die er über das Ruhrgebiet schrieb. Romina Leiding



Hermann Röttgen; Privatchiv Familie Ilan

Amsterdam, den 31. Dezember 1947

Meine Lieben !

Ich komme mit meinem Bericht etwas später wie ich es mir vorgenommen hatte. Ich hätte am liebsten am zweiten Tag nach meiner Rückkehr mit meinem Bericht begonnen, weil damals noch alles ganz frisch in meiner Erinnerung stand, aber die Fülle der nach meiner Rückkehr zunächst notwendigen Besprechungen – nicht nur hier in Amsterdam, sondern auch in der weiteren Umgebung - hat die Verzögerung verschuldet. Wenn man heute eine Deutschlandreise macht, so kann man wirklich etwas erzählen und wenn ich vielleicht im folgenden das eine oder andere etwas weitläufig berichte, so tue ich das nicht aus Lust am Fabulieren, sondern weil ich mir sage, dass für Euch da draussen jede Scene doch wieder einen psychologischen Faktor hat, der sich in das Gesamtbild einreihet.

Meine Reise hatte eigentlich einen dreifachen Zweck:

1. hatte ich eine Reihe von Aufträgen, die sich in Deutschland persönlich erledigen sollte und
2. wollte ich die Wiedergutmachungsangelegenheiten für eine Reihe von Auftraggebern und auch für uns selbst vorbereiten und schließlich
3. wollte ich mir Land und Leute selbst ansehen, um davon einen eventuellen Entschluss abhängig zu machen, mich in Deutschland wieder niederzulassen. Ich werde im folgenden mich nicht chronologisch an die obigen Ziele halten, sondern von diesem und jenem reden, wobei ich mit Selbstverständlichkeit auf das oben gesagte zurückkommen muss.

Das Schwierigste von allem ist nicht etwa in Deutschland zu reisen, sondern überhaupt nach Deutschland hereinkommen. Ich habe viele Monate gebraucht, um die Erlaubnis der Behörden zu erhalten und als ich sie dann endlich bekam, da hatte sie Hand und Fuß, denn ich durfte mit den internationalen Zügen reisen, in den sogenannten englischen Transithotels wohnen und essen und erhielt zu diesem Zweck auch englische Devisen. Was diese Erleichterungen bedeuten, kann nur der nachfühlen, der gezwungen ist in Deutschland mit einem gewöhnlichen Personen- oder auch zugelassenen D-Zug zu reisen. [...]

Und nun zum Ruhrbezirk! Man kann sich denken, dass ich mit ungeheuren Hemmungen, Neugier und Erwartung grade in dieses Gebiet hineingefahren bin. Trotz privater Einladungen hatte ich mir vorgenommen mein Standquartier in Essen einzunehmen. Ich kam nachmittags dort an und konnte mich einfach im ersten Moment nicht zurechtfinden, Essen ist ebenfalls unvorstellbar zerstört. Vom Hauptbahnhof steht fast nichts mehr, die Limbeckerstrasse ist ein Trümmerhaufen, in der Huyssenallee stehen ein paar Häuser. Die Front vom Kaiserhof ist zum Teil weggeschlagen, aber hinter diesen Trümmern liegen noch 60 Zimmer, und in einem derselben wohnte ich recht gut für die Dauer meines 10tägigen Aufenthalts. Gelesen habe ich während dieser Zeit bei den Engländern im Essenerhof. Am gleichen Abend noch habe ich die Leute aufgesucht, die wie ich gehört



Elise Benjamins Haus – Westenfelderstraße 10 (2016);
Privatarchiv Romina Leiding

hatte, bis zum letzten Augenblick für unser Mütterlein und Siegfried und Ina gesorgt hatten. Es waren dies eine Familie Hoppe und eine Familie Kamps. Insbesondere die Familie Hoppe berichtete mir, dass Mutter bis zum letzten Moment geistig rege war, dass sie aber wohl kaum den richtigen Begriff über ihr künftiges Los hatte. Siegfried hat sie noch an den Waggon, mit dem sie wegtransportiert wurde, begleiten können. Die Leute waren jetzt noch empört, dass und wie man die alten Menschen wegtransportiert hatte. Hoppes wiederholten mir auch die schon früher schriftlich mitgeteilte Aussage, dass sie selbst Siegfried und Ina dringend angeraten hatten, doch auszuwandern, dass sie aber nicht hatten gehen wollen, bevor Mutter untergebracht sei, dass dann später keine Gelegenheit mehr gewesen, Siegfried aber bis zum letzten Moment optimistisch gewesen wäre, weil sein Meister immer erklärt habe, dass er ihn als besonders fleißigen und tüchtigen Arbeiter nicht entbehren könne. Umso trauriger muss er dann überrascht gewesen sein, als er am 28. Februar 1943 durch die Gestapo von der Arbeitsstelle weggeholt- und dass Ina dann am folgenden Tage aus der Wohnung geholt worden sei. Hoppes waren wohl bei ihr bis zum letzten Augenblick, hatten ihr noch beim Packen geholfen und sie auch am anderen Tag begleitet, obwohl dies ungeheuer gefährlich gewesen sei. Ina sei verzweifelt gewesen und habe nur immer wieder erklärt, dass ihr einziger Lichtblick sei, dass ihre drei Mädels gerettet waren. Offenbar sind aber Siegfried und Ina dort zusammen weggekommen, denn unter dem 5. März ist in Essen eine Karte von ihnen angekommen, dass sie in Auschwitz angekommen seien. Das war das letzte Lebenszeichen. Siegfried und Ina wohnten bei ihrem Abtransport in einem Haus von Hoppe in der Gustavstrasse. Genau eine Woche nach ihrem Abtransport ist dieses Haus ausgebombt und die gesamte noch vorhandene Einrichtung zerstört worden. Ihr könnt Euch denken, wie erschüttert ich war als ich diese letzten persönlichen Nachrichten von Augenzeugen erhielt. Am folgenden Morgen bin ich nach Wattenscheid gefahren. Die Strecke Essen-Wattenscheid, die ich so hunderte Male im Leben zurückgelegt hatte. Aber wie verändert, sowohl was den Anblick betrifft als auch die Gefühle, die mich bewegten. Erst die Trümmerfelder von Essen, dann Kray fast völlig erhalten, dann die bekannte Silhouette von Wattenscheid mit den zwei grossen und einem kleinen Kirchturm vorbei an unseren früheren Häusern von Zentrum, von denen das Mittlere zerstört war, dann zum Bahnhof Wattenscheid. Er war erhalten. Ich glaube dass meine Beine latschwer waren als ich ausstieg, und dann langsam vom Bahnhof aus in die Stadt wandelte, die fast völlig erhalten ist. Vorbei an Else Benjamins Haus, das so viele wundervolle Jugenderinnerungen weckte, über die Oststrasse, wo Salomons Haus unversehrt stand herunter bis zur Nordstrasse.

Als ich um die Ecke bog, das alte Haus sah, in dem wir gelebt, war mir als ob mir ein Schrei in der Kehle stecken blieb. Abgesehen davon, dass die Schau- fenster zugebaut waren, zeigte das Haus keine Aen- derungen, ebensowenig wie das gegenüberliegende Möbelhaus. Ohne zunächst von irgend einem Men- schen erkannt zu werden, bin ich n den Häusern vorbeigegangen und zu unserer alten Freundin, Lisa Schmidt, gegangen. Es war ein erschütterndes Wiedersehen, das sich wiederholte als eine Stun- de später Marta-Lene aus ihrer Schule nach Hause kam. Die Stunden, die ich bei Lisa und Marta-Lene verbrachte, waren für mich ausserordentlich inst- ruktiv denn sie konnten mich über alles, insbeson- dere über die Persönlichkeiten, mit denen ich even- tuell zu tun hatte, unterrichten. In unser Haus bin ich erst nach acht Tagen gegangen. Im Möbelhaus



Nordstraße 10, heute Gertrudisstraße 10 – das Haus der Familie Röttgen (2016); Privatarchiv Romina Leiding



Der Bahnhof Wattenscheid (2016);
Privatarchiv Romina Leiding

war ich früher, weil dort Mutters und Rosa's früheres Dienstmädchen, Käthe Zahn, wohnte, die so treu für Mutter und Rosa bis zum letzten Augenblick gesorgt hatte. Ich habe dann unsere andere Mädchen, Liesbeth und Friedchen, mit ihren Familien besucht. Es war rührend wie sie sich um mich sorgten, wie sie ihre letzten Schätze auf den Tisch brachten, um mich zu bewirten. Ich bin dann zum Friedhof gegangen, der kein Friedhof mehr ist. Wie mir Ullmann, den ich aufgesucht hatte, erzählte, sei der Friedhof grösstenteils durch Bomben zerstört gewesen und er habe infolgedessen die Grabsteine bzw. die Reste derselben entfernen müssen. Ich hatte ihm gleich gesagt, dass ich es sehr unrecht finde, dass diese Trümmer nicht wenigstens auf dem Friedhof geblieben seien, aber es war ja nichts mehr zu ändern, da es inzwischen geschlossen war. Dass eine Zeitlang

der Friedhof als Gartenland benützt worden ist, schockierte mich ungeheuer und ich habe Ullmann darüber auch nicht in Zweifel gelassen. Heute ist der Friedhof wieder planiert, mit einer Rasenfläche versehen und Wegen; die Umzäunung wird wieder hergerichtet und es soll ein Gedenkstein aufgerichtet werden. Ich habe Ullmann den ausdrücklichen Auftrag gegeben, nichts zu tun bezüglich des Friedhofes und der Errichtung dieses Gedenksteins, ohne mich vorher in Kenntnis zu setzen. Ich hatte bei meinem diesmaligen Besuch in Wattenscheid keine Gelegenheit, den Stadtdirektor persönlich zu sprechen, werde dies aber bei meinem nächsten Besuch sicherlich zu Werke stellen.

Im übrigen kann ich bei allen Behörden, und zwar ganz besonders für Wattenscheid das grösste Entgegenkommen finden. Man hat mir am Amtsgericht in wenigen Tagen Dutzende von Auszügen und Vertragsabschriften gefertigt, bei den Banken Auszüge gemacht, bei den Finanzämtern Auskünfte gegeben soweit noch Akten vorhanden sind. Ich habe meine Ansicht bestätigt gewunden, dass von dem Einzelnen in der Wiedergutmachungsfrage nur etwas zu erreichen ist, wenn er in der Lage ist, sie persönlich in Deutschland zu vertreten. Man erreicht in einigen Stunden ein Resultat, für das man im Schriftverkehr Monate und Monate nötig hat. Ich bin dann später bei den Käufern der Häuser, auch dem von Else, gewesen, und habe sie davon in Kenntnis gesetzt, dass die Rückforderung erfolgen würde. Selbstverständlich erklärte jeder, dass von Zwang bei ihm keine Rede sein könne und es bedürfte bei einige Ruhe, um ihnen auseinanderzusetzen, dass es nicht darauf ankäme, ob er persönlich einen Zwang ausgeübt hatte, sondern dass die Verhältnisse den Verkäufer gezwungen hatten, ihre Besitzungen abzustehen. Ich habe selbstverständlich in keinem Fall, auch bei den Mandanten, die ich für andere hatte, irgend eine Abmachung getroffen, weil einmal für die englische Zone die gesetzlichen Bestimmungen noch nicht heraus sind und zum anderen die endgültige Vereinbarung erst dann Zweck hat, wenn die Geldstabilisierung erfolgt ist. Da zweifellos alle Käufer für die rückliegende Zeit Miete bezahlen müssen, so haben wir kein Interesse daran, dafür die heutige wertlose Mark in Empfang zu nehmen. Jedenfalls habe ich für die Vorbereitung der Wiedergutmachung eine ganze Menge erreichen können. Ich denke, dass ich in einigen Wochen wiederum die Erlaubnis erhalte, nach Deutschland zu gehen und hoffe dann einen Schritt weiter zu kommen, weil ich erwarte, dass in der Zwischenzeit irgend etwas wegen der Geldsanierung geschehen wird, nachdem die Londoner Konferenz gescheitert ist.

Ich bin selbstverständlich auch in Bochum gewesen, ein Trümmerhaufen. Ich habe dort Kollegen besucht, war am Landgericht und wurde von allen Seiten als Totgeglaubter in rührender Weise empfangen. Naturgemäss hatte ich mich nur zu solchen Personen begeben, deren absolut anständige Gesinnung mir vorher

versichert war. Ich bin dann mit einem Auto durch den ganzen Ruhrbezirk gefahren, von Bielefeld über Münster, Dortmund, Köln, Düsseldorf etc. Ich habe mit einer grossen Anzahl von Menschen, Juristen, Beamten, Bankleuten, Arbeitern gesprochen. Es war eigentlich überall das gleiche Bild, keiner gab eigentlich zu, Nazi gewesen zu sein, keiner wollte etwas von einer Schuld wissen, jeder klagte über die ungeheure Not. Ich konnte dem gegenüber nur immer wieder gegenüberstellen, wie die Verhältnisse bei uns selbst gewesen waren. Es gab nur wenige, die von diesen Verhältnissen etwas gewusst haben wollen. [...]

Bezüglich meiner persönlichen Aussichten für den Fall, dass ich selbst die Absicht haben sollte wieder nach Deutschland zurückzukehren (was nur dann der Fall sein würde, wenn meine holländischen Pläne scheitern), kann ich nur sagen, dass ich die feste Ueberzeugung gewonnen habe, dass ich in kürzester Frist ebenfalls eine anständige Praxis wieder haben würde. Eine Beamtenstelle kommt keinesfalls in Frage, da man bei dem Beamtengehalt Hunger leiden würde, und dazu hatte ich bestimmt keine Lust mehr. Zusammenfassend kann ich nur sagen, es war ein erschütterndes Erlebnis, aufregend, an den Nerven zerrend, interessant, ein Bild in grau mit einigen hellen Flecken.



Salomons Haus – Oststraße 29 (2016);
Privatarchiv Romina Leiding.

Hannchen

EHEPAAR SONDHEIMER

Es war Siegfried Kracauer, der betonte, dass Fotografien erst durch Erinnerungen einen Sinn ergeben. Eben diesen Sinn zu finden, machte die Geschichte um das Ehepaar Sondheimer besonders, da am Anfang nur die Fotografien existierten. Und wie sich herausstellte, wurde die Erinnerung durch ihre Geschichte regelrecht lebendig.

Was können uns Fotos heute also noch erzählen? Ein Blick in das Fotoalbum der Großeltern lässt zumeist unbekannte Gesichter entgegenblicken. Bei genauerer Betrachtung aber ist mehr zu sehen.

Der am 01. Juni 1880 in Wattenscheid geborenen Eugen Sondheimer beispielsweise ließ sich als ungefähr Mittdreißjähriger in einer Uniform ablichten. Es ist die militärisch anmutende Uniform und der wilhelminische Zwirbelbart, die besonders auffallen, aber nicht ungewöhnlich sind. Wie auch schon die Söhne von Sara Röttgen war auch Eugen Sondheimer Teilnehmer am Ersten Weltkrieg. Eine Feldpostkarte seiner Ehefrau Hannchen Sondheimer geb. Kadden (geboren am 24. Mai 1885 in



Eugen Sondheimer (um 1914); Privatarchiv Familie Sondheimer

Kirchhain bei Kassel) an ihren Bruder Fred von 1918 bestätigt dies. Die Vorderseite dieser Karte zeigt zudem Hannchen selbst mit dem zu diesem Zeitpunkt bereits vierjährigen Sohn Lothar. Lothar Sondheimer ist kurz

vor Kriegsausbruch geboren und besuchte später bis 1928 die Volksschule in Wattenscheid. Anschließend ging er für ein Jahr auf die Handelsschule in Gelsenkirchen, wonach er 1929 eine Ausbildung bei dem Herrenausstatter Carsch & Co. in Gelsenkirchen begann. Drei Jahre später, 1932, schloss Lothar Sondheimer die Ausbildung ab und arbeitete danach als Volontär im selbigen Geschäft. Mit der beginnenden Entrechtung der jüdischen Bevölkerung ab der Machtübernahme Hitlers 1933 war ein berufliches Fortkommen für Lothar Sondheimer nicht mehr möglich, weshalb er aus dem Geschäft ausschied. Aus diesem Grund ging er Ende 1933 zu einer landwirtschaftlichen Umschulung nach Luxemburg, die eine jüdische Organisation veranstaltete und die jungen Menschen zur Auswanderung nach Palästina befähigen sollte. Während dieser Umschulung lernte Lothar Sondheimer seine Frau Sofie kennen, mit der er zusammen nach Palästina auswanderte und dort eine Familie gründete.

Um 1934 besuchten Lothar und seine Frau Sofie Sondheimer die Verwandtschaft in Wattenscheid. Zu diesem Ereignis ist wohl auch das letzte Familienfoto entstanden, das das frisch vermählte Ehepaar mit Lothars Eltern und Schwester zeigt. Lothars Schwester, Edith, ist die junge Frau mehr im Bildhintergrund dieser Familienfotografie. Sie ist im Jahr 1919 in Bochum geboren. Dieses Datum ist damit das so ziemlich einzige, was über sie bekannt ist. Mit fast zwanzig Jahren heiratete sie mit großer Wahrscheinlichkeit Erwin Moses aus Düsseldorf zu einer Zeit, die für die Familie bereits eine schwierige war. Zur Reichspogromnacht 1938 wurde

Eugen Sondheimer verhaftet und nach Sachsenhausen deportiert. Nachdem er Ende Dezember 1938 nach Wattenscheid zurückkehrte, verstarb er vermutlich an den Folgen der Haft am 01. Oktober 1939. Seine Tochter, die er nun auch verheiratet wusste, unterschrieb seine Sterbeurkunde. Edith Sondheimer nun Moses blieb noch den Rest des Jahres bei ihrer Mutter wohnen, bis sie ihre verwitwete Mutter in Wattenscheid verlässt und zu ihrem Mann nach Düsseldorf zieht. Ob Hannchen Sondheimer ihre Enkelin, Reha Moses, die im Januar 1941 geboren wurde, jemals gesehen hat, ist nicht bekannt. Aber die Großmutter wird gewusst haben, dass ihre andere Enkelin, in England in Sicherheit war. Runa Sondheimer ist im September 1938 in Krefeld geboren. Mit sieben Monaten wurde sie wahrscheinlich auf einen Kindertransport nach England gebracht, wo vermutlich Adoptiveltern ihren Vornamen in „Jana“ änderten. Ob aber Jana jemals von dem Schicksal ihrer Familie erfahren hat, ist nicht bekannt. Ihre Mutter, Edith Moses, wurde mitsamt ihrem Mann und der gemeinsamen Tochter 1941 von Düsseldorf nach Łódź deportiert und am 15. Mai 1942 im Vernichtungslager Chelmno in einer mobilen Gaskammer ermordet. Hannchen Sondheimers Schicksal ist unbekannt. Sie wurde im April 1942 mit der Familie Groß und drei weiteren Personen aus Wattenscheid über Dortmund nach Zamosc deportiert. Was aber dort genau geschah, ist nicht mehr herauszufinden. Es wäre aber möglich, dass sie im Mai 1942 zu den 3500 Menschen gehörte, die nach Sobibor deportiert und durch Kohlenmonoxyd ermordet wurden.

Romina Leiding



Familie Sondheimer (ca. 1934); Privatarchiv Familie Sondheimer

KEIN STEIN FÜR BETTI HARTMANN?

Sie alle kennen ihn – den Rathausvorplatz. Seit 2013 trägt er durch einen Bürgerantrag den Namen Betti-Hartmann-Platz. Wer war aber Betti Hartmann?

Sehr häufig wird in Zeitungsartikeln und anderen (Bekanntmachungs-)Texten darauf verwiesen, dass der Platz nach dem jüngsten Wattenscheider Opfer der Shoa benannt wurde. Wobei sich hieran eine der kontroversesten Debatten anschließen lässt, die auch unsere heutige Zeit wieder bestimmt – Die Frage nach Heimat. Der DUDEN, der die aktuell verwendete Sprache verzeichnet und damit eine Art Reglement visualisiert, erklärt, dass Heimat ein Ort sei, in dem man (geboren und) aufgewachsen ist oder sich durch ständigen Aufenthalt zu Hause fühlt. Dabei ist die Betonung des Gefühls entscheidend und es muss daher nicht der Geburtsort sein. Manche Menschen in der heutigen Zeit haben mehrere Heimaten und andere haben sie vielleicht verloren. Wie aber verfährt man mit Menschen, die nicht mehr sprechen können? Betti Hartmann wäre ein solches Beispiel. Sie ist am 19. Februar 1927 in Wattenscheid geboren und lebte mit ihren Eltern in Günnigfeld, von wo aus sie nur ein Jahr später nach Gelsenkirchen umzogen. Ihre beiden Brüder kamen bereits in Gelsenkirchen zur Welt. Die Kinder gingen dort zur Schule, bis die Familie wegen der Verfolgung durch die Nationalsozialisten erst in die Niederlande und dann nach Belgien auswanderte. Betti wurde mit ihrem Vater in Malines interniert und 1942 nach Auschwitz deportiert, wo sie verstarb. Ihre Mutter und die beiden Brüder überlebten die Shoa.

Wo war aber Bettis Heimat? Wattenscheid – wo sie geboren wurde? Gelsenkirchen – wo sie aufwuchs? Das benachbarte Ausland – wo sie mit ihrer Familie zusammen war? Gefühle von Verstorbenen kann man nicht mehr aufzeigen, außer sie haben etwas Schriftliches hinterlassen. Im Fall von Betti Hartmann ist bis heute nicht bekannt, ob etwas Schriftliches überdauert hat, weshalb ihr eigenes Gefühl für uns heute nicht zu rekonstruieren ist. Vielleicht ist tatsächlich Wattenscheid ihre Heimat gewesen. Betti Hartmann wurde nur 15 Jahre alt und ist ein sehr junges Opfer, aber – um einen Irrtum aufzudecken – sie ist nicht das jüngste Wattenscheider Opfer, da u. a. der Sohn der Familie Fryda, Hans, im gleichen Jahr geboren wurde wie sie und die Geschwister Groß mit elf und 13 Jahren noch jünger waren. Sie war keine Schülerin einer Wattenscheider Schule und ihr letzter freiwilliger Wohnort war in Gelsenkirchen. Daher kann



Betti-Hartmann-Platz (2017), Privatarchiv Romina Leiding

ihr auch kein Stolperstein in Wattenscheid gewidmet werden. Um aber ihrer zu gedenken, heißt nun der Rathausvorplatz Betti-Hartmann-Platz. Romina Leiding

Quellen

- LAV NRW, Abteilung Westfalen, Regierung Arnsberg, Wiedergutmachung Nr. 423336.
- LAV NRW, Abteilung Westfalen, Regierung Arnsberg, Wiedergutmachung Nr. 423337.
- LAV NRW, Abteilung Westfalen, Regierung Arnsberg, Wiedergutmachung Nr. 423338.
- LAV NRW, Abteilung Westfalen, Regierung Arnsberg, Wiedergutmachung Nr. 423339.
- LAV NRW, Abteilung Westfalen, Regierung Arnsberg, Wiedergutmachung Nr. 609081.
- Nationaal Archief, 2.04.58-121, Günter Röttgen.
- Stadtarchiv Bochum, Geburtsregister WAT 1880 / 220.
- Standesamt Krefeld, Geburtenregister 1938 / 1418.

Literatur

- Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, Berlin 22006 (CD-ROM), Erwin Moses, Edith Moses geb. Sondheimer, Reha Moses;
- Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939 - 1945, Reinbek bei Hamburg 1989.
- <http://www.antifawat.de/betti90.html>, Zugriff am: 28.03.2017.
- <http://www.dokin.nl>, Zugriff am: 28.03.2017.
- Krakowski, Shmuel: Die Geschichte des Vernichtungslagers in Chelmno / Kulmhof am Ner. In: Manfred Struck (Hrsg.): Chelmno / Kulmhof. Ein vergessener Ort des Holocaust?, Berlin 2001.
- Nicosia, Francis R.: Jewish Farmers in Hitler's Germany: Zionist Occupational Retraining and Nazi „Jewish Policy“. In: Holocaust and Genocide Studies Jg. 19 (2005).
- Piorr, Ralf; Witte, Peter (Hrsg.): Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamosc im April 1942, Essen 2012.

APP WECHSELN MIT MUTTI AUCH AUFS RAD



Modell, Unterwegs, Tickets, Tarif, Informationen
Die praktische App
der BOGESTRA.

jetzt kostenlos heruntergeladen



#fernsteWegemutti

www.boegestra.de/wie-mutti.de

Leben Sie, wie fahren.



BLÜHENDE QUALITÄT BEI UNS WERDEN SIE GUT BERATEN!



SCHLEY'S
Blumenparadies

*An Sonn- und Feiertagen nur Verkauf der Sortimente Blumen und Pflanzen sowie ein begrenztes Randsortiment nach § 5 Ladenöffnungsgesetz NRW.

DAS BLÜHENDE GARTENCENTER

Schley's Blumenparadies Bochum GmbH & Co.KG

Wattenscheider Hellweg 314 · 44867 Bochum · Tel. 0 23 27 / 5 50 34

Mo - Mi: 8.30 - 18.30 Uhr · Do - Fr: 8.30 - 19.30 Sa: 8.30 - 18 Uhr

Sonntags: 10 - 15 Uhr · www.schley-gartencenter.de

Mitglied der BELLANDRIS Gruppe

EIN TRÜGERISCHES IDYLL

Kinderlandverschickung in Wattenscheid

– 1938 bis 1945 –

Nur zwei Monate nach Übernahme der Regierungsgewalt am 30. Januar 1933 hatten sich die Nationalsozialisten durch das Ermächtigungsgesetz jedweder parlamentarischen Kontrolle entzogen und sich die Basis für eine Diktatur geschaffen. Und wie bei Diktatoren stets zu beobachten, behaupteten die Gesinnungsgenossen in allen Amtsstuben unisono, die Reichsregierung richte ihr besonderes Augenmerk auf die Jugend. „Ihr seid das kommende Deutschland!“, sprach Adolf Hitler wenige Monate nach der „Macht ergreifung“ die Kinder an. „Ihr müsst die Tugenden heute üben, die Völker brauchen, wenn sie groß werden wollen“, fuhr er fort. Was die Jugend erlernen musste, welche Tugenden zu üben sein würden, das ließ der „Führer“ unerwähnt, doch würde es sich alsbald offenbaren. Zunächst schien das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen den Machthabern am Herzen zu liegen; und so erschien die Kinderlandverschickung (KLV) im sozialen Gewand, indem die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (VSV) gesundheitlich geschwächte Stadtkinder zur Erholung aufs Land schickte, allerdings nur aus „rassisch wertvollen, erbgesunden Familien“, womit jüdische Kinder von der Teilnahme an diesem Programm ausgeschlossen waren. Als bevorzugte Unterkunft diente Wattenscheider Kindern ein Kindererholungsheim auf Norderney. Es nahm Kinder aus dem hiesigen Stadtgebiet auf, wenn der Amtsarzt die Notwendigkeit einer Erholung bescheinigt hatte.

Nach Kriegsbeginn erschien die KLV in einem anderen Gewand: Nicht mehr Gesundheitsvorsorge stand im Vordergrund sondern Lebensrettung. Die Kinder, die so gern „Garanten für das neue Deutschland“ genannt wurden, mussten in Sicherheit gebracht werden; denn die 1940 einsetzenden und nach 1942 immer häufigeren und vor allem folgenreicheren Angriffe auf das Ruhrgebiet durch die britische Luftwaffe, später vereint mit der Luftwaffe der USA, machten es notwendig, zumindest die Kinder aus dem Gefahrenbereich zu bringen. Denn alsbald wurde deutlich, dass die Alliierten das Ruhrgebiet als die „Waffenschmiede des Reichs“ bevorzugt ins Fadenkreuz nahmen. Wattenscheid im Zentrum dieser Region würde zwangsläufig von der Bombardierung der Schwer- und Rüstungs-

industrie in den Nachbarstädten Essen, Gelsenkirchen und Bochum betroffen sein. Dass Wattenscheid einmal besonderes Ziel alliierter Bomberstaffeln sein könnte, war unwahrscheinlich; dafür war seine kriegswirtschaftliche Bedeutung eigentlich zu gering. Doch war es angesichts der wahllosen Flächenbombardements nur eine Frage der Zeit, wann die Vernichtung solcher für den militärischen Nachschub nicht einmal besonders wichtiger Betriebe einsetzen und auch zivile Opfer fordern würde.

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs markierte einen Wendepunkt in der Militärgeschichte: Eine starke Luftwaffe gab den Strategen ein Instrument in der Hand, den Feind hinter der Front, auch auf seinem eigenen Territorium wirkungsvoll zu bekämpfen. Wer die Luftherrschaft errang, hatte gewaltige strategische, u. U. sogar kriegsentscheidende Vorteile. Die Luftwaffe konnte z. B. Aufmarschgebiete bombardieren bzw. beschließen, Nachschub unterbinden oder – besonders wirkungsvoll – Industrieanlagen zerstören oder schwer beschädigen. Doch konnten die Strategen des Luftkriegs nicht verhindern, dass bei Flächenbombardements mit mehreren Hundert Bombenflugzeugen allein kriegswichtige Ziele getroffen werden; sie nahmen wie selbstverständlich zahllose zivile Opfer in Kauf.

Die Entwicklung des Luftkriegs traf die Reichsregierung nicht unvorbereitet; sie hatte bereits Anfang September 1938 für den Kriegsfall (auf den sie hinarbeitete) konkrete Pläne erarbeitet, die als vorsorgliche Schutzmaßnahme gegen feindliche Luftangriffe eine Evakuierung der Schuljugend bis etwa zum 15. Lebensjahr vorsahen. Diese Pläne wurden am 5. September 1938 zum Erlass erhoben. Zwei Tage nach Kriegsausbruch im September 1939 erhielten die örtlichen Luftschutzleiter vom Oberbefehlshaber der Luftwaffe die Anweisung, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulbehörden die Ausquartierung der schulpflichtigen Kinder so intensiv vorzubereiten, dass die Einzelmaßnahmen jederzeit auf besonderen Befehl durchgeführt werden konnten.

Auf Grundlage der genannten Weisungen ordnete die Verwaltung in Wattenscheid die erste Kinderlandverschickung im Mai 1941 an; es war eine befristete Evakuierung geschlossener Schuleinheiten. Über die Teilnahme an dieser KLV entschieden noch die Eltern. Die Unterstufen der Oberschule für Jungen und des Lyzeums machten sich am 5. Mai mit Sonderzügen auf den weiten Weg in die Slowakei. Begleitet wurden sie

von Lehrkräften ihrer Schule. Die 115 Schülerinnen des Lyzeums blieben während des gesamten Aufenthaltes als Gruppe beisammen und fanden auf dem Gut Janecek eine Bleibe in Podluzany. Die 120 Oberschüler bezogen erst einmal ein Sammellager. Sie wurden nach wenigen Tagen in kleinere Gruppen aufgeteilt und volksdeutschen Familien zugewiesen. Die Aufsicht über die Schülerinnen und Schüler in der Freizeit lag in den Händen von Unterführern / innen aus höheren Klassen der jeweiligen Schulen, die freiwillig mitge- reist waren und der HJ oder dem BDM an- gehören mussten. Sie und der Hauptlagerleiter repräsentierten während des sechs Monate andauernden Aufenthaltes in der Slowakei die Partei. Da nur wenige Lehrer die Schülerinnen und Schüler begleiteten, konnte zeitwei- se nur eingeschränkter Schulunterricht erteilt werden. Im Oktober kehrten die Schulklassen in die Heimat- stadt zurück.

Die Verschärfung der Kriegslage setzte Partei und Staat ab der Jahreswende 1942 / 43 unter immer stärkeren Druck, die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Das äußerte sich schließlich in der Anordnung der „Erweiterten KLV“. In Städten, für die ein Räumungs- befehl ergangen war, wurden die allgemein bildenden Schulen geschlossen und verlegt. Ab dem 4. Juni 1943 sollten möglichst nur noch ganze Schulen umquartiert werden. Einen normalen Unterrichtsbetrieb ließen die ständigen Luftangriffe auf die Städte des Ruhrgebiets nicht mehr zu. Erfolgt die Angriffe nach 24.00 Uhr, begann der Unterricht am nächsten Morgen erst mit der dritten Stunde. Im Falle unbestimmbarer Gefahrenzeiten spernte der zuständige Luftschutzleiter die Schulen oft tage- bzw. wochenweise. Beschädigungen an Schul- gebäuden zogen Beschränkungen (Wechselunterricht) und Verlagerungen in andere Gebäude nach sich. Diese Kriegsfolgen führten zu einer deutlich erhöhten Bereit- schaft der Eltern, ihren Kindern eine Erholungsphase außerhalb Wattenscheids zu gönnen.

Für den 10. Juli 1943 meldet das KrTgb OKW einen schweren Luftangriff auf Bochum, von dem auch Wat- tenscheid betroffen war. In der Zeit von 00.45 bis 02.42 Uhr „wurden insgesamt 101 Spreng-, 20 Minenbom- ben, etwa 1200 Phosphor- und 6300 Stabbrandbom- ben abgeworfen (...) Getötet wurden: 21 Männer, 12 Frauen und 3 Kinder. Verletzt wurden: 69 Männer, 22 Frauen und 18 Kinder“ (Bröker, Eine illustrierte Stadt- geschichte, S. 176). Dieser Angriff und seine schwe- reren Folgen für Leben und Gesundheit der Menschen

sowie an Wohnungen, Industrie- und Gewerbebetrie- ben war für viele Bürger das Signal, sich aus Wat- tenscheid abzusetzen. Einige Wattenscheider, deren Verwandte in Gebieten lebten, die nicht gefährdet wa- ren, brachten ihre Kinder dort unter (waren die Mütter abkömmlich, konnten sie ebenfalls umsiedeln). Die Kinder, denen diese Möglichkeit nicht gegeben war, wurden kurz nach dieser Schreckensnacht mitsamt der Schule umgesiedelt. Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkriegs ca. 7500 Wattenscheider Schüle- rinnen und Schüler in der KLV betreut. Deren Evakuie- rung war eine Herkulesaufgabe: Die Tätigkeit der Ver- antwortlichen erschöpfte sich nicht in der Erfassung der Schüler sowie der Organisation des Transports, was unter den seit Februar 1943 herrschenden Be- dingungen des „totalen Krieges“ allein schon schwer genug war.

Daneben mussten für die Kinder und deren Begleitung Unterbringungsmöglichkeiten und Unterrichtsräume beschafft sowie die Versorgung organisiert werden. Dies erforderte enge Kontakte und genaue Abspra- chen mit den Behörden in Deutsch Krone, Jastrow, Greifenberg, Deep und den anderen Kreisen bzw. Gemeinden in Pommern (das Aufnahmegebiet für die Wattenscheider). Auch gestaltete sich die vorüberge- hende Eingliederung in Gemeinden und Schulen trotz intensiver Bemühungen von beiden Seiten nicht rei- bungslos. Als belastend empfanden es viele Schüle- rinnen und Schüler, dass weder die Schulen noch die einzelnen Klassenverbände in jedem Falle zusammen- bleiben konnten.

In der Zeit vom 1. bis zum 15. April 1943 wurden die Schülerinnen und Schüler der Wattenscheider Schulen evakuiert. Der Aufruf erging in einem sog. Schlussappell (in der Wattenscheider Zeitung vom 31. Juli / 1. August 1943 abgedruckt). Dieser „Schlussap- pell“ verpflichtete alle Personen zu erscheinen, die für die Verschickung nach Pommern vorgesehen waren. Da auf diesem Appell die Abreisebescheinigungen ausgegeben und die Lebensmittelkarten abgestempelt werden sollten, mussten Familienbuch und sämtliche Lebensmittelkarten aller Personen, die nach Pommern reisen wollten, mitgebracht werden. Außerdem gab es eine kurze Belehrung über den Abtransport und das Nachsenden von Möbeln. Die Transporte begannen um den 9. August 1943. Die Bekanntgabe des genau- en Zeitpunktes und der Reihenfolge der Züge erfolgte in den Tageszeitungen.

Die Ziele der KLV waren sehr unterschiedlich: Der NS-Staat wollte die Kinder und Jugendlichen aus dem „tödlichen Luftkriegsgeschehen“ herauslösen. Die Alliierten hatten die Luftherrschaft und konnten mit ihren gewaltigen Bomberstaffeln jede Stadt ohne besonderes eigenes Risiko erreichen und bombardieren. Wattenscheid, beherbergte zwar keine wirklich kriegswichtige Industrie, geriet – wie bereits dargestellt – aber allein auf Grund seiner Lage ins Fadenkreuz der Alliierten. Tatsächlich forderte dieser Luftkrieg eine Vielzahl ziviler Opfer. Es dürfte feststehen, dass die KLV vielen Kindern und Jugendlichen das Leben gerettet hat.

Ganz uneigennützig agierten der „Führer“ und seine „Paladine“ nicht. Sehr bald erkannte die Reichsjugendführung in der Einrichtung von KLV-Lagern einen geeigneten und sicheren Weg, die Jugend zu überzeugen, starken Nationalsozialisten heranzubilden. Die Unterbringung ganzer Schulklassen in Hotels, auf Gutshöfen, in Ferienheimen oder Jugendherbergen bot alle Möglichkeiten, den Einfluss der Eltern weitgehend zurückzudrängen und die Jugendlichen über den HJ-Dienst in Verbindung mit einer gezielten Freizeitbeschäftigung systematisch in die gewollte ideologische Richtung zu trimmen. Dass diese Infiltration und Erziehung der Kinder und Jugendlichen im nationalsozialistischen Sinne zielgerichtet geschahen, beklagt der erste Verwaltungsbericht der Stadt Wattenscheid nach dem Kriege, wo es u. a. heißt, „(...) die geistige

und sittliche Führung der Kinder und Jugendlichen lagen (...) in den Händen der Hitlerjugend. Sie erzog die ihr Anvertrauten in Selbstherrlichkeit und vormilitärischem Drill zur Autoritätslosigkeit gegenüber Kirche und sogar Elternhaus.“

Nicht alle Kinder und Jugendlichen waren dieser politischen Indoktrination ausgesetzt. Konnten sie z. B. bei Verwandten in „sicheren Gebieten“ vorübergehend untergebracht und schulisch betreut werden oder fanden sie in einem der Aufnahmegebiete mit ihren mitgereisten Müttern z.B. bei Bauern Aufnahme, nahmen sie an dem Lagerleben und der dort praktizierten politischen Schulung nicht unbedingt teil. Darüber hinaus gab es einzelne KLV-Lager, in denen keine Beeinflussung der Kinder im Sinne der NS-Ideologie erfolgte. In der Anfangszeit der Aktion achteten Staat und Partei streng darauf, dass bei den vorsorglichen Evakuierungsmaßnahmen kein Zwang ausgeübt wurde, um die zugesicherte Grundlage der Freiwilligkeit nicht zu verletzen. Erst mit der allgemeinen Umquartierung, d. h. mit Schließung und Verlegung ganzer Schulen, stieß die KLV verbreitet auf energischen Widerstand der Eltern. Verschiedentlich hielten Eltern ihre Kinder am Heimatort zurück. So entwickelte sich die KLV-Aktion in Einzelfällen zu einem Machtkampf zwischen opponierenden Eltern und den örtlichen Behörden. Dem Widerstand gegen die Schulverlegungen versuchten die Behörden mit einer Verordnung des Regierungspräsidenten von Arnberg zu begegnen. Alle



Abschied am Bahnhof; Stadtarchiv Bochum

Schülerinnen und Schüler der höheren Schulen und Mittelschulen, die nicht mit ihren Schulen verschickt und in ihrem Heimatort geblieben waren, mussten sich, der Anordnung folgend, bei der jeweiligen Ortspolizeibehörde melden, die die betreffenden Personen dem zuständigen Arbeitsamt zwecks Eingliederung in den Arbeitsprozess zuwies.

Ein weiteres Druckmittel gegen „widerspenstige“ Eltern war die Verweigerung von Lebensmittelkarten. Eine entsprechende Anordnung erließ der Gauleiter des Gaus Westfalen-Süd am 26. Juli 1943. In einer Folgeverfügung vom 9. Oktober 1943 forderte der Regierungspräsident alle an Evakuierungsmaßnahmen beteiligten Partei- und Behördenstellen auf, energisch auf die peinlich genaue Umsetzung der Anordnung vom 26. Juli 1943 hinzuwirken. Ebenso stellte der Regierungspräsident noch einmal klar, dass eine Rückführung schulpflichtiger Kinder in die geräumten Städte verboten sei.

Die Anordnung des Gauleiters vom 9. Oktober 1943 wurde am 19. Januar 1944 mit einer Rundverfügung an die Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte nochmals verschärft und die anfänglich zugesicherte Freiwilligkeit der Teilnahme an der KLV aufgehoben. Nun verlangte der NS-Funktionär, die in ihrem Heimatort zurückgebliebenen schulpflichtigen Kinder unverzüglich in das vorgesehene Aufnahmegebiet bzw. zu ihrer dorthin umquartierten Schule zu verbringen. Sah sich die NSV ausnahmsweise dazu nicht in der Lage, erhielten die betreffenden Eltern eine Anmeldebestätigung, damit ihnen Lebensmittelkarten ausgehändigt werden konnten.

Wo die Anweisungen des Gauleiters rigoros umgesetzt wurden, kam es vereinzelt zu offenem Protest der Eltern, ohne Rücksicht auf mögliche Folgen für die ganze Familie. Väter, die als Bergleute arbeiteten, erklärten kategorisch, erst nach Aushändigung der einbehaltenen Lebensmittelkarten an ihre Angehörigen wieder vor Kohle zu gehen. Kehrt Mütter ohne behördliche Erlaubnis aus der Evakuierung zurück, mussten sie sich verpflichten, eine Arbeitsstelle anzunehmen, ihre schulpflichtigen Kinder an den zugewiesenen Aufenthaltsort zurückzuschicken und ihre Kleinkinder in eine nachzuweisende Pflegestelle zu geben. Allen Bußandrohungen zum Trotz holten in den letzten Kriegsmonaten viele Eltern, die auf die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Evakuierung pochten, in wachsender Zahl ihre verschickten Kinder eigenmächtig

und ohne offizielle Erlaubnis aus der KLV zurück. Vergleichbaren Ungehorsam leisteten Mütter, die mit ihren Kindern beim Herannahen der Roten Armee eigenmächtig der KLV den Rücken kehrten und sich auf den Weg nach Westen machten. Sie setzten sich so über ein vom zuständigen Gauleiter, Ortsgruppenleiter oder einem sonstigen „Befehlshaber“ verfügtes Verbot hinweg.

Mit der Ankunft in Wattenscheid war für alle Betroffenen das „Abenteuer KLV“ abgeschlossen. Die große Hoffnung, irgendwann den heimatlichen Wohnort wieder zu sehen, hatte sich jedenfalls erfüllt. Die Zeit der Sorgen und Entbehrungen endete jedoch nicht mit einer Unterschrift und dem Dienstsiegel auf dem Anmeldechein des Einwohnermeldeamtes. Im ehemaligen Gau Westfalen-Süd und damit in unserer Heimatstadt bestimmte eine katastrophale Versorgungslage das gesellschaftliche Miteinander. Nur auf dem Schwarzen Markt bestand die Möglichkeit, sich mit lebensnotwendigen Gütern zu versorgen.

Die gerechte Verteilung der Grundnahrungsmittel versuchte man, wie schon in der zurück liegenden Kriegszeit mit der Lebensmittelkarte zu lösen, wobei die zuzuteilenden Mengen in periodischen Abständen neu festgesetzt wurden. Es fehlte eben häufig der Nachschub. Ein weiteres drückendes Problem war die Wohnungsnot. Ließ sie sich in den Kriegsmonaten durch Zwangsbewirtschaftung mildern, war der Mangel an Wohnfläche 1945 enorm. Die aus der Evakuierung Heimkehrenden stellten häufig fest, dass in ihren noch benutzbaren Wohnungen fremde Menschen lebten. Es gab eben zu viele totalgeschädigte (600) und teilgeschädigte (2000) Wohnungen. Für deren Wiederherstellung fehlten neben Geld auch Material sowie qualifizierte Arbeitskräfte. Die spärlichen Geldmittel wurden vordringlich für die Versorgung von Kriegshinterbliebenen, Waisen und Flüchtlingen aufgewendet.

Bis sich die Lebensumstände normalisiert hatten, bis die auseinander gerissenen Lebensgemeinschaften und Nachbarschaften wieder zusammengeführt waren, bis das durch Bomben geschundene Stadtbild in seinen vertrauten Zustand gebracht und alle arbeitsfähigen Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Beschäftigung nachgehen konnten, war eine enorme Aufbauarbeit zu leisten.

Jost Benfer und Ehrhard Salewski

WATTENSCHIED 1945

Weit mehr als 2000 Wattenscheider verloren durch den Zweiten Weltkrieg und als Opfer der Nazidiktatur ihr Leben, darunter 328 Zivilisten, die durch Fliegerangriffe und Artilleriegeschosse getötet wurden, sowie 1752 gefallene und gestorbene Wehrmachtangehörige. Die Zahl der Opfer durch Verfolgung und Ermordung ist nach den jetzigen Erkenntnissen nicht genau zu beziffern. Erwähnt werden muss, dass Wattenscheid nicht das Ziel von alliierten Bombern, sondern ein Opfer der Bombenangriffe auf die benachbarten Industriezentren Bochum, Essen und Gelsenkirchen war. Am 10. April 1945 endete der Alptraum des 2. Weltkriegs und der Nazidiktatur für die Wattenscheider Bevölkerung mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen und Panzerverbände. Diese Truppen waren kämpfende Frontverbände und hatten kein Interesse der einheimischen Bevölkerung zu helfen, zudem waren sie noch geprägt von der Vorstellung, die Deutschen seien alle Nationalsozialisten und müssten wegen der Verbrechen im 3. Reich, zu denen auch die Entfesselung des 2. Weltkrieges gehörte, bestraft werden.

Eine funktionierende deutsche Verwaltung bestand nicht mehr, da viele der Beschäftigten entweder Soldaten oder als Anhänger des Regimes vor den anrückenden amerikanischen Truppen geflohen waren. Eine Bürgerschaftsvertretung, die die Interessen der

Bevölkerung hätte wahrnehmen können, gab es ebenso wenig. Aus all diesen Umständen resultierte eine prekäre Sicherheitslage in Wattenscheid.

Die Gefährlichkeit der Situation zeigte sich in zahlreichen Überfällen, die von befreiten Zwangsarbeitern, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt worden waren, begangen wurden. So gab es 21 Überfälle auf Bauernhöfe, 17 Überfälle auf Lebensmittelgeschäfte, 92 Plünderungen von Privathaushalten, 67 Fahrradbstahle, die einhergingen mit der Misshandlung der Besitzer. Den traurigen Höhepunkt bildeten 27 Überfälle auf Einzelpersonen, bei denen zwölf Wattenscheider Bürger ums Leben kamen. Erst ab dem 25. April 1945 wurden amerikanische Sicherheitspolizisten eingesetzt, dazu kam eine Stadtwacht von 200 unbewaffneten Bürgern. Die Lage beruhigte sich aber erst ab Juni, als die ehemaligen Zwangsarbeiter in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Ab dem 12. April versuchten Vertreter der demokratischen Parteien die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, die durch mangelnde Vorräte stark gefährdet war. Stadtamtmann Schmidt erhielt die vorläufige Leitung der Verwaltung, doch die antifaschistischen Gruppen und die Besatzungstruppen ernannten Stadtobersekretär Noll zum Oberbürgermeister, dem Studienrat Bideau als Vertreter der demokratischen Parteien zugeordnet wurde. Dieser trat aber nach zwei Wochen zurück. Die Verwaltung wurde entnazifiziert, leitende



Kriegsschäden an der Bochumer Straße; Sammlung Wantoch

NSDAP-Mitglieder wurden in Gewahrsam genommen, Verwaltungsbeamte ihres Amtes enthoben und Angestellte entlassen.

Erster Stadtkommandant wurde der englische Captain Lindsay, dem die Stadtverwaltung unterstand. Lindsay ernannte Noll zuerst zum Bürgermeister, dann zum Oberbürgermeister. Auf Anweisung des englischen Stadtkommandanten wurde ein Ausschuss aus Vertretern der vor 1933 bestehenden Parteien mit Ausnahme der NSDAP gebildet, dessen Aufgabe darin bestand, den Oberbürgermeister zu unterstützen.

Nach der Festsetzung der Zonengrenzen wurde eine Gemeindeverfassung nach englischem Recht erlassen, d. h. der Oberbürgermeister ist nur noch ehrenamtlich tätig und die Verwaltung wird von einem hauptamtlichen Oberstadtdirektor geleitet. Und so wurde Noll vom englischen Stadtkommandanten zum ersten Oberstadtdirektor nach dem Krieg ernannt. Er amtierte bis Januar 1946 und sein Nachfolger wurde Georg Hollenkamp. Eine gewählte Bürgerschaft gab es nicht, vielmehr ernannte der Stadtkommandant die Stadtvertreter.

Am 13. Oktober 1946 bekam die CDU in der ersten Wahl nach dem Ende des Dritten Reiches die Mehrheit in Wattenscheid. Das Wahlverfahren wurde von der englischen Besatzungsmacht festgelegt. Am 17. Oktober 1948 fand die zweite Wahl in Wattenscheid statt, die zugleich eine Abstimmung über die Verfassung des neuen Bundeslandes NRW war. In dieser Wahl gewann die SPD die Mehrheit.

Schon bald nach Kriegsende zeichnete sich eine große Versorgungskrise ab, da die von deutschen Behörden organisierte Beschaffung und Zuteilung von Lebensmitteln und wichtigen Gebrauchsgütern in Schwierigkeiten geriet, denn der Güterverkehr kam de facto zum Erliegen. Nur durch den Einsatz von Kraftwagen der Besatzungsmächte konnten Lebensmitteltransporte in größerem Ausmaße durchgeführt werden, zudem war die Verwaltung gezwungen, inoffiziell Kohlen gegen andere Bedarfsgüter tauschen zu lassen. Am Anfang waren die Rationen zwar niedriger als zu Kriegszeiten, aber noch in etwa hinreichend. Dies sollte sich jedoch drastisch verändern, denn die Ernte des Jahres 1945 war ungewöhnlich schlecht.

Die von den britischen Besatzungsbehörden herausgegebene Ruhr Zeitung verwies Anfang Oktober 1945 auf eine Ankündigung des Feldmarschalls Montgomery, dass 1 ¼ Millionen Tonnen Weizen in die bri-

tische Besatzungszone eingeführt werden sollten, um den Hungertod tausender Menschen zu verhindern. Gleichzeitig kündigte Montgomery an, dass im Winter für private Haushalte keine Kohle zur Verfügung gestellt werde, um die Wohnung zu heizen, da die Kohle benötigt werde, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Die Kohle wurde in der deutschen Industrie eingesetzt und auf dem Weltmarkt unter Marktpreis verkauft, auch um Besatzungskosten zu finanzieren. Der englische Außenminister Bevin warnte in einer Rede vor dem britischen Unterhaus ebenfalls vor den Gefahren einer Hungerkrise nicht nur in Deutschland sondern in Europa.

Der Rückgang der Ernteergebnisse in Europa – bedingt durch Kriegszerstörungen und ungünstige Wetterverhältnisse – konnte auch nicht nennenswert durch Importe aus Übersee ausgeglichen werden. Dies hatte zur Folge, dass auch das Siegerland Großbritannien Lebensmittel rationieren und damit aus dem freien Verkauf herausnehmen musste, und zwar wegen der Unterstützungsmaßnahmen für Europa und die britische Besatzungszone aus den britischen Lebensmittelvorräten. Gleichzeitig erklärte die britische Regierung, dass die Rationen der englischen Bevölkerung nicht weiter herabgesetzt werden könnten, da die Widerstandskraft der Bevölkerung durch die Kriegsernährung deutlich geschwächt sei. Dennoch betonte die englische Regierung, dass alle Anstrengungen unternommen würden, um die Ernährung in der Besatzungszone erträglich zu gestalten. Das Ziel bestand darin, ca. 1500 Kalorien pro Person sicherzustellen. Dabei wurde von den Deutschen erwartet, 1200 bis 1300 Kalorien selbst zur Ernährung beizutragen. Anzumerken ist, dass die damaligen Ernährungsexperten von einem Tagesminimum von 2600 Kalorien ausgingen. Verschärft wurde die Lage noch dadurch, dass der Transport der Lebensmittel durch fehlenden Schiffsraum und zerstörte Infrastruktur erheblich eingeschränkt wurde.

Die hier geschilderte Situation verschärfte sich noch in den beiden darauffolgenden Wintern. Wozu besonders der langanhaltende Winter 1946 / 47, der zu den kältesten Wintern des letzten Jahrhunderts zählte, erheblich beitrug. In seiner berühmten Silvesterpredigt vom 31. Dezember 1946 erklärte der Kölner Kardinal Frings, dass die Menschen dazu berechtigt seien, sich das Dringendste zur Sicherung der eigenen Existenz zu nehmen. Dies ist auch als „fringsen“ in die deutsche Sprache und Geschichte eingegangen.

In Wattenscheid stellte sich die Versorgung der Bevölkerung im Dezember 1945 gemessen an der Situation noch nicht als sehr dramatisch dar, denn die Verbindung zum Umland mit genügend Lebensmitteln existierte wieder. Allerdings waren die Rationen niedriger als in der Kriegszeit. Aber im Laufe der Zeit änderte sich dies deutlich, denn die Höhe der Rationen nahm drastisch ab. Besonders der extreme Winter 1946 / 47 führte zu einschneidenden Kürzungen der Zuteilungsmengen an Lebensmitteln. Statt der angestrebten 1553 Kalorien pro erwachsene Person wurden in der 99. Zuteilungsperiode nur 1003, in der 100. nur 1000 und in der 101. nur noch 786 Kalorien erreicht. Anfang 1948 verringerte sich diese Zahl noch einmal auf dramatische 755 Kalorien. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Etwas besser konnten Jugendliche, Kinder, Kleinkinder und Kleinstkinder versorgt werden. Hier betrug die

Zahlen im angegebenen Zeitraum: 1685 (Jugendliche), 1541 (Kinder), 1519 (Kleinkinder) und 1219 (Kleinstkinder) Kalorien; 1023 (Jugendliche), 1048 (Kinder), 1112 (Kleinkinder) und 809 Kalorien (Kleinstkinder).

Schon im Mai 1945 hatte ein hoher britischer Offizier in der Ruhr Zeitung vor den gesundheitlichen Folgen einer längeren Ernährung mit nur 1000 Kalorien gewarnt. Die Westfalen Rundschau berichtete im Februar 1947 über die gesundheitlichen Auswirkungen der Unterernährung, der mangelnden Hausbrand- und Kleiderversorgung in Wattenscheid. Danach wiesen 8,2% der Bevölkerung ein Untergewicht von mehr als 20% auf, 843 Personen waren an Tuberkulose erkrankt und 2581 Fehlgeburten wurden registriert.

Die Höhe der Rationen schwankte noch bis zur Währungsreform am 20. Juni 1948. Schlagartig gab es ab diesem Zeitpunkt ein reichhaltiges Warenangebot und im Februar 1950 gehörte die Rationierung der Lebensmittel der Vergangenheit an.

Auch in Wattenscheid halfen ab Juni 1946 Care Pakete aus den USA vielen Menschen, die schweren Zeiten besser zu überstehen. Vor Juni 1946 durften Care Pakete nicht in die britische Zone geschickt werden, aber auch hier setzte angesichts der Notsituation ein Umdenken ein. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln rückte immer mehr in den Vordergrund der politischen Überlegungen und verdrängte Rachevorstellungen.

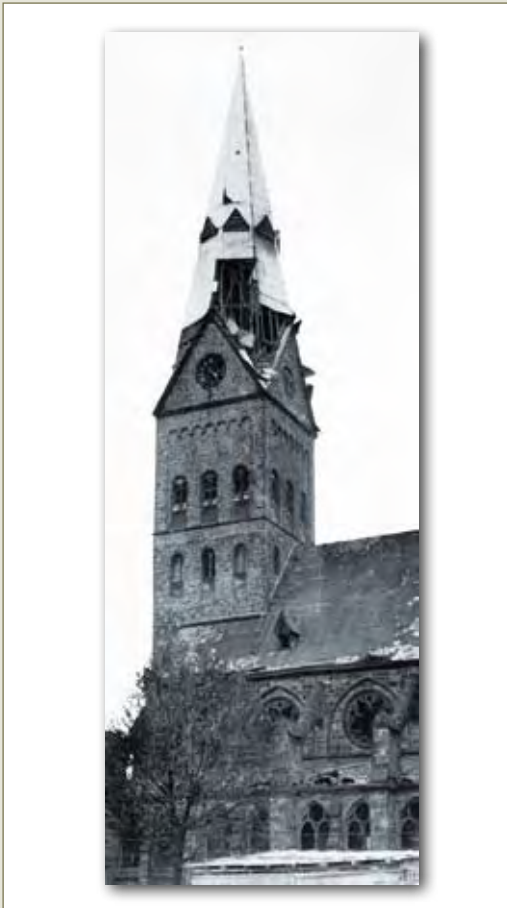
Natürlich gab es auch in Wattenscheid einen blühenden Schwarzhandel. Trotz aller moralischen Bedenken muss man festhalten, dass viele Notlagen dadurch gelindert wurden, genauso wie durch Hamsterfahrten ins bäuerliche Umland trotz aller Widrigkeiten und unwürdiger z. T. verbrecherischer Vorkommnisse.

Erstaunlich schnell erholte sich das Kulturleben. So wurde schon im Juli 1945 das Kulturamt wieder eingerichtet. Im August wurden das Archiv und die Stadtbücherei für die allgemeine Nutzung freigegeben und am 19. August fand das erste Konzert nach dem Krieg in der Freilichtbühne statt.

Berthold Jablonski

Alle Angaben stammen aus:

- Verwaltungsbericht der Stadt Wattenscheid 1945 - 1950
- Ruhr Zeitung, hrsg. von den britischen Besatzungsbehörden, 1945 - 1946
- Westfalen Rundschau, hrsg. von Fritz Henßler, Paul Sattler und Heinrich Sträter 1946 - 1947
- Fundort: Stadtarchiv Bochum-Wattenscheid
- Bilder: Stadtarchiv Bochum



Bombenschäden an der Gertrudiskirche; Sammlung Wantoch

feinschliff

G O L D S C H M I E D E

Andrea Möhle-Remus
Goldschmiedemeisterin und Schmuckgestalterin

Voedestr. 1
44866 Bochum Wattenscheid

fon: 02327 - 54890 - 0
fax: 02327 - 54890 - 1

DAS INDIVIDUELLE GESCHENK

<http://www.feinschliff-goldschmiede.de>
email: info@feinschliff-goldschmiede.de

Öffnungszeiten - Termine nach Vereinbarung:

Mo Di Do Fr 10.00 - 18.00 Uhr

Sa 10.00 - 13.00 Uhr

Mittwochs ist die Goldschmiede geschlossen.

Anfertigungen aus eigener Werkstatt



Ulrike Kröll Malerei & Digital-ART

Malerei in ...
Encaustic, Aquarell sowie Öl auf Leinwand

Digital-ART Kunstwerke

Die digitale Bildbearbeitung ermöglicht mir die Gestaltung
einzigartiger Kunstwerke -
neuartiger und moderner Digitaler Kunst der besonderen Art.

Jedes Kunstwerk ist **limitiert (01/10),**
nummeriert und **handsigniert**.

Ihr Motiv wird in Ihrer gewünschten Größe fachgerecht angefertigt.

„Digitale Kunst trifft Goldschmiedekunst“

Eine **Ausstellung** vom **20.06. - 21.07.2017**
in den Räumen der Wattenscheider
feinschliff - Goldschmiede, Voedestr. 1.

Wir laden Sie sehr herzlich zu unserer **Vernissage** ein am
1. Juli - 10 - 16 Uhr
und **2. Juli - 13 - 18 Uhr**

Weitere **Ausstellungen** finden Sie auf meiner Homepage

E-Mail: jungbrunnen@ulrike-kroell.de

<https://www.ulrike-kroell.de>

<https://www.artoffer.com/ulrike-kroell>



DISKUSSION ZWISCHEN RUDI DUTSCHKE UND JOHANNES RAU

Im Februar 1968 steht Wattenscheid weit über die Stadtgrenzen hinaus im Blickfeld vieler politisch interessierter Bürger. In der Stadthalle treffen sich zu einem Streitgespräch: Johannes Rau, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Düsseldorfer Landtag und Rudi Dutschke, Sprecher des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und der APO (Außerparlamentarische Opposition) – für die einen Vordenker einer neuen Politik, für die anderen ein weltfremder, ja gefährlicher Phantast, der den Frieden im Land stört.

Es ist eine Zeit erregter Debatten und Demonstrationen. 1967 wird der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in Berlin erschossen.

Die Große Koalition aus CDU und SPD bereitet die Verabschiedung von Notstandsgesetzen vor. Zwei Monate nach dem Streitgespräch in Wattenscheid wird Rudi Dutschke bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt.

Dutschke ist kurz vor dem Besuch in Wattenscheid gerade Vater geworden. Seine Frau hat einen Sohn

zur Welt gebracht: Hosea Che. Der Name ist Programm. Die Propheten der Bibel, die soziale Ungerechtigkeit anprangern, und Che Guevara, Revolutionär, Kämpfer für Gerechtigkeit in Süd- und Mittelamerika, sind Dutschkes Vorbilder.

Rau schenkt vor Beginn der Diskussion zur Geburt des Kindes einen roten Strampelanzug: „Wenn er tüchtig strampelt, darf Hosea Che mit 18 Mitglied der SPD werden.“

Dutschke: „Wenn er 18 ist, gibt es keine SPD mehr!“

Und dann geht es zur Sache.

Kann die Gesellschaftsordnung durch politische Parteien verändert werden?

Dutschke: Nein. Parteien wirken systematisch an der Verdunkelung bestehender Verhältnisse mit.

Rau: Ja. Demokratie ist ein System, das mit seinen eigenen Schwächen lebt und das den Auftrag und die Aufgabe hat, mit den jeweiligen Schwächen fertig zu werden.

Willi Neuhoﬀ

Quelle:

K. West, Magazin für Kunst, Kultur, Gesellschaft 05 / 2008

Bild: Wanne-Eickel Forum, Woche 8 / 2006



Bild: Wanne-Eickel Forum; aus: Woche 8 / 2006



LeichtSinn

Das Zuhause schöner Dinge

Ina Schlömann

Alter Markt 3 · 44866 Bochum
Tel. 02327 328784 · Fax 02327 833038
leichtsinn-wat@arcor.de
leichtsinn-der-laden.de

Öffnungszeiten:

Mo - Fr
10 - 18.30 Uhr
Sa
10 - 14.00 Uhr



NORBERT HERDEN

DIPL.-ING. ARCHITEKT

A21806 44866 BOCHUM-WATTENSCHIED, RANKENWEG 20

Ihr Partner für die Planung und Begleitung
von Neubau, Umbau, Sanierung u. v. m.

Telefon (02327) 8 71 40 oder (02327) 8 69 56
Telefax (02327) 8 23 85 · architekt@norbert-herden.de
www.norbert-herden.de

ERINNERUNGEN AN DEN WATTENSCHIEDER BIERSTALL



Eine mechanische Ansichtskarte aus dem Wattenscheider Bierstall; Sammlung Wantoch

Anfang der 60er Jahre wurde ich von einer deutschen Firma als Elektromonteur in die Schweiz nach Genf geschickt. Dort waren wir als eine Gruppe von etwa zwölf deutschen Monteuren im CERN tätig. Die Heimatorte meiner Kollegen waren in der ganzen Bundesrepublik verteilt. Sie kamen aus Berlin, München, Bremen, Bochum und selbstverständlich auch aus Wattenscheid. Sonntags wurde nicht gearbeitet und so erkundeten wir Genf, besonders die Altstadt. Schnell hatten wir ein uriges Lokal ausgemacht, wo auch deutsches Bier ausgeschenkt wurde und deutsche Speisen serviert wurden. Der Wirt sprach auch etwas deutsch, er stammte aus Bayern, wie er uns später erzählte. Was uns besonders faszinierte, war eine große Wand, die mit etwa 1000 Ansichtskarten aus allen Herren Länder bestückt war. Das Besondere daran war, es waren alles Ansichtskarten von bekannten Gasthäusern. So hatte der Münchener Kollege schnell sein Hofbräuhaus, der Bremer Kollege die Karte aus Bremen vom Lokal Bremmer und sogar der Bochumer Kollege fand seine „Mutter Wittig“ und ich war fasziniert von der Pariser Karte Moulin Rouge. „Komm endlich, dein Nest

ist sowieso nicht dabei!“ Schon wollte ich die Ohren hängen lassen, als ich dann doch noch eine Karte aus Wattenscheid fand, sie stammte aus unserem weltbekannten Bierstall. „Wenn ihr meint nur München, Bremen und gar Bochum wären Weltstädte, die hier vertreten sind, Wattenscheid ist es auch“, sagte ich zu meinen Kollegen. Das war natürlich Balsam auf meine Wattenscheider Seele und als der Wirt uns dann noch erzählte, dass der Stallwirt vor wenigen Jahren hier schon persönlich anwesend war, ist mir die Brust noch etwas mehr geschwollen.

Ich habe den Bierstall danach nur einmal besucht und das war rein zufällig. Es war ein verkaufsoffener Sonntag, der 13. Oktober 1996. Die Oststraße war voller Menschen, aber einen Bekannten hatte ich dort nicht getroffen. Ich lenkte meine Schritte mal zum Bierstall in der Hoffnung, dort Bekannte zu treffen, und tatsächlich dort traf ich bekannte WAZ Redakteure. Es waren nette zwei bis fünf Stunden, die wir zusammen an der Theke verbrachten. Niemand ahnte, dass es die letzten Stunden des „weltberühmten“ Wattenscheider Bierstalls waren.

Rudolf Wantoch

WATTENSCHIEDS BERÜHMTE KINDER

Wattenscheid hat viele berühmte Kinder hervorgebracht. Denken wir nur an Gotthold Ephraim Lessing. Nein, nicht der Dichter, sondern der Dirigent. Korrekterweise muss betont werden, dass er Operndirigent, Chefdirigent und Dozent im Dirigieren war. Oder denken wir an den größten Wattenscheider Export im Bereich Schauspielerei: Ria Witt. Eine Wattenscheiderin, die in der wilhelminischen Zeit nach Berlin ging, um im Film mitzuspielen. In sechs Filmen war sie zu sehen, bis sie schließlich einen vermögenden Südamerikaner kennenlernte, heiratete und mit ihm nach Südamerika auswanderte.

Um noch ein paar weitere Bekanntheiten zu nennen: Klaus Steilmann, Wolfgang Wendland, Leroy Sané. Doch das berühmteste Kind Wattenscheids ist jemand ganz anderes. Sein Name ist Bond. James Bond. Geboren ist er am 11. November 1920 in Wattenscheid. So jedenfalls erklärt es John Pearson 1973 in seiner autorisierten James Bond Biografie, die nach dem Tod des Bond-Erfinders Ian Fleming erschienen ist. James Bond war und ist eine rein fiktive Figur, die aber einen derartigen Anklang fand, dass sie scheinbar zur Realität wurde. Nach dem Tod Ian Flemings

und der weltweiten Traurigkeit, dass mit ihm die beliebte Figur verstarb, schrieb Flemings guter Freund John Pearson eine Biografie, die der zum Leben erweckten Figur James Bond eine Vergangenheit und somit auch eine Zukunft gab. James Bond ist also in Wattenscheid geboren und lebte wohl die ersten Jahre seines Lebens auch hier.

Sicherlich gibt es in Wattenscheid Menschen, die sich freuen würden, wenn James Bond einmal seine Heimatstadt besuchen würde. Aber im Großen und Ganzen geht Wattenscheid sehr bescheiden mit seinen berühmten Kindern um. Das eine oder andere Gebäude wurde evtl. mal nach einer Person der Stadt benannt, aber es ist alles sehr unaufgeregt, oder wie erklären Sie sich sonst, dass in Wattenscheid kein Örtchen nach dem berühmtesten Kind der Stadt benannt wurde?

Romina Leiding

Literatur:

- <http://www.whoswho.de/bio/gotthold-lessing.html>, Zugriff am: 31.03.2017.
- John Pearson: James Bond. The Authorised Biography (1973), Essex 2006.
- WAZ, 04.09.2014: Ria Witt. Eine fast vergessene Filmikone aus Wattenscheid.

KOMMUNALREFORM 1925

Der Fürsprache der Heiligen Gertrud, der Stadtpatronin Wattenscheids, bedurfte es, um in der anstehenden Kommunalreform die Selbstständigkeit Wattenscheids zu bewahren. Bochum wie auch Gelsenkirchen setzten nämlich „Himmel und Hölle“ in Bewegung, um sich Stadt und Amt Wattenscheid einzuverleiben. Die Menschen in Stadt und Amt allerdings wollten sich zur Mittelstadt Wattenscheid zusammenschließen. Die massiven Angriffe der Großstädte konnte St. Gertrud allein nicht erfolgreich abwehren; dazu bedurfte es der Solidarität aller Wattenscheider. Und tatsächlich: Die Wattenscheider zeigten unmissverständlich, dass sie sich mit ihrer Stadt identifizierten.

Die Prägung des Stadtwappens mit dem Abbild der Heiligen Gertrud zierte als Anstecknadel das Revers der übergroßen Mehrheit der Menschen, das „große Wappen“ (Exponat) wurde bedeutenden Persönlichkeiten der Stadt Wattenscheid (z. B. Propst Hellmich, Dr. Eduard Schulte) verliehen. Eng verknüpft ist die-



Ansteckplakette; Sammlung Rudolf Wantoch

ses Wappen mit der 500-Jahr-Feier, die eigentlich im Sommer des Jahres 1917 hätte stattfinden müssen, aber die verzweifelte Lage der Soldaten an den Fronten im Ersten Weltkrieg wie auch die nicht minder verzweifelte Situation der Menschen in der Heimat, denen es an allem mangelte, ließen Gedanken an feiern gar nicht erst aufkommen. Als das große Sterben in den Schützengräben beendet war, standen politische Schwierigkeiten unterschiedlicher Art einer großen Feier entgegen. Mit der vorläufigen Geldstabilisierung durch Einführung der Rentenmark (am 1. Dezember 1923) und Aufhebung der Besetzung des Ruhrgebiets durch belgische und französische Truppen am 26. September 1924 konnte man endlich wieder an Feiern denken.

Es gab durchaus mehrere Gründe, die die Verantwortlichen bewogen haben mochten, dieses „Mega-Event“ zu organisieren:

- Als Erstes wollte man nach den vielen Jahren des Entsetzens, der Entbehrungen und der Unterdrückung durch Besatzungstruppen in Wattenscheid die Verleihung der Rechte einer „Freiheit“ vor 500 und der Stadtrechte vor 50 Jahren angemessen feiern.
- Die Stadt Wattenscheid zeigte sich selbstbewusst und demonstrierte ihren eigenen Bürgern, den Menschen in den Amtsgemeinden und nicht zuletzt den Menschen in den benachbarten Großstädten ihre Leistungsfähigkeit.
- Die Teilnahme offizieller Vertreter und vieler Menschen aus den Amtsgemeinden sollte die Solidarität des Amtes mit der Stadt zeigen.

Dieses Großereignis stemmten unzählige Privatpersonen und alle gesellschaftlich relevanten Kräfte. Geschlossenheit war in jenen Zeiten des politischen Gerangels um die „dicksten Happen“ bei der bevorstehenden Neuordnung der Städte und Gemeinden im mittleren Ruhrgebiet dringend geboten; denn Bochum und Gelsenkirchen versuchten mit allen, wirklich allen Mitteln den kleinen Nachbarn Wattenscheid sich einzuverleiben.

Aber Solidarität war keineswegs selbstverständlich; es gab in den Jahren 1920 bis 1926 in einigen Amtsgemeinden wechselnde Stimmungen. Die Menschen in den Landgemeinden des Amtes Wattenscheid wussten, dass die Tage der Selbstständigkeit ihrer Kommunen

zu Ende gehen würden; die Bevölkerungsentwicklung und das enorme Wachstum von Bergbau und Großindustrie machten eine Änderung der Kommunalstruktur unumgänglich. Doch wohin sollten sich die Amtsgemeinden wenden? Sollte man sich Gelsenkirchen anschließen, sollte man Bochum den Vorzug geben oder sollten sich die Amtsgemeinden mit der Stadt zur neuen Mittelstadt Wattenscheid vereinigen?

Die Stadt Wattenscheid erklärte seit Beginn der „Eingemeindungsdiskussion“, sie wolle sich mit den sieben Amtsgemeinden zu einer Mittelstadt zusammenschließen. Weiter gehende Eingemeindungsforderungen erhebe sie nicht. Ganz anders klangen die Äußerungen aus den benachbarten Großstädten: Gelsenkirchen äußerte sogleich unmissverständlich, es erwarte von der Preußischen Regierung die Angliederung von (mindestens!) Leithe und Günnigfeld. Allerdings konnten sich weder die Bürger noch die Gemeindevertretungen für den Gedanken erwärmen, alsbald Vorort von Gelsenkirchen zu sein. Deutlich aggressiver trug der Nachbar im Osten sein Verlangen vor. Für Bochum stand außer Frage, zumindest die Amtsgemeinden Höntrop, Eppendorf (damit zwingend auch Munscheid), Westenfeld und Günnigfeld zugeschlagen zu bekommen.

Wie bereits gesagt, hatten die Gemeindevertretungen der sieben Amtsgemeinden intensiv über das Schicksal ihrer „Dörfer“ beraten: In Westenfeld gab es nie eine andere Ansicht als die für einen Anschluss an Wattenscheid. Der Eppendorfer Gemeinderat sprach sich im Oktober des Jahre 1920 und erneut im September 1925 für einen Anschluss an Wattenscheid aus. Stürmisch ging es dagegen in den Gemeindevertretungen von Günnigfeld und Höntrop zu.

Der Gemeinderat von Günnigfeld votierte im Herbst 1920 mehrheitlich für einen Anschluss an Bochum, obwohl wenige Tage vor der entscheidenden Sitzung in einer sehr gut besuchten „Volksversammlung“ eine überwältigende Mehrheit der Bürger (ca. 90 %) sich zu Wattenscheid bekannt hatte. Diesen Beschluss hob die Gemeindevertretung am 30. Juli 1921 auf und stimmte mehrheitlich für einen Anschluss an Wattenscheid.

Turbulenter war das Geschehen in Höntrop. Die erste Abstimmung in der Gemeindevertretung (November 1920) neigte mehrheitlich zu Bochum. Im März 1922 hob der Gemeinderat diesen Beschluss auf und sprach sich einstimmig für einen Anschluss an Wattenscheid

aus. Auf dem Höhepunkt der Eingemeindungsdiskussion änderte das Gremium erneut seine Meinung und sprach sich im August 1925 wiederum für eine Eingemeindung nach Bochum aus.

Zu diesem Sinneswandel trug nicht unwesentlichen die bewusste Verunsicherung der Mitglieder der Gemeindevertretungen durch die Oberbürgermeister von Bochum und Gelsenkirchen bei. Sie behaupteten immer wieder, die Preußische Regierung lehne die Bildung von Mittelstädten ab, obwohl aus dem Innenministerium verlautete, man könne sich sehr gut vorstellen, aus dem Landkreis Gelsenkirchen zwei Mittelstädte zu bilden (Wanne-Eickel und Wattenscheid). Ein zweites zur Verunsicherung führendes „Argument“ lautete, eine Mittelstadt Wattenscheid sei nicht lebensfähig. Besonders drastisch ging Bochums Oberbürgermeister Dr. Ruer zu Werke, als er der Gemeinde Günnigfeld im Dezember 1925 prophezeite, deren Wirtschaft ginge an einer Zuteilung zu Wattenscheid zugrunde.

Diesen haltlosen Verleumdungen traten die Wattenscheider und die Bürger aus den Amtsgemeinden kraftvoll entgegen. Unterstützung erfuhren die Gegner einer Eingemeindung in eine der Großstädte durch die „Bestimmungen über die Eingemeindung im Entwurf zur neuen Städteordnung“ für das Land Preußen vom Mai 1925. Nach § 4 dieses Entwurfs musste der Gesetzgeber die beteiligten Gemeinden hören. Eine Vereinigung durch Landesgesetz verlangte das Einverständnis aller beteiligten Gemeinden. Für das Einverständnis der Gemeinde war eine 2 / 3-Mehrheit der Stimmen des Beschlussorgans erforderlich. Unter Berücksichtigung dieser gesetzlich vorgesehenen Forderung mussten die sieben Amtsgemeinden ungeteilt der projektierten Mittelstadt Wattenscheid zugesprochen werden.

Besonderen Wert legten die Wattenscheid-Befürworter in den Amtsgemeinden auf das Wort „ungeteilt“; denn in den Jahren 1920 bis 1925 forderten Bochumer und Gelsenkirchener Kommunalpolitiker immer wieder die Zuteilung industriell genutzter Gemeindegebiete, sollte die Politik die betreffenden Amtsgemeinden nicht insgesamt in die Großstadt eingliedern. Mit dem Hinweis darauf, das auf Höntroper und Westenfelder Gemeindegebiet errichtete Walzwerk, die Zeche Engelsburg in Eppendorf und die Zeche Hannover in Günnigfeld gehörten zum Bochumer Verein, unterstrich Bochum die entsprechende Forderung. Gestützt wurde diese Position

durch ein „Gutachten“ des Ruhrsiedlungsverbandes. Die „Gutachter“ schlugen vor, die Amtsgemeinde Eppendorf mit der Zeche Engelsburg nach Bochum einzugemeinden, von Höntrop und Westenfeld sollte jeweils das Gemeindegebiet mit den Betriebsanlagen des Walzwerks nach Bochum umgegliedert werden. Der Amtsgemeinde Günnigfeld war darin ein besonderes Schicksal zudedacht: Der westliche Teil wurde Gelsenkirchen, der östliche Teil mit der Zeche Hannover Bochum zugesprochen, lediglich der südliche Teil Günnigfelds käme zu Wattenscheid.

Zwar behaupteten die „Gutachter“, dies seien lediglich Empfehlungen an die Politik, doch die Gemeindevertretungen in Stadt und Amt Wattenscheid waren sich sicher, sie würden – allen Beschwichtigungen zum Trotz – in dem kommenden Gesetzgebungsverfahren eine wichtige Rolle spielen. Daher hoben sie erneut nachdrücklich hervor, allein die Bildung der Mittelstadt Wattenscheid helfe, die aktuellen Probleme angemessen zu lösen; sie entspreche des Weiteren nicht nur dem mehrfach geäußerten Willen der Menschen, sondern folge einer natürlichen Entwicklung. Dies zu unterstreichen nahmen die Gemeindevertreter aller Amtsgemeinden einstimmig folgende EntschlieÙung an: „Die heute versammelten Gemeindevertreter der sieben Amtsgemeinden nehmen mit Bedauern und Entrüstung von den Zerstückelungsabsichten Kenntnis, wie sie in den letzten Verhandlungen zutage getreten sind. Sie stehen nach wie vor auf dem Boden der Eingemeindungsverträge, wonach die Amtsgemeinden geschlossen ihre Wiedervereinigung mit der Stadt Wattenscheid verlangen.

Geholfen hatte dieses neuerliche Votum zugunsten einer Mittelstadt Wattenscheid nicht. Der „Referentenentwurf zur Lösung der Eingemeindungsfragen im Ruhrgebiet sah vor, die sieben Amtsgemeinden mit der Stadtgemeinde Wattenscheid mit folgenden Maßgaben zu vereinigen:

1. Der nördlich der Eisenbahnlinie Essen – Bochum gelegene Teil der Landgemeinde Westfälisch-Leithe wird mit der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.
2. Von dem nördlich derselben Bahnlinie gelegenen Teil der Landgemeinde Günnigfeld wird der westliche Teil mit der Stadtgemeinde Gelsenkirchen, der östliche mit der Stadtgemeinde Bochum vereinigt.

3. Von den Landgemeinden Westenfeld, Höntrop und Eppendorf des Landkreises Gelsenkirchen wird der Teil nördlich der Bergisch-Märkischen Bahn mit der Stadtgemeinde Bochum vereinigt.
4. Die Landgemeinde Munscheid des Landkreises Gelsenkirchen kommt zu Wattenscheid.

Zu diesem Referentenentwurf musste der Gemeindeausschuss des Preußischen Staatsrats Stellung nehmen, und in Wattenscheid hoffte man, dass die Zuteilung des ungeteilten Günnigfeld an Wattenscheid empfohlen werde. Doch es kam schlimmer als befürchtet: Der Ausschuss beschloss, eine Reihe von Änderungen im Plenum des Staatsrates vorzuschlagen. Danach sollten nicht nur die Zeche Engelsburg und das Walzwerk Höntrop nach Bochum kommen, sondern mit den Werken auch die Gemeinden Höntrop und Eppendorf, lautete die für Wattenscheids Interessen vernichtende Empfehlung. Eine positive oder auch nur objektive Beurteilung des Wattenscheider Anliegens war seitens des Staatsrats-Ausschusses nicht zu erwarten, weil dieses Gremium massiver Einflussnahme seitens der Großindustrie ausgesetzt war.

Wenn auch das Votum des Staatsrats-Ausschusses schwer wog, das letzte Wort war das nicht. Noch gab es Hoffnung, dass die Gemeinden Höntrop und Eppendorf, wenn auch ohne die Industrieanlagen des Bochumer Vereins, Wattenscheid angegliedert werden könnten. Daher schauten die Menschen aus Stadt und Amt Wattenscheid am 9. Februar 1926 gebannt nach Berlin. An diesem Tage stand die zweite und dritte Lesung des Gesetzes über die Umgemeindung im Ruhrgebiet auf der Tagesordnung des Preußischen Landtags. Würde der lange und schwere Kampf um die Bildung der Mittelstadt Wattenscheid, der in den letzten Jahren, insbesondere in den letzten Wochen geführt werden musste, erfolgreich sein?

Es war ein taktisch klug gewählter Zeitpunkt, quasi zeitgleich mit der ersten Abstimmung meldete sich Gelsenkirchens Oberbürgermeister zu Wort und forderte allerdings nicht *expressis verbis* Amt und Stadt Wattenscheid nach Gelsenkirchen einzugemeinden: In einem subtilen, als „Denkschrift“ bezeichneten Schreiben an die Mitglieder des Preußischen Landtags verneinte Oberbürgermeister von Wedelstaedt die Lebensfähigkeit einer Mittelstadt Wattenscheid, sollte die vom Landtags-Gemeindeausschuss beschlossene

Abtrennung des Walzwerks Höntrop vollzogen werde. Es gehe ihm, so begründete das Stadtoberhaupt, keineswegs darum, die Nachbarstadt und das Amt zu „schlucken“. Er habe allein das künftige Wohl der Bevölkerung im Auge; und dies verlange die sofortige Vereinigung von Stadt und Amt Wattenscheid mit der Stadt Gelsenkirchen. Immer wieder in Diskussionen einbezogene „Gegenwartsstimmungen“ – so diskreditierte der Oberbürgermeister die vielfachen Bürgervoten – seien irrelevant.

Dieser Zweifel an der Leistungsfähigkeit einer künftigen Mittelstadt Wattenscheid, den sich auch Bochum zu eigen machte, verfehlte seine Wirkung offensichtlich nicht. Innenminister Severing, eigentlich ein Befürworter der Bildung von Mittelstädten, wurde in seiner Meinung schwankend und forderte von der Stadt Wattenscheid „Rechenschaft über ihre Finanzkraft.“ Karl Busch Junior (Sohn der Herausgebers der Wattenscheider Zeitung, Carl Busch) suchte, wie immer wieder in den zurückliegenden hektischen Tagen und Wochen, um ein klärendes Gespräch bei dem Minister nach, als der am Ende einer politischen Versammlung in Gelsenkirchen den Rückweg mit der Eisenbahn angetreten hatte. Da er keinen Zugang bekam, unternahm Karl Busch, Gründer und Leiter der Wattenscheider Bürgerinitiative sowie Vorsitzender des Verbandes der Mittelstädte, einen wahren „Husarenritt.“ Lediglich im Besitz einer Bahnsteigkarte bestieg er spontan den Nachtzug, begab sich ins Abteil des müden Ministers und wettete über die unbillige Nachgiebigkeit der Regierung bei der katastrophalen Aufsaugungspolitik der Mammutstädte.

Auch nach dieser Aufsehen erregenden Aktion blieb die Lage Wattenscheids angespannt. Bochums Oberbürgermeister Dr. Ruer schien im Landtag mit seiner permanenten Diffamierung Wattenscheids Erfolg zu haben. Die parlamentarische Vorfrage, ob die finanzielle Zukunft Wattenscheids gesichert sei, wollten sämtliche Fraktionen des Hauptausschusses ablehnen. Karl Busch, der sich mit mehreren Wattenscheidern permanent in Berlin aufhielt, um auf die Abgeordneten einwirken zu können, rief seinen Freund Bernhard Scholtens an und teilte ihm mit, es stehe „sehr schlecht für Wattenscheid, daß [er] keinerlei Hoffnung mehr habe.“ Scholtens Reaktion war ein „Großangriff“ auf die Abgeordneten. Er verfasste Dutzende von Telegrammen gleichen Inhalts aber in wechselnder Fassung, in denen er namens aller wirtschaftlichen, politischen,

kulturellen Vereinigungen die Wiedervereinigung von Stadt und Amt Wattenscheid forderte. Diese Telegramme wurden an alle Abgeordneten während der laufenden Plenarsitzung gesandt. Wegen der ständigen Sitzungsunterbrechungen durch die „Saaldiener“, die die Telegramme dem jeweiligen Empfänger umgehend übergeben mussten, sah sich der Parlamentspräsident schließlich genötigt, die Sitzung kurzzeitig zu unterbrechen. Diese Pause nutzten wiederum die im Hause anwesenden Wattenscheider, um auf die Abgeordneten unmittelbar persönlich einzuwirken. Vielleicht war es dieser „Geniestreich“, ganz sicher aber waren es die besseren Argumente Wattenscheids (oder wollten die Abgeordneten lediglich die „nervigen“ Zeitgenossen los sein?), jedenfalls stimmte die Mehrheit schließlich für die Bildung der Mittelstadt Wattenscheid, als die dritte Lesung nach der kurzen Unterbrechung fortgesetzt wurde.

Das Gesetz über die Umgemeindungen im Ruhrgebiet trat am 1. April 1926 in Kraft. Zu diesem Datum nahm die kreisfreie Mittelstadt Wattenscheid mit ca. 61 000 Einwohnern ihre Arbeit auf. Ruhe kehrte trotzdem nicht ein. Die Bochumer Presse bejammerte das Schicksal der Wattenscheider Südgemeinden und bedauerte sie aufrichtig, dass sie nicht Bochum zugeschlagen worden seien. Doch Höntrop und Eppendorf mussten keineswegs bedauert werden, im Gegenteil: Die Mehrheit der Bevölkerung in beiden Gemeinden stand stets zu Wattenscheid und war gewillt, gemeinsam mit den anderen Wattenscheidern die Zukunft dieser neuen Stadt zu gestalten.

Diesmal hatte Bochum sein Ziel, Günnigfeld und die Südgemeinden des Amtes Wattenscheid einzugemeinden, nicht erreicht. Doch verlor die Bochumer Politik dieses und das weitergehende Ziel, ganz Wattenscheid zu „schlucken“, niemals aus den Augen. Undurchsichtig und verwirrend ist in diesem Zusammenhang die Zeit zwischen dem 13. März und dem 6. Mai 1939. Am 13. März meldete die Allgemeine Wattenscheider Zeitung, der Regierungspräsident in Arnsberg habe Bochums Oberbürgermeister Piclum kommissarisch mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Oberbürgermeisters in Wattenscheid beauftragt. Offenbar nutzte der „de-facto-Oberbürgermeister“ von Wattenscheid und Bochum diese zwei Monate und unternahm einen erneuten Versuch, untermauert mit einer „Denkschrift“, Wattenscheid nach Bochum einzugemeinden. Allerdings erklärte der Regierungspräsident dem Wattenscheider Oberbürgermeister am 21. Mai 1939, er werde die Eingemeindungsdenkschrift der Stadt Bochum an das Ministerium nicht weitergeben. Mit seinem Redebeitrag in der Sitzung des Gemeinderats vom 14. März 1922 „wenn nach vielen Jahren für neue Generationen einmal die Frage auftreten sollte, das ganze Wattenscheid irgend wohin einzuverleiben [...], dann ist wohl eher zu erwarten, daß Wattenscheid nach Bochum als nach Gelsenkirchen kommt,“ machte der Gemeindevertreter Glodde eine beinahe prophetisch anmutende Bemerkung. Dieses Menetekel sollte sich rund 50 Jahre später zum Entsetzen der meisten Wattenscheider bewahrheiten. Jost Benfer

GEBIETSREFORM – ZUSAMMENSCHLUSS VON BOCHUM UND WATTENSCHIED

Beinahe 100 Jahre zeigte ein solches Ortseingangsschild jedermann, dass er nun das Gebiet der Stadt Wattenscheid betritt. Diese Stadt hatte sich von der „Freiheit“ Wattenscheid (ab 1417) über die kreisangehörige Stadt Wattenscheid (ab 1876) zur kreisfreien Stadt (ab 1926) entwickelt. Sie hatte den Strukturwandel ab Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts bestens verkraftet und lief nun Gefahr, von Bochum, das bereits 1925 / 26 die Finger nach der Hellwegstadt ausgestreckt hatte, geschluckt zu werden, als am 24. März

1972 der Plan des Innenministers über die kommenden Neuordnung der Gemeinden und Kreise im Lande NRW bekannt wurde. Dementsprechend sollte die Stadt Wattenscheid nach Bochum eingemeindet werden. Zur Abwehr dieses Plans gründeten engagierte Bürger am 31. Mai 1972 die „Bürgerinitiative selbständiges Wattenscheid.“ Als überparteiliche Organisation sollte sie alle Kräfte bündeln, um diesen Plänen wirksam begegnen zu können. Und man ging sofort ans Werk: Für den 8. Juni 1972 organisierte die Bürgerinitiative einen Marsch nach Bochum, dem sich einige Hundert Wattenscheider anschlossen, um deutlich zu machen, dass sie für den Erhalt ihrer Stadt kämpfen werden. Par-



Wattenscheider Ortsschilder; Bild: Alfred Winter

Ab dem 1. Januar 1975 hatten diese Ortseingangsschilder zu der seit 1926 kreisfreien Stadt Wattenscheid ausgedient und wurden durch Ortseingangsschilder „Bochum“ ersetzt. Im Herzen vieler Wattenscheider „leben“ die alten Schilder weiter.

allel zu den Feierlichkeiten zur 555-Jahr-Feier der Stadt Wattenscheid vom 13. bis zum 16. Oktober 1972 führte die Bürgerinitiative eine Bürgerbefragung durch, um zu erfahren, ob die Wattenscheider den Erhalt der Selbstständigkeit ihrer Stadt wollten. Das Ergebnis überraschte selbst die Initiatoren: 93,8 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Befragung, und sie stimmten mit 96,4 % für den Erhalt der Selbstständigkeit ihrer Stadt. Das Innenministerium gab jedoch unmissverständlich zu verstehen, dass es ein solches – nicht repräsentatives – Ergebnis keineswegs akzeptierte.

Da diese Äußerung der Wattenscheider ungehört verhallte, musste die Bürgerinitiative zu anderen Mitteln greifen. Dies taten einige Mitglieder am 6. September 1973, dem Tag der Ersten Lesung des Neugliederungsgesetzes, indem sie von der Zuschauertribüne des Landtags Flugblätter in den Plenarsaal warfen. Mit dem „Flugblatt-Regen“ erreichte sie in der Tat bundesweites Aufsehen. Erstmals in der Geschichte des Landes NRW störten Besucher des „Hohen Hauses“ die Arbeit des Plenums durch Werfen von Flugblättern. Zwar gewannen die fünf Aktivisten der Bürgerinitiative Selbstständiges Wattenscheid die ungeteilte Aufmerksamkeit von Palament und Regierung, doch die Reaktion der Politiker spiegelte die volle Bandbreite menschlicher Empfindungen.

Nur in der Gemeinschaft ist man stark, dies galt auch für die Wattenscheider Eingemeindungsgegner. Nach einigen Vorgesprächen kamen am 19. September 1973 die Vertreter aus zehn von Eingemeindung bedrohten Gemeinden in Wattenscheid zusammen und gründeten die „Aktion Bürgerwille“, die die kommunale Neugliederung in NRW durch ein Volksbegehren zu Fall bringen wollte. Sehr schnell wuchs die Zahl der Städte und Landkreise, die in der Bürgerinitiative mitarbeiten wollten. Sie alle zahlten freiwillig einen jeweils autonom festgelegten Beitrag, um die vielfältigen Aktionen finanzieren zu können.

Darin wiederum sah der Innenminister einen Hebel, die ständig wachsenden und mittlerweile nicht wenigen Regierungsmitgliedern Sorgen bereitenden Erfolge der Aktion Bürgerwille eindämmen zu können: Er kündigte an, die Kommunalaufsicht seines Hauses werde gewissenhaft prüfen, ob und inwieweit die Verwendung von Steuergeldern zur Unterstützung der Aktion Bürgerwille zulässig sei. Besonders ergiebig schien die Prüfung nicht gewesen zu sein; denn außer dieser in großer Aufmerksamkeit publizierten Ankündigung geschah nichts.

Um das Volksbegehren auf den Weg zu bringen, überreichten Vertreter der Aktion Bürgerwille am 28. November 1973 im Innenministerium den Antrag auf Zulassung der Aktion, dem sowohl 12.000 Unterschriften

als auch der in Art. 2 Verf. NRW geforderte alternative Gesetzentwurf „Der Dritte Weg“ beigefügt war. Zum Erstaunen der Aktivisten wies Innenminister Weyer den Antrag zurück, weil nach seiner Meinung die Bürger bei Leistung der Unterschrift nicht hinreichend über die Ziele der Aktion Bürgerwille informiert gewesen seien. Offensichtlich war dem Minister mit dieser „lachhaften“ Argumentation daran gelegen, Zeit zu gewinnen und die Zulassung des Volksbegehrens hinauszuzögern.

Am 21. Dezember 1973 gab der Innenminister bekannt, er habe die Eintragungsfrist für das Volksbegehren für die Zeit vom 13. bis zum 27. / 28. Februar 1974 festgesetzt, tatsächlich und keineswegs zufällig in die Karnevalszeit. Die Initiatoren werteten dies als Affront und riefen am 24. Januar 1974 das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen an. In ihrem – allerdings vergeblichen – Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen den Innenminister verfolgten sie das Ziel, erstens den in die Karnevalszeit fallenden Termin zu verlängern, zweitens die Städte und Kreise zu verpflichten, „Wahlbenachrichtigungen“ zu verschicken.

Dass das Volksbegehren nicht auf ungeteilte Zustimmung im Lande stoßen würde, dessen waren sich die Initiatoren bewusst, dafür lagen die Interessen der verschiedenen Gemeinden und Kreise zu weit auseinander. Der Städtetag des Landes NRW, dessen Präsident der einflussreiche und von „imperialen Interessen“ getriebene Oberbürgermeister von Bottrop, Ernst Wilczok (MdL), war, griff diesen Dissens auf. Er gab den Mitgliedern des Städtetages eine rechtliche Empfehlung zum Auslegungsmodus für die Listen zum Volksbegehren mit einer massiven Beeinträchtigung dieses politischen Instruments:

Es sei rechtlich unbedenklich, in den großen Städten die Listen zentral an einer Stelle auszulegen, wenn un-

ter Berücksichtigung der zu erwartenden Beteiligung die Stimmabgabe der zur Eintragung Berechtigten reibungslos erfolgen könne, argumentierte der Interessenvertreter der Großstädte. Schließlich lägen die Listen 14 Tage aus, und es handele sich nicht um eine Wahl. Dies war ein „Tiefschlag“ für die Bürgerinitiative. Nach Verlegung der Eintragungsfrist in die Hauptkarnevalszeit nun der „Freibrief“ für die Städte, auf eine derart subtile Art das Volksbegehren „abzuwürgen“. Selbstverständlich war den Verantwortlichen dieser „Empfehlung“ bewusst, dass die meisten Bürger weite Wege und darüber hinaus gehende Unannehmlichkeiten kaum in Kauf nehmen würden, nur um ein Volksbegehren zu unterstützen, dessen Ziele sie bzw. ihre Stadt unmittelbar nicht betrafen, die sie leider oft genug nicht einmal genau kannten.

Die Stadt Bochum sattelte darauf eine weitere „Empfehlung“, gerichtet an die Wahlberechtigten der Stadt. In einer großen Anzeige, die in allen damaligen örtlichen Zeitungen veröffentlicht wurde, baten der Oberbürgermeister und die Vorsitzenden der Ratsfraktionen sowie der Oberstadtdirektor die Bochumer Bürger, das Volksbegehren nicht zu unterstützen. Offenbar war das die Reaktion auf den Anfang Januar 1974 vergeblich unternommenen Versuch der Bochumer Stadt- und Verwaltungsspitze, mit Wattenscheid einen Gebietsänderungsvertrag abzuschließen.

Formaljuristisch war die „Empfehlung“ des Städtetages NRW unangreifbar, besagte doch § 12 Absatz 4 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid (nachfolgend kurz „Gesetz“), „die Eintragungslisten sind in Gemeinden bis 100 000 Einwohner mindestens an einer Stelle, in Gemeinden über 100.000 Einwohner mindestens an zwei Stellen für die Eintragung auszulegen.“ Tatsächlich war



nicht einmal bestimmt, die „mindestens zwei“ Eintragungsstellen örtlich von einander getrennt einzurichten. Daher genügte dem Gesetz auch, wer – wie es in mehreren Fällen zu beobachten war – in einem einzigen Raum mehrere Tische platzierte, auf denen Eintragungslisten ausgelegt wurden. Mit dem „Geist der Verfassung“ und gutem demokratischem Brauch hatte diese restriktive Handhabung indessen nichts gemein.

Die meisten Großstädte folgten der Empfehlung des NRW-Städtetages. Köln mit mehr als 835 000 Einwohnern (ca. 620.000 Eintragungsberechtigte) plante im ersten Anlauf, an einem einzigen Ort 25 Eintragungslisten auszulegen. Gegen diese Manipulation protestierte die Aktion Bürgerwille beim Innenminister. Dort versprach man lediglich, die Einzelheiten der Durchführung des Volksbegehrens noch einmal zu besprechen. Eine ministerielle Weisung des Inhalts, für eine bestimmte Anzahl Wahlberechtigter eine Eintragungsstelle einzurichten, hat es aber niemals gegeben. Ähnlich wie Köln handelten dann die meisten Großstädte. Daneben griffen die Behörden zu offenen und subtilen Schikanen, um Eintragungswillige an Ausübung ihres demokratischen Rechts zu hindern. Selbst vor Beleidigungen der Macher dieses Volksbegehrens schreckten Landtagsabgeordnete, Regierungsmitglieder oder hohe Funktionäre aller Parteien nicht zurück.

Da Gespräche mit dem Ziel, diese das Volksbegehren behindernde Praxis zu beenden, ausnahmslos ohne Erfolg blieben, leitete der Vorstand der Bürgerinitiative gerichtliche Schritte ein. Drei Wochen vor Beginn der Eintragsfrist beantragte die Aktion Bürgerwille beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen den Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen den Innenminister des Landes NRW. Das Gericht sollte die Ministerialverwaltung verpflichten,

1. die Gemeinden anzuweisen, die Eintragsfristen zu verlängern sowie
2. die Auslegung der Eintragslisten nach den Vorschriften des Landeswahlgesetzes vorzunehmen.

Mit dem ersten Teil des Antrags sollte die fatale Karnevalszeit umgangen werden. Der zweite Teil sollte die Gemeinden zwingen, deutlich mehr Eintragsstellen als bislang vorgesehen einzurichten, um eine bürger-nahe Stimmabgabe zu gewährleisten. Die Zahl der Eintragsstellen in einer Gemeinde sollte auf der Grundlage der Bestimmungen des Landeswahlgesetzes

ermittelt und unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Volksbegehren festgelegt werden. Wenn nach Landeswahlgesetz die Größe eines Stimmbezirks nicht mehr als 2.500 Einwohner umfassen soll (§ 15 Absatz 2 Landeswahlgesetz), konnte es unter Zugrundelegen demokratischer Gepflogenheiten nicht angehen, für ca. 800.000 Einwohner maximal drei Eintragsstellen einzurichten (wie im Falle der Stadt Köln).

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen lehnte den Erlass einer einstweiligen Anordnung mit der Begründung ab, dieses Verfahren gehöre in den Zuständigkeitsbereich des Verfassungsgerichtshofs NRW. Da Eile geboten war, reichte die Aktion Bürgerwille noch am 4. Februar 1974 Klage beim Verfassungsgerichtshof des Landes NRW ein. Doch auch das höchste Gericht des Landes lehnte den Erlass einer einstweiligen Anordnung ab. Die Aktion Bürgerwille könne – so die Argumentation – sich an das Gericht erst nach Abschluss des Volksbegehrens wenden, sofern sich weniger als 20 % der Stimmberechtigten eingetragen und die Landesregierung das Volksbegehren als gescheitert erklärt habe. Im jetzigen Stadium des Verfahrens in Bezug auf das Volksbegehren sei im Übrigen auch nicht das Verfassungsgericht, sondern vielmehr das Oberverwaltungsgericht zuständig.

In der Tat nahm sich das Oberverwaltungsgericht der Angelegenheit an und „verhandelte“ am 20. Februar 1974. Die Kammer kam zu dem Schluss, dieses Gericht sei für die Entscheidung über eine einstweilige Anordnung auf Verlängerung der Eintragsfrist, der dezentralen Auslegung der Eintragslisten und der damit erforderlich werdenden Versendung von Eintragsbenachrichtigungen für das Volksbegehren nicht zuständig.

Diese gerichtlichen Entscheidungen setzten konsequent die Kette der Behinderungen des Volksbegehrens fort. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit erklärte sich für unzuständig und verwies die Aktion Bürgerwille an den Verfassungsgerichtshof. Der aber wollte erst nach amtlich festgestelltem Scheitern des Volksbegehrens in die Untersuchung der vielfach belegbaren Vorwürfe einsteigen.

Offensichtlich wollten die Oberen Gerichte dieses Problem in bewährter Manier aussitzen. Mit diesem „Hin- und Herschieben“ hatte die Justiz die Handhabung der Eintragsmodalitäten dem Wohlwollen, das vielerorts aus guten Gründen nicht vorhanden war, ausgeliefert.

Wie äußerte sich brieflich ein Kollege des Wattenscheider Kreisheimatpflegers F.-W. Bröker: „Hätten wir einen Landtag, der die Bürger (Wähler) vertritt, käme es nicht zu solchen vorsätzlichen Vergewaltigungen des Bürgerwillens.“ Die skizzierte Argumentation der beiden Oberen Gerichte kann in der Rückschau nur als zynisch bezeichnet werden.

Den Vorwurf gegenüber sowohl dem Ministerium als auch den vielen, vor allem großen Kommunen, sie hätten bewusst massiv gegen das von der Aktion Bürgerwille initiierte Volksbegehren Front gemacht und es wann immer möglich behindert, erhoben keineswegs nur Vorstandsmitglieder der Bürgerinitiative oder andere an dieser politischen Auseinandersetzung zwischen Landesregierung und Landtag auf der einen und Bürgerinitiative auf der anderen Seite Beteiligte. Um dies zu unterstreichen soll der zwangsläufig subjektiven Betrachtung eine eindeutig objektive Stimme gegenübergestellt werden. „Minister Weyer hat zwar angeordnet“, so schreibt der *Weser-Kurier* Bremen am 13. Februar 1974, „die Städte und Gemeinden hätten dieses erste Volksbegehren im Lande verfassungsgetreu zu ermöglichen, aber der Minister kämpft mit allen Mitteln gegen die um sich greifende Bürgerinitiative. Die Großstädte als einzige Gewinner der Reformpläne des Ministers und des Landtags stehen ihm zur Seite, wenn es gilt, Knüppel in das Räderwerk des Volksbegehrens zu schleudern.“ Dieser vom Verfasser der vorliegenden Schrift geteilten Auffassung ist nichts hinzuzufügen, sie spricht für sich.

Dass das Volksbegehren das Gesetz zur Neugliederung des Landes nicht zu Fall bringen würde, war für die rund 1 200(!) ehrenamtlichen Mitarbeiter der Aktion Bürgerwille, die sich aus 110 der Initiative angeschlossenen Gemeinden und Landkreisen rekrutierten, frühzeitig zu erkennen. Dennoch: das kraftzehrende persönliche Engagement über mehrere Monate sowie der gewaltige materielle Aufwand waren keineswegs vergebens. Verteilt wurden im Verlaufe der Vorbereitung des Volksbegehrens und während der vierzehntägigen Einschreibungsfrist 2.400 Plakate, 900.000 Flugblätter, 100.000 Fähnchen, Luftballons und Anstecknadeln; die Letztgenannten waren „der Renner“ in der Werbung. Gekostet hat dieser „Wahlkampf“ ca. 450.000 DM (ca. 230.000 Euro).

Allerdings: Die Hürde, die die Verfassung des Landes NRW vor den Erfolg eines Volksbegehrens stellt,

konnten die Streiter der Aktion Bürgerwille vor allem wegen der undemokratischen, teilweise auch rechtlich zumindest zweifelhaften Verhaltensweisen von Landes- und Kommunalpolitik nicht überwinden. 20% der Wahlberechtigten im Lande hätten ihre Unterschrift leisten müssen, ca. 720.000 trugen sich in die Eintragungslisten ein. Ein enttäuschendes Ergebnis?

Von Enttäuschung konnte tatsächlich nicht die Rede sein. Die Bürger in den unmittelbar betroffenen Gemeinden und Kreisen hatten hervorragend mitgezogen, dort erreichte die Zahl der Eintragungen in der Regel weit mehr als 50 %. Dass die Zahl der Eintragungen in den großen Städten, die von Eingemeindungen profitieren sollten, extrem niedrig sein würde, befürchteten die Verantwortlichen in der Aktion Bürgerwille spätestens als ihnen die dort praktizierten massiven Behinderungen eintragungswilliger Bürger bekannt wurden. Und in Wattenscheid?! 43.395 Bürgerinnen und Bürger hatten sich in die Eintragungslisten eingetragen. Das waren stolze 71,4 % der Wahlberechtigten, ein hervorragendes Ergebnis. Und es wären noch mehr gewesen, wenn (das muss man nicht unbedingt ernst nehmen).

1. 20 Bürger aus Bochum-Dahlhausen nicht versucht hätten, sich in Wattenscheid-Munscheid einzutragen. Sie mussten kurz vor Ende der Eintragsfrist zurück und an die für sie zuständige Eintragungsstelle verwiesen werden. Ob sie sich dort eingetragen haben, ist nicht bekannt.
2. „Briefwahl“ zulässig gewesen wäre. Dann wären zwei amtlich beglaubigte „Ja-Stimmen“ mitgezählt worden. Leider untersagte das Gesetz deren Anerkennung.

Nach dem Scheitern des Volksbegehrens war der Weg frei für das Ruhrgebiets-Neugliederungsgesetz (verabschiedet am 8. Mai 1974), und das bedeutete: Wattenscheid wurde ein Stadtteil von Bochum.

Als letzte Hoffnung blieb die Klage vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes NRW. Der Vertreter der ehemaligen Stadt Wattenscheid verlangte in seinem Antrag, die Eingemeindung nach Bochum aufzuheben und die Selbstständigkeit der Stadt Wattenscheid wiederherzustellen. Zur Begründung dieses Klageantrags führte er u. a. an:

1. Die Vorhersage der Landesregierung, der Ausbau mittelzentraler Einrichtungen in Wattenscheid würde durch die Eingemeindung nicht beeinträchtigt, werde durch die Realität widerlegt.
2. Der in der Begründung zur Eingemeindung genannte Nachholbedarf Bochums bei seiner Entwicklung zum Oberzentrum erschöpfe sich in dem Bau eines neuen Bildungs- und Verwaltungszentrums.

Insgesamt kam der Prozessbevollmächtigte zu dem Schluss, Wattenscheid werde in der „neuen Stadt Bochum“ erheblich benachteiligt und müsse seine Selbstständigkeit zurückerhalten.

Auf Freitag, den 13. Februar 1976, war die Urteilsverkündung terminiert. Hatte das Gericht hinter der Wahl dieses Datums bereits das Ergebnis des Verfahrens verborgen oder war es tatsächlich purer Zufall?! Wie dem auch gewesen sein möchte, jedenfalls machten sich mehrere Hundert Wattenscheider mit dem Gefühl von Hoffnung, aber auch mit Bangen auf den Weg nach Münster. Sie wollten die Entscheidung über die Klage ihrer Stadt gegen die Eingemeindung vor Ort unmittelbar erleben.

Der Optimismus, der nach den erfolgreichen Verfahren in Sachen Bottrop und Gladbeck in der Hellwegstadt um sich gegriffen hatte, erhielt sehr schnell einen Dämpfer; und am Ende des Tages mussten die Wattenscheider ihre letzte, aus rechtlicher Sicht von vornherein nur vage Hoffnung hinsichtlich Wiedererlangung der Selbstständigkeit ihrer Stadt zu Grabe tragen: Der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW wies die Verfassungsbeschwerde der (ehemaligen) Stadt Wattenscheid gegen den Zusammenschluss mit Bochum zurück.

In der Begründung führte Dr. Bischoff, Präsident des Verfassungsgerichtshofs, u. a. aus, der Gesetzgeber habe entsprechend den Vorschriften der Gemeindeordnung den Willen der Bevölkerung berücksichtigt, Fehler bezüglich Beachtung der vom Gesetzgeber selbst gegebenen Verfahrensvorschriften bei Neuordnung von Gemeinden und Kreisen seien nicht festzustellen und die Stadt Wattenscheid sei rechtzeitig gehört worden. In den weiteren Urteilsgründen führte das Gericht aus, angesichts der Neuordnungsziele im Allgemeinen und der Ziele des Zusammenschlusses von Bochum mit Wattenscheid im Besonderen hielten sich die Folgen für Wattenscheid im Rahmen des öffentlichen Wohls.

Diese Argumentation war den Wattenscheidern zu viel: In dem mit Zuhörern aus der Hellwegstadt total überfüllten Saal brach sich lange aufgestaute Wut Bahn. Zwischenrufe, Lärm und selbst Drohungen stießen die sowohl politisch als nun auch juristisch um die Selbstständigkeit ihrer Stadt betrogenen Bürger gegen das Gericht aus. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, bisher wohl nur die sterile Atmosphäre einer Senatsverhandlung gewohnt und diesem Ausbruch von Leidenschaften nicht im Geringsten gewachsen, verlor daraufhin offensichtlich die Nerven und forderte Polizeischutz an. Plötzlich sahen sich die teils aufgebracht, teils traurigen, teils frustrierten, teils resignierenden Wattenscheider martialisch auftretenden Polizeibeamten gegenüber. Nach deren Erscheinen fasste „Justitia“ wieder Mut und drohte mit Räumen des Saales, sollten die Zuhörer weiterhin stören.

Zum Schluss blieben Tränen, viele aus Enttäuschung, viele aus Trauer geweint, vor allem aber Empörung. Die Gefühle aller brachte Ernst Wilke zum Ausdruck, als er vollkommen aufgebracht dem ehemaligen Oberbürgermeister noch im Gerichtssaal zurief: „Das verdanken wir eurer Sch... SPD!“: einerseits verständlich, stellte doch die Sozialdemokratische Partei zu jener Zeit die stärkste Landtagsfraktion, andererseits auch wieder unverständlich; denn Herbert Schwirtz (letzter Oberbürgermeister Wattenscheids) zählte zu den engagierten Kämpfern für den Erhalt der Selbstständigkeit seines Wattenscheid.

Übrigens:

Das Ziel der Neuordnung, Bochum zum Oberzentrum auszubauen, hatte der Gesetzgeber entgegen aller Beteuerungen verfehlt. Dies belegt das vom Innenminister in Auftrag gegebene Gutachten vom 9. November 1987. Die Gutachter (Prof. Dr. Landwehrmann und Prof. Dr. Rottmann) sprachen der Stadt mit dem Satz „sollte Bochum im Ruhrgebiet ein voll ausgebautes Oberzentrum werden und auf Dauer Bestand haben, so ist das wohl kaum ohne Gebietserweiterung möglich, da im eigenen Gebiet die Bevölkerung nicht ausreicht und noch abnimmt“ (Seite 149), die Existenzfähigkeit als Oberzentrum ab. Jost Benfer

DER „KETTWIGER KREIS“

Er unterstützt in seinen Bemühungen um „Rückgemeindungen“ Wattenscheids Kampf um die kommunale Selbständigkeit – Eine komprimierte Chronik der Ereignisse.

Vorab: Die Entwicklung der Gebietsreformdiskussion bis zum ablehnenden Entscheid über die Wattenscheider Verfassungsbeschwerde.

Am 9. Juli 1974 entschied der nordrhein-westfälische Landtag, die selbständigen Städte Bochum und Wattenscheid zum 1. Januar 1975 zu einer „neuen Stadt“ Bochum zusammenzuschließen. Damit verlor, trotz aller Proteste der Wattenscheider Bevölkerung, Wattenscheid seine kommunale Selbständigkeit.

Der Rat der Stadt Wattenscheid hatte sich am 25. Januar 1973, nach der Vorlage des „Ruhrgebietsgesetzes“ (25. September 1972), einstimmig für den Erhalt der Selbständigkeit und gegen eine Eingemeindung nach Bochum ausgesprochen. Alternativ schlug der Wattenscheider Rat vor, sich gegebenenfalls für das Städteverbandsmodell zu entscheiden. Bei diesem Modell hätten die Städte Bochum, Wanne-Eickel, Herne und Wattenscheid in den kommunalen Fragen ihre gemeindliche Selbstverwaltung erhalten, wobei Fragen, die eh interkommunal zu erledigen sind, hätten zentral gesteuert werden können. **Der Rat der Stadt Bochum signalisierte jedoch gegenüber dem Landtag seine Zustimmung, Wattenscheid in die alte Stadt Bochum einzugliedern. Damit war klar, von einem gleichberechtigten Zusammenschluss von Bochum und Wattenscheid durfte keine Rede sein. Wattenscheid musste von einer Eingemeindung, mithin einer klassischen Gebietsverweiterung des „alten“ Bochum, ausgehen.**

Am 18. Juli 1967 hatte der Landtag, quasi in Vorbereitung der Gebietsreform, den § 14 der Gemeindeordnung abgeschafft, der bis dahin das Mitwirkungsrecht der Bevölkerung in Neuordnungsfragen regelte und nunmehr ersetzt wurde durch ein Anhörungsrecht der betroffenen Räte.

Die wichtigste Forderung, die Bürgerschaft an der Entscheidung über eine Gebietsreform zu beteiligen, blieb zum Zeitpunkt der Landtagsentscheidung unerfüllt. In Bayern oder anderen Ländern, z. B. Schweden oder der Schweiz, wäre eine Gebietsreform ohne Mitbestimmung der Bevölkerung schlechterdings nicht möglich.

Am 1. Juli 1970 wurde – insbesondere zur Abwehr der

drohenden Eingemeindung – der Heimatverein Wattenscheid gegründet.

Am 19. Oktober 1972 hatte Wattenscheid in einer von der Bürgerinitiative Selbständiges Wattenscheid („Hände weg von Wattenscheid!“) angeregten Volksabstimmung bei einer Wahlbeteiligung von 93,8 % mit 96,4 % für die Beibehaltung der Selbständigkeit von Wattenscheid gestimmt.

Im ersten Volksbegehren in der Geschichte Nordrhein-Westfalens (13. bis 26. Februar 1974) erreichte die in Wattenscheid gegründete Aktion Bürgerwille (Vorsitzender Klaus Steilmann) in ganz NRW über 720.000 Stimmen. In Wattenscheid entschieden sich 71,3 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger für die Beibehaltung der Selbständigkeit. Ziel der Aktion war neben dem Erhalt der Selbständigkeit die Schaffung eines Kommunalverbandes für das Ruhrgebiet, auf den sonst selbständige Gemeinden die Aufgaben übertragen, die sinnvollerweise überregional gelöst werden müssen.

Am 13. Januar 1976 entschied der Verwaltungsgerichtshof in Münster gegen die Verfassungsbeschwerde Wattenscheids. In Wattenscheid trug man Trauer. Dabei hatte der Gerichtshof „nur“ zu entscheiden, ob der Landtag sich an seine eigenen Auflagen aus den Vorschaltgesetzen gehalten hat. Engagierter Prozessbevollmächtigter war Prof. Heinrich Siedentopf, Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Damit war allen Beteiligten klar: Auf direktem Weg war der Erhalt der kommunalen Selbständigkeit nicht zu erreichen. Es mussten politische Korrekturen gesucht und eine „Rückgemeindung“ erreicht werden.

Die von den Eingemeindungsgegnern vorgetragenen Argumente und Befürchtungen, fanden im April 1979 in einer Studie des Diplom-Sozialwissenschaftlers Franz-Josef Land (lt. Schrift „Vier Jahre nach der Eingemeindung“) ihre Bestätigung. Die positive Entwicklung Wattenscheids wurde der Studie zufolge 1975 gestoppt.

In einigen anderen Städten in NRW waren diese Fehlentwicklungen auch festzustellen. Daher trafen sich im September 1979 Bürgervertreter aus Rheinhausen, Rheydt / Wickradt, Porz, Hohenlimburg, Wattenscheid und Kettwig im Sengelmannshof in Kettwig und gründeten den „**Verband gebietsreformgeschädigter Gemeinden**“.

Am 12. September 1981 beschloss das Bundesverfassungsgericht (2 BvR 337 / 81): Der anhaltende Widerstand der Bevölkerung gegen

den Zwangszusammenschluss einer Gemeinde ist höher zu veranschlagen als der Vertrauensschutz (für die per Gesetz neu geschaffenen Gemeinden). Anhaltend ist der Widerstand, wenn mehr als sechs Jahre die Bevölkerung die neue Gemeinde ablehnt.

Dieser Beschluss unterstützte die Eingemeindungsgegner, ihre Bemühungen fortzusetzen, um doch noch die Selbständigkeit ihrer Städte zu sichern oder erneut zu erreichen. Fortan spielte die sogenannte „Rückgemeindung“ eine große Rolle.

Am 22. Juni 1983 kam es zur Gründung des „Kettwiger Kreises“, verbunden mit einem Aufruf, den eingemeindeten Städten Hohenlimburg, Wattenscheid, Kettwig, Rheydt / Wickradt, Rheinhausen und Porz ihre kommunale Selbständigkeit zurückzugeben.

Die Gründung führte am 12. September 1983 zu einem Schriftwechsel des Heimatvereins mit allen Landtagsparteien. Forderung: Die Rückgemeindung. Die Bezirksvertretung Wattenscheid forderte am 2. Mai 1984 einstimmig die Wiederherstellung der Selbständigkeit. Unter dem Thema „WAT kommt wieder“ diskutiert am 5. März 1985 im Rahmen einer Großveranstaltung des „Kettwiger Kreises“ in der Wattenscheider Stadthalle unter der Leitung von Karl Graf Matuschka (WDR), Dr. Bernhard Worms (CDU), Dr. Achim Rohde (FDP), Landesminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) und MdB Eckard Stratmann (Grüne) über das Thema.

Am 30. April 1985 beauftragte Innenminister Herbert Schnoor (SPD) die Professoren Friedrich Landwehrmann (Uni Mainz) und Joachim Rottmann (Uni Gießen / Richter des Bundesverfassungsgericht a. D.) mit der Prüfung der kommunalen Problemfälle des Kettwiger Kreises. Er löste damit ein Versprechen gegenüber dem Kreis ein. Am 2. Juni 1986 kam es zu einer offiziellen Anhörung der neu belebten Bürgerinitiative „Selbständiges Wattenscheid“ durch die Gutachter. Gesprächsführer für die BI war Alt-OB Herbert Schwirtz. Die BI legte ihrerseits eine umfangliche Ausarbeitung über ihr Anliegen vor. Die Stadt Bochum lehnte eine gemeinsame Anhörung mit der Wattenscheider Bürgerinitiative ab, da diese im Gegensatz zum Bochumer Rat nicht die gewählten Vertreter der Bürgerschaft seien.

Am 26. Oktober 1987 legen die Professoren ihr Gutachten vor. Ergebnis: Die Beschwerdeführer haben Recht. Allerdings angesichts der kurzen Zeit zwischen der

Landtagsentscheidung und dem Gutachten müsse davon ausgegangen werden, dass es für eine Integration der eingemeindeten Städte in die neue größere Stadt noch einige Zeit brauche. Am 7. September 1988 kommt es zur offiziellen Anhörung im Kommunalpolitischen Ausschuss des Landtages über das vorgelegte Gutachten.

Am 29. Februar 1988 spricht sich die Jahreshauptversammlung des Heimatvereins einstimmig für die Rückgemeindung aus.

In einer Befragung des Geographischen Instituts der Ruhr-Universität Bochum über „Städtische Lebensverhältnisse im Spiegel der Bürgermeinung“ im Frühjahr 1989 wird deutlich: Es gibt nach wie vor eine starke Identifikation mit Wattenscheid und die Ablehnung der Eingemeindung.

Am 30. März 1990 erklären die Landtagsspitzenkandidaten Dr. Bernhard Worms (CDU) und Dr. Achim Rohde (FDP) in einem gemeinsamen Brief an den „Kettwiger Kreis“, bei Regierungsübernahme der beiden Parteien die Selbständigkeit Wattenscheids wieder herzustellen. Grund: Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1981 gelte auch für die Städte des Kettwiger Kreises.

Im Frühjahr 1990 sprechen sich die NRW-Grünen für die erneute Selbständigkeit Wattenscheids aus.

Am 20. Februar 1991 lehnt der Beschwerdeausschuss des Bochumer Rates mehrheitlich den Bürgerantrag des Heimat- und Bürgervereins (HBV) nach § 6c Gemeindeordnung ab, zum Thema Eingemeindung eine Bürgerbefragung durchzuführen. Für eine Korrektur der Gebietsreform sei der Landtag zuständig, hieß es.

Am 13. November 1991 lehnt „aus verfassungsrechtlichen Gründen“ der Landtag einen Antrag der Grünen ab, Befragungen in den Städten des Kettwiger Kreises zur Rückgemeindung zu ermöglichen, um ein Meinungsbild zu erhalten.

Am 3. November 1993 teilt Landes-Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) auf Befragen des HBV mit: Es gibt keine Daten über die strukturelle Entwicklung Wattenscheids in Bochum, da es keine „Stadtteil“-Aufschreibung im Land gibt. Damit seien auch keine Aussagen möglich, ob der Zusammenschluss mit Bochum erfolgreich war.

Der Kettwiger Kreis ist nunmehr in der Sache und in der Folge immer mehr der Meinungsführer und Stichwortgeber: Es soll eine Bürgerbefragung erreicht werden.

Am 11. Oktober 1994 spricht sich die Bezirksvertretung einstimmig für eine repräsentative Bürgerbefragung aus (nach dem Muster der Uni-Befragung von 1989). Auch der Rat der Stadt Bochum sagt am 16. Februar 1995 grundsätzlich Ja zur Bürgerbefragung.

Am 21. März 1995 kommt es zum „**Wattenscheider Appell**“. Auf dem Beckmannshof erklären auf Einladung von Vorstandsmitgliedern des HBV Vertreter der Wattenscheider Parteien SPD, CDU, FDP, UWG und Grüne: Wir wollen die Rückgemeindung und werden notfalls selbst eine Bürgerbefragung organisieren, wenn der Rat sein Versprechen vom 16. Februar 1995 nicht einhalten sollte. Beim Festakt „25 Jahre HBV“ am 22. Juni 1995 ist die Forderung nach erneuter Selbständigkeit zentraler Punkt. Am 10. Juli 1995 schreibt der HBV an den Bochumer OB: Bitte Befragung realisieren. Am 10. August 1995 schreibt der Kettwiger Kreis erneut die Landesparteien an. Der Bochumer Oberbürgermeister antwortet am 29. August 1995 auf den HBV-Brief vom 10. Juli: Mittel für die Befragung werden in den städtischen Haushaltsplan eingestellt.

Am 5. September 1995 legen die Vertreter des Kettwiger Kreises ihre „Marschrichtung“ für die Bürgerbefragungen in nunmehr vier Städten (Rheydt / Wickradt, Rheinhausen sind nicht mehr dabei) fest.

Eine lebhafte Debatte der entscheidenden Landtagsparteien setzt ein. So sprechen am 30. November 1995 die Spitzen der Landtagsgrünen (Nacken und Groth) mit dem Kettwiger Kreis und sagen neben einer „Kleinen Anfrage“ weitere Gespräche zu. Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Birgit Fischer, spricht sich am 20. Dezember 1995 gegen eine Rückgemeindung aus. Eine Initiative der SPD werde es auch dann nicht geben, wenn die Befragung positiv ausfallen sollte.

Für die CDU teilt am 17. Januar 1996 MdL Albert Leifert mit, mit dem Kettwiger Kreis nach positivem Ausgang der Befragung zu sprechen.

Ein großer Schritt nach vorn: In der Zeit vom 16. Februar bis 15. März 1996 kommt es zu der offiziellen Befragung in Bochum und Wattenscheid. Thema der Befragung: „Kommunale Neugliederung / Arbeit der Bezirksvertretungen“. Nach dem Zufallsprinzip werden aus dem Melderegister 7.500 Teilnehmer (6.000 in Bochum und 1.500 in Wattenscheid) vom Geographischen Institut der Ruhr-Universität ausgewählt. 87,7% der in Wattenscheid Befragten sprechen sich für eine erneute kommunale Selbständigkeit aus.

Am 29. August 1996 spricht sich die Bezirksvertretung angesichts des Befragungsergebnisses erneut einstimmig für die kommunale Selbständigkeit aus.

Am 6. November 1996 kommt es zur offiziellen Anhörung im Kommunalpolitischen Ausschuss des Landtages. Basis ist der am 21. März 1995 vom „Wattenscheider Appell“ besprochene Antrag an den Landtag, Wattenscheid wieder selbständig zu machen. Der Antrag wurde von Carl-Friedrich Beckmann und Klaus-Peter Hülder am 10. Oktober 1996 gestellt. HBV-Vertreter bei der Anhörung waren Klaus-Peter Hülder (Sprecher), Carl-Friedrich Beckmann (Vorsitzender des HBV und des Kettwiger Kreises) und Rechtsanwalt Sigurd Buckert (Rechtsbeistand). Vertreter der Stadt Bochum: Stadtrat Gerd Kirchhoff.

Der HBV legt umfängliche Stellungnahmen vor, größtenteils ausgehend von den Themen, die der Landtag mit der Gebietsreform-Debatte aufgeworfen hatte. So zur Stadtgeschichte, zur Gemeindedemokratie, zur Verbesserung der Verwaltungseffizienz, zur Frage der Wirtschaftlichkeit größerer politischer Entscheidungsräume, zum konzentrierten Einsatz der finanziellen Mittel, Konzentration der Organisations- und Finanzkraft, zu den Investitionen in Wattenscheid, zu den Rücklagen der Stadt Wattenscheid, zu den Entwicklungszielen in Wattenscheid, zur grundsätzlichen Sicht auf die Eingemeindungen oder auf das Städteverbandsmodell.

Am 26. Februar 1997 kommt es zu einer offiziellen „Bereisung“ Wattenscheids durch den Kommunalpolitischen Ausschuss des Landtags. Über die Zielorte haben sich der HBV und die Stadt Bochum verständigt. Zentraler Punkt für den HBV ist der Niedergang der Wattenscheider Innenstadt. Der Ausschuss wird geführt von Prof. Ahuis (Stadtbourat) und Klaus-Peter Hülder.

Am 2. Oktober 1997 beschließt der Landtag im Zusammenhang mit einem Antrag der CDU, Kettwig aus Essen auszugemeinden und wieder dem Kreis Mettmann zuzuordnen, in der Gebietsreform alles beim Alten zu belassen. Die Debatte berührt natürlich auch die Wattenscheider Forderung.

Am 21. Oktober 1997 bzw. 14. November 1997 beschließen der HBV und der Kettwiger Kreis, den Anspruch auf Rückgemeindung nicht aufzugeben. Der Traum von der kommunalen Selbständigkeit bzw. Rückgemeindung ist 1997 gleichwohl nach 25 Jahren ausgeträumt. Die

damaligen Landtagsparteien waren an einer – wenn auch nur – partiellen Korrektur der Gebietsreformentscheidung nicht interessiert.

Auch in Kettwig und Hohenlimburg fanden Bürgerbefragungen statt, in denen sich jeweils die Mehrheit der Bevölkerung für den Erhalt der kommunalen Selbständigkeit aussprach.

Dank gebührt an dieser Stelle insbesondere einigen verdienstvollen Akteuren des Kettwiger Kreises: Günther Sohn (Kettwig), Hans Löw (Hohenlimburg), Victor Billstein (Porz) und Carl-Friedrich Beckmann (Wattenscheid), der jahrelang den Vorsitz des Kreises innehatte.

Gebietsreformen fanden auch in anderen Bundesländern statt. Dort wurden Entscheidungen oftmals gegen die jeweiligen Oppositionsparteien durchgesetzt. Anders war dies in Nordrhein-Westfalen. Hier wurden die einmütigen Entscheidungen von einem sogenannten „Zehnerclub“, bestehend aus Spitzenvertretern aller Landtagsfraktionen, vorbereitet und organisiert. Beim Ruhrgebietsgesetz gab es in NRW so gut wie keine Opposition. Partielle politische Korrekturen gab es auch nicht. Anders war es z. B. in Bayern, wo Gebietsreformentscheidungen in einer großen Zahl von Fällen zurückgenommen und korrigiert wurden. Oder in Hessen, wo die zunächst zur „Lahnstadt“ zusammengeschlossenen Städte Gießen und Wetzlar wieder getrennt wurden. Trennungen wurden oftmals durch Initiativen der Oppositionsfraktionen nach deren Regierungsübernahme durchgesetzt. Gerichtlich durchgesetzte Korrekturen gab es auch in NRW: So im Falle GLABOTKI, wo die Städteeehe Gladbeck und Bottrop wieder getrennt wurde.

Fazit: Die Eingemeindungsgegner in Wattenscheid hatten sich insbesondere drei Ziele gesetzt:

1. Eine Bürgerbefragung zur kommunalen Neuordnung (wurde erreicht)
2. Eine Überprüfung der Neuordnungsentscheidung durch neutrale Gutachter (wurde erreicht)
3. Eine erneute Diskussion und „2.“ Entscheidung im Landtag (wurde erreicht)

Es bleibt festzuhalten: Ein für die kommunale Demokratie wichtiger Streit wurde viele Jahre selbstbewusst, bürgernah, demokratisch engagiert und mit erstaunlichen Ergebnissen geführt. Ein Streit, der aber auch die Widerständigkeit der Wattenscheider Bürge-

rinnen und Bürger und deren Gemeinschaftsgefühl und Heimatverbundenheit unterstrichen hat. Insoweit war in einem ideellen Sinne der Kampf erfolgreich.

Der Kettwiger Kreis hat durch sein Engagement der Demokratie verdienstvoll gedient. Die Wirkungen dieses Engagements klingen bis heute nach. Ein besonderer Dank gebührt Carl-Friedrich Beckmann, der mit einigen unermüdlichen Wattenscheider Mitstreitern bis zum „Schluss“ an eine Korrektur der für ihn bürgerfernen und sachlich ungerechtfertigten Eingemeindungsentscheidung geglaubt hat.

Der HBV, der von Anfang an die Eingemeindungsabwehr angeführt hat, sucht nach eigenen Angaben heute in der Gesamtstadt Bochum die Einheit in der Vielfalt. Spät – ca. ab dem Jahre 2000 – wurde im Übrigen endlich durch den Bochumer Rat anerkannt, dass es im rechtlichen Sinne eigentlich keine Eingemeindung Wattenscheids nach Bochum gegeben hat, sondern, so auch der Gesetzestext, zwei gleichberechtigte kreisfreie Städte zu einer „neuen Stadt Bochum“ zusammengeschlossen wurden. Bleibt zu hoffen, dass diese besondere Stellung Wattenscheids in der „neuen Stadt Bochum“ erkannt und respektiert wird.

Ein wichtiger Hinweis: Im Laufe der Jahre hat Wattenscheid glücklicherweise mit der Bezirksvertretung eine starke Interessenvertretung bekommen, wenn diese natürlich nicht den Rat einer Stadt ersetzen kann. .

Wattenscheid hat zwar die kommunale Selbständigkeit verloren, aber nicht sein durch viele Jahrhunderte geprägtes „Gesicht“.

Für den Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid gilt indes weiterhin das selbst gewählte Motto: „Unsere Aufgabe: Das alte und das neue Wattenscheid“.

Schließen möchte ich diese Chronik mit einem Zitat aus meiner Rede, die ich am 26. Februar 1997 bei der Begrüßung des Kommunalpolitischen Ausschusses im Bochumer Rathaus gehalten habe:

„Aber, wenn gewissermaßen der Zufall oder der opportunistisch zustande gekommene Zuschnitt einer Gemeinde genügt, dann schaffen wir in einem ideellen Sinne die Gemeinden als Willenserklärung von loyalen Staatsbürgern ab und machen aus ihnen Abteilungen eines Staatsapparates mit Good-will- und Versorgungsfunktionen, die einen Job namens Stadt machen“.

Klaus-Peter Hülder

DER HÖNTROPER KRATER

Am zweiten Tag des neuen Jahres 2000, am frühen Morgen war in Höntrop ein ungewöhnliches Rauschen zu hören und nach kurzer Zeit war ein großes Loch im Erdreich an der Emilstraße entstanden. Dieses Loch vergrößerte sich in wenigen Minuten zu einem riesigen Krater mit einem Durchmesser von 30 und mehr Metern und war auch ebenso tief. Elf große Tannen und eine Garagenwand samt Auto waren darin verschwunden. Die unmittelbar an diesem Krater angrenzenden Wohnhäuser waren akut einsturzgefährdet und mussten unverzüglich von den Bewohnern geräumt werden. Der Fahrbetrieb der in nächster Nähe liegenden S-Bahnlinie 1 der Deutschen Bahn zwischen Essen und Bochum musste eingestellt werden und wurde durch Busse ersetzt. Einen Tag später tat sich noch ein zweiter kleinerer Krater auf.

Kamerateams aus ganz Europa waren angereist, um von diesem ungewöhnlichen Ereignis zu berichten. Die wildesten Schlagzeilen kursierten durch die Presse: „Das Beben von Bochum“ oder „Watten-

scheid am Abgrund“. Unverzüglich begann man, die Krater mit flüssigem Beton zu verfüllen.

Die Krater waren in direkter Nähe des ehemaligen Schachtes IV der Zeche Anna Maria und Steinbank entstanden und diese Schachanlage wurde schon 1904 stillgelegt. Eigentümer der damaligen Zeche war bis 1903 der Bochumer Verein für Gusstahlfabrikation. Der Bochumer Verein verkaufte die Zeche an die Gewerkschaft Mathias Stinnes für 2,88 Millionen Mark und diese Gewerkschaft legte die Zeche 1904 umgehend still.

Der Einsturz des Schachtes IV der Zeche Anna Maria und Steinbank im Jahre 1906.

Nach der Stilllegung der Zechenanlage war man in den folgenden Monate damit beschäftigt, die noch in der Grube befindlichen Maschinen und Geräte zu bergen. Diese Arbeiten wurden durch einen Teileinsturz des Schachtes im April 1906 beendet. Am Weißen Sonntag, nachmittags gegen 18.00 Uhr erfolgte plötzlich der endgültige Einsturz. Zeitzeugen berichteten von einem lauten Krachen und dort, wo einst das markante Schachtgebäude gestanden hatte, war eine ungeheure Staubwolke zu sehen. Das Schachtgebäude war in



FRIEDHOFSGÄRTNEREI **Blumen Eggemann**

Inhaberin: Michaela Speckenbach

FLORISTIK • GRABPFLEGE • GRABGESTALTUNG

Im Zugfeld 68
44793 Bochum
Fon 02 34 / 5 25 33
Fax 02 34 / 57 84 85
www.blumen-eggemann.de

Westenfelder Str. 59
44866 Bochum
Fon 0 23 27 / 91 91 44
Fax 0 23 27 / 91 91 45
info@blumen-eggemann.de

die Tiefe gestürzt, aber wohl in halber Höhe hängen-geblieben. Dadurch entstand unter den verkanteten Eichenbalken ein großer Hohlraum, der nicht verfüllt werden konnte. Man hatte zwar noch versucht durch Einschlämmen des Schachtes größere Hohlräume zu verhindern, was aber nicht gelungen ist, wie sich erst nach fast 100 Jahren herausstellte.

Ein materieller Schaden ist zunächst nicht entstanden.

Kurz und knapp berichtete die Bochumer Zeitung der „Märkische Sprecher“ über den Einsturz von Schacht IV der Zeche Maria Anna und Steinbank. „Da dieses Ereignis von der Verwaltung der Firma „Mathias Stinnes“ vorausgesehen wurde, hatte man Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Ein materieller Schaden entstand nicht, da die Zeche schon seit einiger Zeit außer Betrieb war und die noch im Schacht befindlichen Maschinenteile nur noch Altmaterialwert hatten.“

Der materielle Schaden entstand erst 94 Jahre später.

Hans Stegemann, ein befreundeter Höntroper Heimatforscher, den ich in den siebziger Jahren bei

einem Sonntagsspaziergang zufällig auf dem Mariannenplatz traf, berichtete damals: „Eigentlich dürften wir hier nicht hergehen, das ist alles durch den Bergbau einsturzgefährdet“. Wie richtig seine Schilderung war, hat er selber leider nicht mehr erlebt.

Die umfangreichen Sanierungsarbeiten in Höntrop haben nach dem entstandenen Tagesbruch fünf Jahre gedauert und es sind laut Zeitungberichten über 6000 Kubikmeter Beton in den Höntroper Untergrund geflossen. In einer Bürgerversammlung am 8. Oktober 2001 in der Realschule Höntrop berichtete der Gutachter Dr. Peter Knoll ausführlicher über die Sünden der Vergangenheit. Diese Sünden waren einigen alten Höntroper Bürgern bekannt, nur nicht den verantwortlichen Behörden. Rudolf Wantoch

Quellen:

WAZ Wattenscheider Zeitung vom 4.1.2000

Fritz Claes „Der Bochumer Verein und Marianne, seine erste Zeche“ 1996

Wattenscheider Zeitung vom 23.4.1906



Am Rande des Höntroper Kraters; Quelle privat

Ein Beitrag der Evangelischen Kirchengemeinde Wattenscheid zum Stadtjubiläum

„DIE FREIHEIT HAT EINEN NAMEN: SIE HEISST VERANTWORTUNG!“

In diesem Jahr feiern wir gleich zwei Jubiläen in Wattenscheid: Vor 600 Jahren bekommt Wattenscheid eingeschränkte Stadtrechte und trägt fortan den Titel „Freiheit“; vor 500 Jahren beginnt an vielen Orten in deutschen Landen die Reformation und erreicht schließlich auch Wattenscheid. Zweifelsohne haben beide Ereignisse die Geschichte Wattenscheids geprägt. Dennoch ist das alles sehr lange her. Aber der Blick zurück kann unsere Sicht auf die Gegenwart schärfen.

Oft wird in diesem Jahr von der „Alten Freiheit Wattenscheid“ gesprochen. Das klingt in meinen Ohren so, als sei von einer liebenswürdigen Dame die Rede, die in die Jahre gekommen ist. Gerne und voller Stolz erinnert man sich an ihre guten Zeiten und beklagt den Verlust der alten Freiheiten. Die Freiheit Wattenscheid ist alt geworden – ganz so wie Mutter Kirche. Was wird nun aus den erwachsenen Kindern und Enkeln dieser beiden betagten Damen? Was haben wir gelernt für unser Leben als erwachsene Bürgerinnen und Bürger, als mündige Christinnen und Christen?

Bürgerliche Emanzipation und kirchliche Reformation in Wattenscheid – beide Ereignisse sind von einem Streben nach Freiheit bestimmt: dem Streben nach wirtschaftlicher und nach religiöser Freiheit innerhalb der Grafschaft Cleve-Mark:

Als den Wattenscheidern am Beginn des 15. Jahrhunderts vom Landesherrn Freiheitsrechte zugestanden wurden, konnten sie etwa einen eigenen Markt abhalten. Die Bürgerinnen und Bürger wurden freier und damit unabhängiger und begannen ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Als einige Wattenscheider sich im 16. Jahrhundert der Reformation anschlossen, trafen sie sich zunächst in Privathäusern, um miteinander bislang Unerhörtes zu tun: selbst die von Luther gerade ins Deutsche übersetzte Bibel zu lesen und die neuen deutschen Lieder zu singen. Der Watten-

scheider Bürgermeister wurde zum ersten Vorsteher der evangelischen Gemeinde. Im Rathaus wurde ein Betsaal eingerichtet und erst viel später wurde nach 77 Jahren Bauzeit ein kleines Kirchlein am Markt eingeweiht: die Alte Kirche.



Alte Kirche; Foto Stadtarchiv

Wenn wir von der „Alten Freiheit Wattenscheid“ sprechen, blicken wir auf diese Geschichte zurück. In den reichen Quellen des Heimat- und Bürgervereins und den Zeugnissen unserer Kirchengemeinden werden viele Anekdoten erzählt:

- von erbittertem Streit zwischen den Konfessionen und von Abgrenzung und Profilierung auf der einen und von ökumenischer Gastfreundschaft bei der Mitnutzung der Kirchen und vom gemeinsamen sozialen Engagement auf der anderen Seite;
- von mutigen Christinnen und Christen der Bekennenden Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus wie den Pastoren Viertmann (Höntrop), Bonne und Heuser (Wattenscheid) und ihren erbitterten deutsch-nationalen Gegnern und ihren Mitläufern;
- von der großen Not im Krieg und der schweren Aufnahme der vielen Vertriebenen aus dem Osten in den Jahren danach;

- vom Ringen um die alte Selbstständigkeit Wattenscheids und schließlich dem verantwortungsvollen Mitgestalten in den demokratischen Parteien und den städtischen Gremien in der neugegliederten Stadt Bochum bis in die Gegenwart;
- vom Bau von Kirchen und Gemeindehäusern in den Stadtteilen in der Nachkriegszeit und dem aktuellen Rückbau und der Neubesinnung in den Kirchengemeinden;
- vom unermüdlichen Engagement eines Hannes Bienert und von den vielen Menschen, die sich gegenwärtig für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten einsetzen, und von der offenen und unterschweligen Sorge, wie die Integration gelingen wird, aber leider auch von offener Ablehnung und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus;
- von der Not etwa von Alleinerziehenden und den von Armut bedrohten Kindern und Familien und von den kleinen, privaten Initiativen und dem verlässlichen Engagement von



Pastor Viertmann; Foto privat

Vereinen und Kirchengemeinden, von Caritas und Diakonie für wohnungslose Menschen, für Kinder und Jugendliche, für Senioren, für Menschen mit Behinderungen und für sterbende und trauernde Menschen durch den Hospizverein und das Palliativnetz.



Familiärisch / Günnigfeld; Foto privat

Diese kleine, unvollständige Auswahl von Erfahrungen, die Menschen in der Geschichte Wattenscheids gemacht haben und heute machen, erzählt vom Streben nach Freiheit, aber auch von der Weigerung, allen Menschen die gleichen Rechte zuzugestehen. Wir hören von verantwortlichem Engagement, aber auch von Abgrenzung und Stillstand. Wenn wir vor diesem Hintergrund heute von der „Alten Freiheit Wattenscheid“ sprechen, bekommt unser Reden und Handeln eine hilfreiche, konkrete Orientierung.

Freiheit ist nach christlichem Verständnis nie nur die Freiheit einer kleinen privilegierten Gruppe. Freiheit ist ohne Gerechtigkeit und Verantwortung für die ärmeren, schwächeren und fremden Nachbarn nicht zu haben. Freiheit meint nie bloße Unabhängigkeit und die Überwindung von Regeln. Freiheit in seiner menschenfreundlichen Bedeutung bemisst sich nicht in der Freiheit der Märkte, ja, verkaufsoffene Sonntage widersprechen dem Recht aller auf einen gemeinsamen freien Tag. „Freiheit heißt nicht nur frei sein von etwas, sondern auch frei sein zu etwas.“ Das betont der frühere Bundespräsident und ehemalige DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck in seinen Reden immer wieder. „Freiheit hat einen Namen“, sagt Gauck, „sie heißt Verantwortung.“

Uwe Gerstenkorn, Pfarrer in Höntrop

Ein Beitrag des Festausschusses Wattenscheider Karneval

66 JAHRE FESTAUSSCHUSS WATTENSCHIEDER KARNEVAL

Eine Karnevalshochburg ist dort, wo die Narren die Herzen die Menschen erreichen. Wenn man diesen Anspruch ernst nimmt, dann darf man mit Recht sagen, Wattenscheid ist eine Hochburg im Karneval.

Mit viel Herzblut engagieren sich seit vielen Jahren alle Wattenscheider Narren dafür, den Menschen in unserer Heimatstadt und darüber hinaus Spaß und Freude zu bereiten. In jeder Gemeinschaft des FWK wird über das ganze Jahr gearbeitet und geprobt, um in diesen närrischen Wochen gute Stimmung zu verbreiten. Heute setzt sich der Festausschuss Wattenscheider Karneval e. V. aus neun Karnevalsvereinen und zwei Brauchtumsvereinen zusammen. Elf Gemeinschaften, die sich auf die Fahne und in ihre Satzung geschrieben haben, das Brauchtum Karneval in Wattenscheid zu pflegen, zu fördern und zu erhalten.

Bereits seit der Jahrhundertwende ins 20. Jahrhundert hat man in den einzelnen Ortsteilen Günnigfeld, Eppendorf, Höntrop, Sevinghausen Karneval gefeiert und das Brauchtum des Gänserreitens durchgeführt. Jeder für sich und seinem Ortsteil.

Die Rosenmontags Umzüge der Gänserreiter im Süden gab es bereits um die Jahrhundertwende. Der erste Karnevalsumzug in Günnigfeld startete im Jahr 1938. Die Mitglieder der Laienspielschar Wattenscheid, die bereits 1920 aktiv auf der Bühne waren und aus denen sich im Jahre 1932 die heutige GÜ Ka Ge gegründet hat, veranstalteten den ersten Umzug. Die Altvorderen, die die GÜ Ka Ge hier namentlich erwähnt, Anton Rausch sen. und Fritz (Ömmes Blanke), waren es, die im Jahr 1950 nach intensiven Verhandlungen mit der Militärregierung den Weg bereiteten, um den ersten großen Umzug durch die Straßen von Wattenscheid zu veranstalten. Hier muss der damalige Stadtkommandant John Craddock Erwähnung finden. In ihm fanden die Karnevalisten einen Menschen, der erkannt hatte, dass die deutsche Bevölkerung nach den schweren, langen Entbehrungen und tiefen Wunden der Kriegsjahre,



sich endlich wieder danach sehnte, unbeschwert feiern zu können. Die gemeinsame Feier war und ist bis heute ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen und dies gilt im Besonderen auch für Wattenscheid.

Der Weg wurde bereitet, um eine bis heute andauernde Tradition zu pflegen.

Da gemeinsame Planungen bekanntlich besser sind, als allein etwas auf die Beine zu stellen, gründete man den ersten Bürgerausschuss, den Vorläufer des heutigen Festausschusses Wattenscheider Karneval e. V. Diesem Bürgerausschuss gehörten an, Dr. Heinemann, der damalige Amtsleiter des Verkehrsvereins, er wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Anton Rausch sen. von der GÜ Ka Ge. Die Geschäftsstelle wurde im Verkehrsverein eingerichtet. Weitere Mitglieder des Ausschusses waren über Jahre Heinz Mesenhol zunächst als Geschäftsführer, später als stellvertretender Vorsitzender. Zum Bürgerausschuss gehörten aber nicht nur Karnevalisten. Auch Verantwortliche aus der Verwaltung der Stadt Wattenscheid waren immer im Ausschuss aktiv eingebunden.

In den folgenden Jahren konnten die Aktiven im Bürgerausschuss immer mehr Menschen zur Mitarbeit bewegen. Ein Punkt, der heute mindestens genauso aktuell ist wie damals, war die Aufgabe, die Planung, die Steuerung und Finanzierung des Umzuges zu gewährleisten. Mit der Eingemeindung nach Bochum durch das Gemeinde-Neuordnungsgesetz im Jahre 1975 wurden Ängste geweckt, dass nun auch der Wattenscheider Karneval am Ende sei.

Der Karnevalsumzug, der alle zwei Jahre am Karnevalssonntag durch die Innenstadt zieht, bedeutet für die Stadt Wattenscheid eine große Werbeaktivität. Die Arbeit des Festausschusses wurde seitens des

Rates und der Verwaltung der Stadt sehr unterstützt. Seit Bestehen des Karnevalsuges haben Vertreter der Stadt aktiv im Festausschuss mitgewirkt. So war der amtierende Oberbürgermeister zugleich Protektor des Wattenscheider Karnevals.

Vor der Eingemeindung war dies Exoberbürgermeister Herbert Schwirtz. In einem gemeinsamen Gespräch zwischen Herbert Schwirtz, dem FWK und dem amtierenden Prinzen Hans Jörg Saedler wurde vereinbart, dem amtierenden Oberbürgermeister der neuen Stadt Bochum, Herrn Heinz Eickelbeck, das Protektorat anzubieten. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig darüber, dass ohne die Mitwirkung des Rates und der Verwaltung der Stadt Bochum der Karnevalszug in Frage gestellt sei. An dieser Stelle sei unserem Karnevalsfreund Herbert Schwirtz bis heute gedankt. Er hatte damals die Gespräche zwischen OB Eickelbeck und dem FWK vermittelt. Ohne Zögern war Herr Oberbürgermeister Eickelbeck einverstanden, das Protektorat des Wattenscheider Karnevals zu übernehmen. Unserem früheren Protektor Herbert Schwirtz wurde für seinen Einsatz und die Verdienste um den Wattenscheider Karneval die Ehrenmitgliedschaft des FWK angetragen. Herr Oberbürgermeister Eickelbeck versicherte den Wattenscheider Karnevalisten in die Hand, dass der Wattenscheider Umzug, der mittlerweile zur Tradition geworden ist, aus Wattenscheid nicht wegzudenken ist und für die Zukunft auch erhalten bleibt. Dieses gegebene Wort haben alle bisherigen Oberbürgermeister / Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum gehalten und auch unser neuer Oberbürgermeister Herr Thomas Eiskirch hat durch seine Bereitschaft, Konsul des Wattenscheider Karnevals zu werden, klar signalisiert, dass er dieses einmal gegebene Wort seines Vorgängers im Amt weiter führen will. Unser herzlichster Dank dafür.

Die Wattenscheider Karnevalisten haben bis heute dafür gesorgt, dass Wattenscheid als Karnevalshochburg über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist. Heute herrscht ein freundschaftliches Verhältnis mit den Vereinen des Festausschuss Bochumer Karneval. Letztlich wollen wir alle den Menschen in unserer Heimatstadt Frohsinn und Freude bereiten.

Leider musste in den vergangenen Jahren von Seiten der Verwaltung der Gürtel immer enger ge-

schnallt werden. Das gilt natürlich auch für den Kulturbereich, also auch für unseren Wattenscheider Karneval. Gott sei Dank konnte mit dem USB, der selbstständig wurde, eine gute Regelung bezüglich der Reinigungskosten getroffen werden. Ohne diese Unterstützung wäre der Umzug nicht mehr zu finanzieren. Der Festausschuss ist heute mehr denn je um Spenden bemüht. Die Durchführung des närrischen Brauchtums wäre ohne die Unterstützung der Kaufleute, Organisatoren und Privatpersonen undenkbar. Mit der Eintragung des FWK als gemeinnützig anerkannter Verein wurde die Möglichkeit geschaffen, nun auch für Geldspenden eine Spendenquittung auszustellen. Ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

Ein großes Dankeschön geht an dieser Stelle auch an unsere Bezirksverwaltungsstelle Wattenscheid. Hier finden die Verantwortlichen des FWK noch immer jederzeit ein offenes Ohr für die kleinen und größeren Probleme. Viele Mitglieder der Bezirksvertretung sind fördernde Mitglieder des FWK. Auch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Bochum, ob Ordnungsamt oder Straßenverkehrsamt sind stets bemüht, den Wattenscheider Karneval zu unterstützen.

Bevor ich zum Ende meines Beitrages komme, möchte ich nicht unerwähnt lassen, mit wie viel persönlichem Engagement unser Vorstand des FWK hier im Besonderen unser jetziger Präsident und die Geschäftsführerin es in den letzten 15 Jahren verstanden haben, das Narrenschiff des Wattenscheider Karnevals durch manche Untiefe zu manövrieren. Jeder Einzelne hat sich bemüht, das karnevalistische Brauchtum in Wattenscheid zu erhalten, den Zusammenhalt im Festausschuss zu festigen und den Wattenscheider Karneval nach vorn zu bringen. Nur mit ehrenamtlichem Engagement kann und wird unser Wattenscheider Karneval Bestand haben. Deshalb liegt es an uns allen, unseren Wattenscheider Karneval zu pflegen und hochzuhalten.

Das Stadtprinzenpaar, seine Tollität Prinz Joachim I. (Ridder) und ihre Lieblichkeit Prinzessin Silvia I., führt die Narren in zwei Sessionen mit Tradition und Herzlichkeit.

„Ein dreifaches Wattsche helau!“

M. Ridder



GROHE
SPA

*Klaus & Martin
Heinrich*
Inh. Martin Heinrich e.K.

Sanitär - Heizung - Kundendienst - Installation

Telefon (02327) 2 33 55 Bochum - Wattenscheid
www.heinrich-shk.de

Autohaus Steiner



**Ihr Auto wird begeistert sein
... (und Sie auch)**

Lohackerstr. 11 • Bo.-Wattenscheid • Tel. (0 23 27) 3948

Ein Beitrag der Höntroper Gänseleiter

DAS HÖNTROPER GÄNSEREITEN (Gutachten)

Münster i. W., den 6. Februar 1925
Sitten und Gebräuche aus deutscher Vergangenheit sind fast niemals in Urkunden oder anderen Archivalien festgelegt worden. Daher finden sich keine archivalischen Quellen über den Charakter des „Höntroper Gänsereitens“. Als sicherer Ersatz müssen aber die mündlichen Überlieferungen angesprochen werden, die sich unter peinlich genauer Wahrheitsliebe von Mund zu Mund früherer Generationen fortgepflanzt haben und ebensolche Beachtung verdienen das ungeschriebene Gewohnheitsrecht auf dem platten Lande.

Als in zahlreichen Fällen erprobte Zeugen alter Gebräuche in Stadt und Kirchspiel Wattenscheid hat mir die i. J. 1905 einundneunzigjährig verstorbene Frau Sophie Blome geb. Lürenbaum zu Wattenscheid und der von etwa 1860 bis 1888 dort tätig gewesene Geschichtsprofessor Rektor Schwarz († als Pfarrer von Rüthen 1917) wiederholt berichtet, das Gänsereiten sei ein uralter Brauch, den außer Höntrop die Bauernschaften Günnigfeld und Ückendorf getreu sich erhalten hätten; „seit unvordenklichen Zeiten“ erzähle man sich, dass diese Wattenscheider Kirchspielleute das Gänsereiten von spanischen Kriegssoldaten übernommen hätten, die während des holländisch-spanischen Erbfolgekrieges in den Jahren 1598 und 1599, sowie im dreißigjährigen Kriege im Wattenscheider Kirchspiele lagen und zur Kurzweil ihre heimischen Reiterspiele geübt hätten. Für die Richtigkeit dieser Tradition sprechen, abgesehen von der grundsätzlichen Zuverlässigkeit historischer Überlieferungen innerhalb unveränderter ländlicher Umgebung, die Tatsache, daß in Spanien das Reiten nach der lebenden Gans ebenso wie der Kampf zwischen Reiter und Stier uralte Nationalgebräuche sind und die Tatsache, daß sich im Wattenscheider Bezirk die Überlieferung erhalten hat, das Höntroper Gänsereiten sei eine humane Abänderung des dort seiner Zeit von den spanischen Soldaten vorgeführten Reiterspiels



mit einer lebenden Gans. Günnigfeld und Ückendorf scheinen schon seit mindestens 100 Jahren die alte Sitte nicht mehr ausgeführt zu haben, weil der oben genannte Trägerin der Traditionen dortige Spiele nicht mehr bekannt geworden sind. Von anderswo, mir entfallener Seite ist mir vor etwa 20 Jahren erzählt worden, die Höntroper Gänseleiter hätten ihr Spiel mit einem „Ritt im Gänsemarsch“ um das Wattenscheider Rathaus eingeleitet. – So wenig wie im spanischen Mutterland Stierkampf, Gänsereiten und Hahnenkämpfe zu karnevalistischen Veranstaltungen gerechnet werden – der Karneval hat dort eine wesentlich größere Bedeutung im öffentlichen und bürgerlichen Leben als hier zu Lande – so wenig dürften die Gänsereiterspiele nach spanischer Art in dem nachfolgenden Volk – in diesem Fall in Höntrop – als „Karneval“ angesprochen werden. Auch aus folgenden grundsätzlichen Erwägungen: Karneval ist ursprünglich und im engeren Sinne nach heute eine Mummerei, eine Maskerade, ein Larvenspiel; ausschlaggebend ist außer der Masken zum Verdecken des Gesichts ein „Kostüm“. Stets hat die Maske den Gänsereitern gefehlt, stets haben sie kein „Kostüm“, sondern lediglich das Thronkleid der Vorfahren, den ehrlichen Bauernkittel getragen, nicht als karnevalistisches absonderliches Massenkleid, sondern nur um der Väter unveränderte Sitte in der Väter Gewand zu ehren und zu überliefern.

Das gerade zu Fastnacht das Gänsereiten üblich ist, mag damit zusammen hängen, daß die Gans zwischen Weihnachten und Aschermittwoch am fettesten ist und während dem Fasten im katholischen Höntrop ausscheiden musste.

Dr. Eduard Schulte

Ein Beitrag der SG 09 Wattenscheid

DIE SG 09 WATTENSCHIED – seit über 100 Jahren fester Bestandteil Wattenscheids 600 Jahre Wattenscheid – 600 Jahre Geschichte und Geschichtchen

Seit über 100 Jahren haben der Fußball und die SG 09 Wattenscheid einen Teil dieser Geschichten und Geschichtchen mitgeschrieben, denn die Geschichte des Fußballs in Wattenscheid begann bereits um 1907, als innerhalb Wattenscheids zwei Ballspielvereine existierten, die später fusionierten.

Im August 1909 wurde mit dem Ballspiel-Verein Wattenscheid einer der Vorgänger der heutigen SG 09 Wattenscheid gegründet, der in den folgenden Jahrzehnten einige Wandlungen durchlief: So ging man 1919 die „Ehe“ mit dem TV 01 Wattenscheid zum „Turn und Ballspielverein“ (TuBV) Wattenscheid 01 ein, die bereits im Jahr 1923 wieder geschieden wurde. Im März 1934 fusionierte der BV 09 Wattenscheid auf Druck der Nationalsozialisten mit der SG 1930 Wattenscheid zur SG Wattenscheid 09 / 30, die nach nur einer Spielzeit in die zweitklassige Bezirksklasse aufstieg, und deren angestrebtes Ziel der Aufstieg in die damals höchste Spielklasse – die Gauliga Westfalen – war. Dieses Ziel wurde in den folgenden Jahren leider mehrfach verfehlt.

Erst 1944 gelangte die SG aufgrund einer vom Kriegsgeschehen erzwungenen Teilung der Gauliga Westfalen an das ersehnte Ziel – was aber wegen der Endphase des Zweiten Weltkrieges ein kurzes Vergnügen war. Der Spielbetrieb der Gauliga musste bereits nach nur zwei Meisterschaftsspielen eingestellt werden.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde aus der SG 09 / 30 Wattenscheid die heutige SG 09 Wattenscheid, die zunächst der Landesliga Westfalen zugeteilt wurde – aus der sie aber bis in die Drittklassigkeit abstieg. 1948 gelang die Rückkehr in die nunmehr zweitklassige Landesliga Westfalen, 1949 qualifizierte sich der Verein für die neu geschaffene 2. Division West.

Viel Aufmerksamkeit erhielt der Verein in der Spielzeit 1952 / 53 im Westdeutschen Pokal: In der

zweiten Runde schaltete man den großen Nachbarn Schalke 04 aus, in der 3. Runde mit Preußen Münster einen weiteren Erstligisten. Erst im Viertelfinale scheiterte der Verein am VfB Bottrop.

1954 war ein wirklich gutes Jahr für die 09er, die an die Tür zur Oberliga anknöpften. Durch die 1:2 Niederlage vor 18.000 Zuschauern gegen Westfalia Herne am letzten Spieltag der Saison verpasste die Mannschaft den Aufstieg als Tabellendritter.

In den folgenden Jahren versank die Mannschaft im Mittelmaß der 2. Division West und musste in der Saison 1957 / 58 den bitteren Gang in die drittklassige Verbandsliga Westfalen 2 antreten. In der Saison 1964 / 65 waren die Schwarz-Weißen als 14. sportlich wiederum abgestiegen. Aber eine eigentlich unglaubliche Geschichte sicherte den 09ern den Klassenerhalt:



Rahn und Steilmann; Foto Alfred Winter

1. Durch den Lizenzzug von Hertha BSC Berlin verblieb der FC Schalke 04 in der Bundesliga
2. Dadurch verblieb der STV Horst-Emscher in der Regionalliga West
3. Dem VfL Bochum gelang durch Münzwurfentscheid gegen die SpVgg Erkenschwick der Aufstieg in die Regionalliga West
4. Die 09er gewannen das Entscheidungsspiel gegen die SpVgg Beckum und verblieben so in der Verbandsliga Westfalen 2

Während der Zeit in der Verbandsliga West 2 beginnt Klaus Steilmann sich zu engagieren: Der aus Neustrelitz stammende Kaufmann gründete Ende der 1950er Jahre seine Bekleidungsfirma in Wattenscheid, sein Mitarbeiter Arkadius Peter brachte den „Boss“ mit zum Fußballverein – der Rest ist eine dieser Wattenscheider Geschichten:

Klaus Steilmann wurde Sponsor und Mäzen des Fußballs und Sports in Wattenscheid. Seinem Engagement ist der erfolgreiche Weg zu verdanken, auf den der Verein ab der Saison 1968 / 69 einbiegen konnte und der ihn recht schnell in die zweitklassige Regionalliga West führte. Der Club etablierte sich dort; doch hieß das mittelfristige Ziel: Aufstieg in die Bundesliga.

In der Saison 1973 / 74 spielte die SG 09 unter Trainer Karl-Heinz („Kalli“) Feldkamp mit so unvergessenen Spielern wie Jürgen Jendrossek, Ewald Hammes, Hannes Bongartz oder Manfred Behrendt groß auf – im Pokal und in der Liga.

Im DFB-Pokal schrieben die Wattenscheider Geschichte und konnten – erneut – dem großen Nachbarn Schalke 04 ein Bein stellen und diesen im eigenen Stadion aus dem Wettbewerb befördern. Auch die Hertha aus Berlin zog gegen eine spielfreudige Wattenscheider Mannschaft den Kürzeren. Erst im Viertelfinale war für die 09er im Pokal Schluss, als man nach großem Kampf dem Hamburger SV im überfüllten Lohrheidestadion in der Verlängerung mit 0:1 unterlag.

Auch das große Ziel Bundesliga war in dieser Saison zum Greifen nahe: Die 09er wurden mit 102:39 Toren und 55:13 Punkten letzter Meister der alten Regionalliga West und nahmen an der Aufstiegsrunde zur Fußball Bundesliga teil. Dort traf man auf den 1. FC Nürnberg, den 1. FC Saarbrücken, Wacker 04 Berlin und Eintracht Braunschweig. Zur großen Enttäuschung aller reichte es am Ende bei 8:8 Punkten nur zu einem undankbaren dritter Platz hinter Eintracht Braunschweig und dem 1. FC Nürnberg. Der mögliche Aufstieg war damit verpasst – und Wattenscheid spielte in der Saison 1974 / 75 in der neugegründeten zweiten



Meister der Regionalliga West 1974; Foto Alfred Winter

Bundesliga Nord. In die neue Spielzeit starteten die 09er mit der Neuverpflichtung des argentinischen Nationalspielers Carlos Babington zwar als Topfavorit, aber die Favoritenrolle war zu groß für die Mannschaft. Sie versackte sowohl in dieser Saison als auch in den folgenden Jahren im Mittelmaß der 2. Bundesliga.

In der Saison 1981 / 82 war die erste Mannschaft als Tabellen 17. wiederum sportlich abgestiegen und konnte nur durch den Lizenzzug des TSV 1860 München die Klasse halten.

Erfolgreich dagegen waren die B-Junioren; sie gewannen in der gleichen Spielzeit mit der deutschen B-Juniorenmeisterschaft 1982 den größten Erfolg für die Jugendabteilung und für den gesamten Verein. Im Endspiel siegten die B-Junioren vor über 6.000 Zuschauern im Lohrheidestadion mit 3:1 gegen Eintracht Frankfurt – auch eine dieser Wattenscheider Geschichten.

Erst Ende der 1980er Jahre kehrte die SG 09 Wattenscheid unter Trainer Gerd Roggensack in die Spitzengruppe der zweiten Bundesliga zurück – leider verpasste die Mannschaft in der Saison 1987 / 88 den dritten Platz, der zur Teilnahme an der Relegation berechtigt hätte, knapp aufgrund der schlechteren Tordifferenz. Aber in der Saison

1989 / 90 schrieben die Schwarz-Weißen wieder eine dieser Wattenscheider Geschichten... genau genommen sogar deren zwei.

Die erste ist, dass Klaus Steilmann – immer noch der Macher hinter der SG 09 Wattenscheid – nach dem Weggang von Gerd Roggensack zum Beginn der Saison seinen Lieblingsspieler und „verlorenen Sohn“ Hannes Bongartz als Trainer zurück an die Lohrheide geholt hatte. Bereits in seiner ersten Saison als Trainer der 09er schaffte Bongartz das, was ihm als Spieler nicht vergönnt war: Den Aufstieg in die erste Bundesliga. Die Grundlage dafür war der spielstarke Kader, den sein Vorgänger Roggensack aufgebaut und den Bongartz sinnvoll ergänzt hatte. Am Ende der Saison war man hinter der Hertha aus Berlin Tabellenzweiter und Klaus Steilmann war nach einem langen Weg als Sponsor, Mäzen, Präsident, Offizieller und Gönner des Vereins am Ziel seiner (fußballerischen) Träume angekommen: Sein Verein war erstklassig.

Die zweite Geschichte aus dieser Spielzeit dreht sich um das Spiel gegen die Hertha am 11. November 1989 in Berlin und ist eine dieser Wattenscheider Geschichten für die Ewigkeit:

Am 9. November 1989 fiel die Mauer, die Deutschland und Berlin 28 Jahre getrennt hatte. Nur zwei



Begeisterte Fans vor dem Wattenscheider Rathaus; Foto Alfred Winter

Tage später kam es zum erwähnten Duell zwischen Hertha BSC und der SG 09 Wattenscheid, das erste große Wiedersehen von West- und Ostberliner Hertha-Fans nach Jahren der deutschen Teilung. Mehr als 60.000 Zuschauer (offiziell waren es zwar nur 44.174 zahlende Zuschauer – aber der Verein hatte einige tausend Freikarten verteilt und zusätzlich erhielt jeder DDR-Bürger, der seinen Ausweis vorlegte, freien Eintritt) erlebten dieses Stück deutscher (Fußball)-Geschichte im altherwürdigen Berliner Olympiastadion. Das Ergebnis war ein schiedlich-friedliches 1:1 – das Spiel an sich ein Eintrag in die Geschichtsbücher und ein denkwürdiger Meilenstein der deutschen Wiedervereinigung.

Vier Jahre spielten die 09 er nach dem Aufstieg im Konzert der Großen mit – vier Jahre, in denen Geschichten und Geschichtchen geschrieben und erzählt wurden: Von Siegen gegen die übermächtigen Bayern. Vom Abstieg und der Zweitklassigkeit der großen Nachbarn Bochum und Schalke – während 09 in der erste Liga spielte. Von überraschenden und überragenden Auswärtssiegen bei „großen“ Gegnern, z. B. in Stuttgart oder Karlsruhe. Vom „Last-Minute“ Klassenerhalt gegen Borussia Mönchengladbach. Und von Britta Steilmann als erster weiblicher Managerin eines deutschen Fußball Bundesligisten.

Als die Mannschaft am Ende der Saison 1993 / 94 in die zweite Bundesliga absteigen musste, konnte nur der direkte Wiederaufstieg unter Trainer Hans-Peter Briegel das erklärte Ziel sein. Aber erstens kommt es anders und zweitens als man denkt: Statt glorreich in die erste Liga zurückzukehren versank das Team bereits im ersten Jahr in die Bedeutungslosigkeit der zweiten Bundesliga, die sich in den vier Jahren Abwesenheit der 09er mehr verändert hatte, als es die damaligen Verantwortlichen erwartet hatten. Danach begann eine im deutschen Fußball wohl beispiellose Abwärts-spirale mit insgesamt sieben sportlichen Abstiegen in nur 18 Jahren. Der Tiefpunkt war 2010 mit dem Abstieg in die sechstklassige Westfalenliga erreicht. Auch mit diesem Niedergang schrieb die SG 09 Wattenscheid wieder einmal ein Stück Wattenscheider Geschichte – wenn auch ein wenig

ruhmreiches Kapitel. Zum sportlichen Misserfolg kamen die finanziellen Probleme: Mit dem Rückzug von Klaus Steilmann als Sponsor, Mäzen, Gönner und Funktionär waren ab Mitte der 2000er Jahre die Kassen regelmäßig leer, und die Suche nach neuen Sponsoren gestaltete sich schwierig. Zu sehr war die SG 09 in der öffentlichen Wahrnehmung mit Klaus Steilmann verknüpft, zu groß war die Konkurrenz im direkten Umfeld (RW Essen, MSV Duisburg, VfL Bochum, FC Schalke 04, Borussia Dortmund), als dass potentielle Geldgeber sich für ein Engagement bei der SG Wattenscheid begeistern konnten – umso schwerer wog der anhaltende sportliche Misserfolg.

Folgerichtig stand die SG 09 im Jahr 2007 vor der Insolvenz. Nur der persönliche (finanzielle) Einsatz der damaligen Vorstände und Aufsichtsräte Wilhelm und Stefan Beermann, Rüdiger Knaup und Peter Oelmann konnte dies verhindern.

Mit Klaus Steilmanns Tod am 14. November 2009 endete ein großes Kapitel Wattenscheider Geschichte – der Boss hatte den Platz für immer verlassen und die Zukunft seiner alten schwarz-weißen Liebe war nach dem sportlichen Abstieg ungewisser denn je.

Der bereits erwähnte Abstieg in die Westfalenliga 2010 brachte aber auch etwas Gutes mit sich: Die, die den 09ern trotz des anhaltenden Misserfolges die Treue hielten, entwickelten ein neues „WIR“-Gefühl. Unter Trainer André Pawlak, dem sportlichen Leiter Marco Ostermann und den Vorständen und Aufsichtsräten Christoph Jacob, Frank Kolberg, Melchiorre „Mano“ Oliveri und Thorsten Heckendorf entwickelte sich eine neue, junge Mannschaft, die in den Niederungen der Sechstklassigkeit mit erfrischendem Fußball begeisterte und Massen bewegen konnte. Teilweise tingelten mehr als 500 Fans zu den Auswärtsspielen „ihrer“ 09er über die „Bolzplätze“ Westfalens.

Und die Schwarz-Weißen schrieben endlich wieder erfreuliche Kapitel Wattenscheider Geschichte: Mit dem Gewinn der Meisterschaft in der Westfalenliga bestand 2012 die einmalige Chance, durch eine Relegation gegen Bergisch-Gladbach 09 eine Liga (Oberliga) zu überspringen und sich direkt für die neue Regionalliga West zu qualifizie-

ren. Nach großem Kampf unterlagen die 09er in Bergisch-Gladbach mit 0:2, wobei es ein gefühltes Heimspiel im Bergischen war. Zum Rückspiel pilgerten über 4.500 Zuschauer in die Lohrheide – und zur Halbzeit waren die Wattenscheider bei einer 3:0 Führung tatsächlich Regionalligist. Am Ende reichte es nicht ganz – der 3:2-Sieg machte den Weg frei für Bergisch-Gladbach, die SG 09 stieg als Zweiter der Oberliga Westfalen ein Jahr später in die Regionalliga auf.

Doch es blieb turbulent: Der Vorsitzende Christoph Jacob zog sich den Volkszorn zu, als er die Verträge mit Trainer André Pawlak und beliebten Spielern, die gemeinsam den Weg aus der 6. bis in die vierte Liga gegangen waren, nicht verlängerte und diese durch den umstrittenen Trainer Christoph Klöpffer und Spieler ersetzte, die bei angeblich besserer fußballerischer Ausbildung für geringe Gehälter antraten. Als der sportliche Erfolg ausblieb, sorgte dies für reichlich Unmut in Reihen der Fans. Eine 2014 angedachten Kooperation mit Galatasaray Istanbul – die auch bereits vertraglich fixiert war – entpuppte sich nach einem Führungswechsel am Bosphorus ebenfalls als nicht zukunftsfähig und wurde 2016 wieder – ohne finanzielle Nachteile für Wattenscheid 09 – beendet.

Sportlich hat der Verein sich unter Trainer Farat Toku nach dem Aufstieg 2013 in der Regionalliga West stabilisiert. Ein echtes Highlight der jüngeren Geschichte war der erstmalige Gewinn des Westfalenpokals am Ende der Saison 2015 / 16, der gleichbedeutend war mit der Qualifikation zum DFB-Pokal. Der zugeloste Gegner 1. FC Heidenheim war aus Sicht der Verantwortlichen unglücklich. Die Heidenheimer als spielstarker Gegner hatten aber nicht die Zugkraft anderer möglicher Gegner. So schieden die 09er nach elf Jahren Pokalabstinenz nach großem Kampf etwas unglücklich mit 1:2 in der ersten Hauptrunde des DFB-Pokals aus – ohne den großen Zahltag durch einen namhaften Gegner.

Finanziell – und auch das muss gesagt werden – bleibt es jedoch schwierig: Der Regionalligaetat der SG 09 bewegt sich durch großes persönliches Engagement der aktuell handelnden Vorstän-

de und Aufsichtsräte wie Gabi und Franco Vit, Reinhard Mokanski, Ewald Fischer oder Dennis von Schamann zwar im Mittelfeld der Liga, am absoluten Limit und ohne finanzielle Reserven. Trotzdem blicken über 1000 Mitglieder der SG 09 Wattenscheid positiv in die Zukunft. Dazu trägt wesentlich die Jugendabteilung mit über 200 aktiven Kindern und Jugendlichen unter dem neuen Jugendvorstand Dirk Rohrbach bei. Und das zu Recht, denn die Jugendabteilung ist mit über 20 Titeln auf Bundes- und Verbandsebene das Herzstück des Vereins und ein wichtiger Teil seiner Geschichte. Einige namhafte Fußballer haben ihren Weg in der Jugendabteilung der SG 09 begonnen: Michael Skibbe, Dirk Kontny, Hamit und Halil Altintop, Yildiray Bastürk, Leroy Sané, Michael Lasogga, Kerem Demirbay oder Felix Bastians – um nur einige zu nennen.

Zusätzlich begann in der Jugendabteilung – besser gesagt am Jugendheim an der Berliner Straße – die Aufarbeitung eines unrühmlichen Teils der schwarz-weißen Geschichte. Paul Cohn, jüdisches Gründungsmitglied des Vereins, wurde von den Nationalsozialisten aus „seinem“ Club vertrieben. Eine Aufarbeitung dieser Ereignisse fand von Seiten des Vereins nie statt. Der DFB hingegen ehrte seine jüdischen Fußballer mit einer Gedenkschrift. Unter ihnen war auch der Wattenscheider Paul Cohn. Die Mitgliederversammlung der SG 09 setzte ein starkes Zeichen und nahm fast einstimmig einen Antrag an, der das Jugendheim an der Berliner Straße Paul Cohn widmete.

Auch Frauenfußball war zwischen 1973 und 2010 ein Bestandteil der Vereinsgeschichte. Die Damenabteilung der 09er spielte in den 37 Jahren ihrer Existenz mehrfach erstklassig, so 1985 und 1988 in der damals noch erstklassigen Regionalliga West, 1994 in der Bundesliga Nord sowie 2007 in der eingleisigen Frauen Bundesliga.

Aus finanziellen Gründen wurde die Frauenabteilung zum 30. Juni 2010 aufgelöst – die Spielrechte der 09-Ladys wurden vom VfL Bochum übernommen, viele Spielerinnen wechselten im Anschluss ebenfalls an die Castroper Straße. Allerdings gab es 2014 auch beim VfL Bochum Überlegungen, den Spielbetrieb der Damenabtei-

lung aus Kostengründen einzustellen. Eine breite Initiative von Fans der „Blauen“ verhinderte dies auf der Mitgliederversammlung.

Die Geschichte der SG 09 ist turbulent und bewegt – damit ist sie integraler Bestandteil der Stadt Wattenscheid. Der Verein ist sich seiner Verantwortung bei Ausbildung und Integration junger Fußballer bewusst und stellt sich dieser Herausforderung täglich. Vorstand und Aufsichtsrat

versuchen den Verein mittel- und langfristig zu entschulden und finanziell breiter aufzustellen, damit zukünftig eine sportliche Stabilisierung in allen Bereichen möglich ist.

Denn nur so kann die SG 09 Wattenscheid auch weiter Geschichten schreiben, die irgendwann einmal weitererzählt werden. Zum Beispiel bei der 650 Jahrfeier Wattenscheids.

Christian Mose (AR SG 09 Wattenscheid)

Ein Beitrag des Gesellen- und Meisterverein

HANDFEST – DER GESELLEN- UND MEISTERVEREIN

Aus der Geschichte – der Ursprung

Im Oktober 2012 wurde der Evangelische Gesellen und Meisterverein Wattenscheid 120 Jahre alt. Er versteht sich als christlicher Verein, in dem Handwerkern neben dem Berufsalltag Freiraum geboten wird, Gemeinschaft und Orientierung für das Leben zu finden. Seine Wurzeln reichen zurück in die Zeit der beginnenden Industrialisierung im Bergbau- und Stahlbereich. Am Ende des 19. Jahrhundert war festzustellen, dass sich der schaffende Mensch zunehmend für politische Ideale interessieren und mobilisieren ließ.

Im evangelischen Bereich stammen die Grundgedanken, ausgerichtet auf die Sozialisierung der Arbeit und den Abbau der Not vieler privater Existenzen, von dem Theologen Johann Hinrich Wichern. Sie führten schon recht früh nach Vorbildern in Berlin und München zur Gründung etlicher evangelischer Arbeitervereine auch im Raum Gelsenkirchen / Wattenscheid.

Rudolf Quandt griff den Gedanken für den Stand der Gesellen auf und gründete 1892 nach den organisatorischen Vorarbeiten im Stadt – und Amtsbezirk Wattenscheid den evangelischen Gesellenverein. Seinem Ruf folgten viele ausgebildete Handwerker aus den verschiedensten Berufen. Fest im Glauben stehend, verpflichteten

sie sich, durch gezielte Bildung und soziale Hilfestellung das Abrutschen betroffener Menschen in das Proletariat zu verhindern.

Aus der Geschichte – die Rückkehr

Bis 1935 konnte der Verein der Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus ausweichen und Wege für eine ungestörte Vereinsarbeit ausloten. Aber am 27. Oktober des gleichen Jahres wurde der Verband aufgelöst. Die Machthaber dieses imperialistischen und auf tausend Jahre angesagten Staatsgebildes, die keine Privatsphäre zuließen, fanden gottlob 1945 ihre Bezwingen. Der Zweite Weltkrieg, der damit sein Ende fand, kostete zu allem Bedauern auch vielen jungen und alten Gesellenfreunden das Leben. Ihr Gedankengut lebte aber weiter.

Nach verheerenden Kriegsjahren lag die gesamte Wirtschaft am Boden. Beim Wiederaufbau der massiv zerstörten Wohn- und Geschäftshäuser unserer Stadt waren heimkehrende Männer mit handwerklichen Fähigkeiten unentbehrlich. Sie erwarben sich mit ihrem Fleiß und ihren Ideen große Verdienste. Besonders nach der Währungsreform gab es für die Maurer, Schreiner, Maler und Installateure auf lange Zeit enorm viel Arbeit. Getragen vom festen Willen, sich in einer Berufsgemeinschaft fest zusammen zu schließen, riefen 1949 ehemalige Gesellenfreunde unter dem Vorsitz des Schmiedemeisters Johann Stölzing und dem zweiten Vorsitzenden Fritz Volke vierzehn Jahre nach seiner Auflösung den heute bestehenden Gesellenverein wieder ins Leben. Der Verein erlebte in den nächsten

30 Jahren seines Bestehens eine regelrechte Blütezeit. Mit seinem überzeugenden Auftreten in der Öffentlichkeit erwarb er sich einen festen Platz in der hiesigen Stadtgeschichte. Der große Festzug zum 60-jährigen Bestehen im Jahr 1952 zur Freilichtbühne, die Kundgebung mit 3000 Teilnehmern, ein groß aufgelegtes Programm zum 75. Geburtstag und für die begleitende Bundestagung sowie eine Ausstellung „Vom Lehrling zum Meister“ in der Berufsfachschule haben neben der Vielzahl anderer Aktivitäten dazu beigetragen.

Aus der Geschichte – die Erneuerung.

Mit dem Einzug in das gerade fertiggestellte Ev. Gemeindezentrum Westenfeld fand der Verein 1978 ein neues Zuhause. Dem Motto „Freizeit in der Gemeinschaft sinnvoll gestalten“ folgend, konnte man in den schönen Räumen jetzt vielen Interessen gerecht werden. Im Sportbereich trafen sich die Mitglieder über die normalen Versammlungen hinaus gern auf der Kegelbahn, an der Tischtennisplatte und am Schießstand. Auch die Geselligkeit, bisher hauptsächlich zu festlichen Anlässen und auf gemeinsamen Reisen sowie Wanderungen gelebt, erhielt neue Impulse. An der Spitze stand in diesen für den Verein so erfolgreichen Jahren seit 1969 mit Alfred Hellmann ein Mensch, der begeisternd und unterstützend in der Sache, viele, das Zusammenleben fördernde Vorhaben gelingen ließ. Als Dank für seinen unermüdlichen Einsatz in seiner 16 Jahre andauernden Amtszeit wurde ihm die Würde des Ehrenvorsitzenden zuteil. In seine Ära fällt auch die Gründung einer Frauengruppe unter der Leitung von Liesel Skubovius und die Umbenennung des Altvereins in Ev. Gesellen- und Meisterverein e. V. 1892. Er blickt 1982 auf die stolze Mitgliederzahl von 154 Männern und 59 Frauen. Mit einer Fahnenabordnung beim Festgottesdienst und dem offiziellen Festakt zum 100-jährigen Jubiläum der Kolpingfamilie Propstei untermauerte er die langjährige Wertschätzung der katholischen Handwerksbrüder.

Über die Zukunft – die Perspektiven.

Der Fortbestand des Evangelischen Gesellen- und Meistervereins e. V. ist seinem Vorstand, dem Präses wie allen Mitgliedern im Zeitalter der Automation und den damit verbundenen speziellen Berufsbildern ein großes Anliegen. Getreu dem Motto „Mit Zuversicht die Zukunft gestalten“ will Alt und Jung zusammenarbeiten, dabei wertvolle Erfahrungen austauschen, darauf aufbauen, aber auch moderne Ideen in das Programm einbeziehen. Über Weiterbildungsangebote in der Form von Seminaren und Studienfahrten soll Rüstzeug vermittelt werden, das die Entwicklung im Beruf oder gar die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz erleichtert. Besondere Aufmerksamkeit wird man dabei neuen technischen Systemen, nachhaltigem Wirtschaften und einer intensiven Nutzung von natürlichen Materialien schenken.

Das vereinsbelebende Element, die Geselligkeit, wird auch weiter gepflegt werden. Kreatives Werken in der Hobbywerkstatt und in der Frauengruppe, fröhliche Feste, gemeinsame Ausflüge und Urlaubsfahrten werden dazu genügend Gelegenheit bieten.

Was auch immer geschehen wird, wir bleiben unserer Kirche, dem Handwerk, unserem Bund, der seit Jahrzehnten befreundeten Kolpingfamilie und unserer Heimatstadt stets verbunden. Gott segne das ehrbare Handwerk!

Ehrhard Salewski

Ein Beitrag des Wattenscheider Judoka Sportvereins

WATTENSCHIEDER JUDOKA SPORTVEREIN

„Wir sind ein Breitensportorientierter Verein aus Wattenscheid und wurden im September 1973 gegründet. Bei uns werden verschiedene Kampfsportarten angeboten. Zum einen Judo als Wettkampfsport, seit Gründung des Vereines.“

Seit dem Jahre 2006 werden zudem die Systeme Aikate, Jiu Jitsu und ATK-SV im Bereich der Selbstverteidigung unterrichtet. Thomas Beyer hatte im Jahre 2001 die Selbstverteidigungsgruppe des Vereines übernommen, die damals noch unter dem Namen „Selbstverteidigung für Frauen“ lief. Es fanden aber auch immer mehr Männer den Weg in das Training und so wurde das SV-Trainerteam um Markus Eßler erweitert, der auch eine SV-Gruppe für Kinder etablierte. So konnte die Abteilung SV stetig wachsen.

Hinzu kommt noch eine „Fitnessgruppe“ in der die üblichen Fitnesskurse angeboten werden, wie man

sie auch aus dem Studio kennt. Über die Jahre haben wir einige Wettkämpfe mit unseren Mitgliedern im Bereich Judo bestritten. So haben wir zum einen in den vergangenen Jahren Philipp Schlag mit auf diverse Einzelmeisterschaften begleitet. Er war mehrfacher Ranglisten Gesamtsieger und hat in einem Bundesoffenen Turnier in Backnang den fünften Platz belegt. Wir sind stolz, dass er z. B. zuletzt 2015 den ersten Platz bei der Deutschen Einzelmeisterschaft belegte. 2010 waren sogar beide Vereinsgruppen auf Turnieren stark vertreten. Die Judo Frauenmannschaft belegte den 7. Platz der Landesliga Westfalens. Im Bereich SV gab es eine Show-Gruppe unter Leitung von Markus Eßler, „Magic Fighters“, die unseren Verein bei verschiedenen Vorführungen und Turnieren vertreten hat. Höhepunkt des Showteams war ebenfalls 2010 der Gewinn der Europa- und Deutschen Meisterschaft in der Kategorie „Show“ der Budo Akademie Europa.

Seit 2009 haben Thomas Beyer und Markus Eßler einen Benefizlehrgang etabliert, welcher zahlreiche Budoportler aus ganz Deutschland anlockt. Hier trainieren Sportler der verschiedensten Systeme



Wattenscheider Judoka Sportverein; Foto privat

und Verbände gemeinsam für einen guten Zweck. Die Lehrgangleiter unterrichten alle ehrenamtlich, so das der komplette Erlös des Lehrganges für einen guten Zweck gespendet werden kann. Der Ajukate-Benefiz Lehrgang ist somit zu einem festen Termin für viele Budo-Sportler geworden. Im Jahr 2011 überlegte die Judogruppe sich eine neue teambildende Maßnahme und begab sich wortwörtlich in neue Gewässer und nahm Teil an einer Drachenbootregatta. Es kristallisierte sich als spaßiges Event heraus und wurde bis heute weiter geführt mit steigendem Erfolg. 2014 bündelten dann die SV-Gruppe und die Judogruppe ihre Kräfte und paddelten gemeinsam auf Platz eins der 16. Days of Thunder! Der Judoka Wattenscheid hat ein ganz besonderes Mitglied, Arno Voss. Dieser beweist, dass Selbstverteidigung bis ins hohe Alter trainiert werden

kann. Arno trainierte schon in der SV-Gruppe des Vereines, als diese von Thomas Beyer übernommen wurde. Selbst jetzt im hohen Alter, er wird nächstes Jahr 80 Jahre alt, steht er immer noch aktiv auf der Matte.

Die Ajukate Gruppe hat noch eine weitere Besonderheit: Thomas Beyer ist der Trainer der Erwachsenenengruppe und einer der beiden höchsten Danträger im Ajukate, er hat den 5. Dan im Ajukate im Herbst 2016 erlangt.“

Der Judoka-Wattenscheid ist ein Verein, in dem über Verbandsgrenzen hinweg trainiert werden kann. Neben Breitensport, Wettkampf, Fitness und Selbstverteidigung werden auch die verschiedensten Freizeitaktivitäten für Jung und Alt angeboten. Jeder ist herzlich zum Probetraining eingeladen.“

Christoph Chlench

Haar Team Kaufmann

MEISTERBETRIEB

Starten Sie mit uns in den Frühling!

**Aktuelle Trends
Angebotstage DI und DO**

Ihre Treue wird belohnt!

**Für unsere Kunden
bilden wir uns auch
ständig weiter!**

Inh. Marianne Kaufmann

**Hochstraße 24
44866 Bochum
Telefon 0 23 27/8 86 91**



Ein Beitrag des Junge Chorgemeinschaft Wattenscheid

JUNGE CHORGEMEINSCHAFT WATTENSCHIED

Seit über 60 Jahren gehört die Junge Chorgemeinschaft Wattenscheid zu den beständigen Kulturträgern unserer Region.

Sowohl geistliche als auch weltliche Chorliteratur, a cappella von der Renaissance bis zur Moderne, und instrumental begleitete Werke gehören von Anfang an zum Repertoire des Chores. Passionen und Messen der großen Komponisten wurden mit dem Bochumer Barock-Ensemble aufgeführt. Weitere Werke in Zusammenarbeit mit verschiedenen Konzertorganisten zeigen die Vielfalt und Flexibilität im Umgang mit der reichhaltigen anspruchsvollen Chorliteratur.

Gemeinsame Auftritte mit dem ‚Paradoxon Klangorchester‘ und einem byzantinischen Chor für die griechisch-deutsche Kulturnacht ‚WATT O POLIS‘ sowie mehrfache Teilnahme bei der ‚Wattenscheider Kulturnacht‘ - auch hier Zusammenarbeit mit Musikern des türkischen Kulturkreises

– zeigen die Offenheit der Chormitglieder, sich auf manche musikalische Abenteuer einzulassen.

Zur Jungen Chorgemeinschaft Wattenscheid gehörten in all den Jahren auch eine Sportgruppe, der Jugendchor ‚die Emmäuse‘, ein Minichor für Kinder im Kindergartenalter und ein Kinderchor, der 42 Jahre lang existierte und u.a. mit einer Konzertreise durch Polen und mit der mehrfachen Teilnahme beim ‚Europäischen Musikfestival für die Jugend‘ in Neerpelt, Belgien, unvergessliche Eindrücke sammelte.

Auch in der Mitgliedschaft im Chorverband NRW und im Zusammenschluss mit anderen Chören der Kirchengemeinden zeigt sich das breit gefächerte musikalische Spektrum der Jungen Chorgemeinschaft Wattenscheid.

Durch zahlreiche Konzerte in Wattenscheid fühlt sich der Chor mit der Bevölkerung vor Ort verbunden.

Die Junge Chorgemeinschaft Wattenscheid trägt zurzeit zum fünften Mal den Titel ‚Meisterchor‘, zuletzt erworben beim Leistungssingen des Chorverbandes NRW im Jahre 2015.

Gudrun Stumpf



Junge Chorgemeinschaft Wattenscheid; Foto privat

Ein Beitrag des Kindergarten „Wattenscheid“ in Gambia – Partner für Afrika e. V.

EIN KINDERGARTEN IN GAMBIA, UNTERSTÜTZT AUS WATTENSCHIED

Ziele des Vereins

Der Verein wurde 1980 als Privatinitiative in Zusammenarbeit mit der WAZ gegründet. Sein Betätigungsfeld sind die Kinder in Gambia, Westafrika. Der Verein sieht seine Arbeit in erster Linie als Hilfe zur Selbsthilfe. Als erster Schritt ist er bemüht, die Kinder von der Straße aus Elend und Schmutz herauszuholen. Fernziel aber ist, durch bessere schulische Bildung die beruflichen Chancen zu verbessern. Das geschieht durch den Erwerb von Grundkenntnissen im Schreiben, Lesen und Rechnen sowie im Erlernen der englischen Sprache (Amtssprache), ohne die ein Schulbesuch nicht möglich ist. Von Hause sprechen nahezu alle Kinder nur ihre jeweilige Stammsprache.



Sogenannte „Patenschaften“ für 13,00 Euro im Monat sichern neben Sponsorengeldern und Aktionen des Vereins die Finanzierung. Alle Tätigkeiten für den Verein in Deutschland sind ehrenamtlich und ohne Aufwandschädigungen, so dass bisher Verwaltungskosten vermieden werden konnten. Das Geld kommt zu 100 Prozent den Kindern zugute.

Der Verein

Begleiten Sie uns ein Stück in der Geschichte des „Kindergartens Wattenscheid in Gambia“. Ein kurzer Überblick im Zeitraffer:

- 1978:** Die Idee, in Gambia einen Kindergarten mit Vorschule zu errichten.
- 1980:** Bau eines ersten Klassenblocks für 50 Kinder.
- 1980:** Einschulung der ersten 75 Kinder und Eröffnung des Projektes mit 4 gambianischen Lehrkräften in 3 Klassen.
- bis 1985:** Der Kindergarten wächst rasant. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Kinder. Die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte und der Bau weiterer Klassenräume werden erforderlich.
- 1988:** Die Zahl der Kindergartenplätze ist mittlerweile auf rund 300 gestiegen. Durch die Anlage eines Schul- und Nutzgartens (1986) und die Pflanzung zahlreicher Obstbäume (Mangos, Bananen etc.) können im Laufe der Jahre, dank entsprechender Bewässerung, die Kinder täglich ein kostenloses Frühstück erhalten.
- 2002:** Bau einer Versammlungshalle und die Einrichtung eines Spielplatzes.
- 2003:** Bau von jeweils sechs Mädchen- und Jungentoiletten mit Wasserspülung aus Sponsorengeldern.
- 2004:** Die Kindergartenküche wird erweitert.
- 2004:** Erste Überlegungen für eine bessere und gesichere Stromversorgung Solarenergie einzusetzen. Die Installation einer kleinen Anlage mit Unterstützung der FH Gelsenkirchen.



2007: Einrichtung einer Dentalstation in Zusammenarbeit mit der Uni Witten-Herdecke zur Prophylaxe und Behandlung von rund 3000 Kindern aus Kindergärten und benachbarten Grundschulen.



2008: Erweiterung und Ausbau der Solaranlage zur regelmäßigen, ausreichenden Versorgung mit Energie für die Dentalstation und für die Büros. Ein ausgemusterter Mannschaftswagen der Feuerwehr Bochum trifft als „Schulbus“ umgebaut in Gambia ein.

2009: Planung und Bau eines Gästehauses für Praktikanten und Helfer.

2010: Einweihung des Gästehauses im Rahmen der Feier zum dreißigjährigen Bestehen des Kindergarten-Projektes mit rund 50 mitgereisten Paten.

2011: Weiterer Ausbau der Solaranlage. Austausch der alten Behandlungsstühle gegen „neu“.

2012: Umbau der Markthalle zur Essenshalle.

2013: Förder- und Unterstützungsprogramm begabter und sozialschwacher Kinder ab Juli.

2013: Abriss der Wohnung der Leiterin und der alten Gästezimmer. Neubau eines neuen Wohnblocks.

2015: 50 Jahre Unabhängigkeit – 35 Jahre „Kindergarten Wattenscheid“.

2016: Bau eines Info-Centrums mit Store und Bücherei.

2016 / 17: Bau zwei weiterer Wohnungen für Mitarbeiter.

Unterrichtet wird in 15 Klassen, täglich von 8.30 bis 13.30 Uhr. Die Kleinen genießen mehr die spielerische Erziehung, für die Großen wird es ernst in den Fächern Englisch (offizielle Landessprache in Gambia), Lesen, Rechnen, Schreiben und Hygiene. Inzwischen kehren bereits Kinder des ersten Jahrganges als Lehrer in „ihren“ Kindergarten zurück. Wie gut die Kinder die Philosophie des Projektes im Laufe der Jahre verstanden haben, beweist sich in den Berufen, in denen sie jetzt arbeiten können.



Wenn auch die finanziellen Mittel weiterhin fast ausschließlich durch den „Kindergarten-Verein“ zur Verfügung gestellt werden und Entscheidungen über größere Investitionen und Erweiterungen in Abstimmung mit der Leitung in Gambia von Deutschland aus getroffen werden, so liegt die Führung des Projektes vor Ort in den Händen eines gambianischen Komitees aus Leiterin, Lehrern, Eltern und Repräsentanten des Dorfes. Arbeiten werden ausschließlich von Gambianern durchgeführt. Thomas Solbrig

Mehr erfahren Sie auf unserer Internet-Seite unter: www.kindergarten-wattenscheid-in-gambia.de



Ein Beitrag des Kolpingschar Wattenscheid

KOLPINGSCHAR WATTENSCHIED

„Ohne Freude kann das Menschenherz nicht sein“ so ein Zitat von Adolf Kolping.

Bereits im Jahr 1921 gründete sich die Laienspielgruppe „Frohschar“ aus den Reihen der Mitglieder der Kolpingsfamilie Höntrop. Zum Ziel hat man sich gesetzt, das kulturelle, künstlerische Laienspiel zu pflegen. Mit viel Herzblut wurden bereits in frühen Jahren Theater- und große Bühnenstücke aufgeführt. „Im weißen Rössel am Wolfgangsee“; „Die Gänsehirtin am Brunnen“ oder auch der „Etappenhase“ gehörten zum Repertoire der Gemeinschaft.

Im Jahr 1953 trat die Stadt Wattenscheid an die Mitglieder der Kolpingsfamilie mit der Bitte heran, für die daheim gebliebenen Kinder Märchen auf der Waldbühne in Höntrop aufzuführen.

Nach einigen Überlegungen gründete sich aus Mitgliedern der Kolpingsfamilie Höntrop und befreundeter Kolpingsfamilien die „Kolpingsspielschar Wattenscheid-Höntrop“.

Von den damaligen Gründungsmitgliedern leben heute noch die Ehrenmitglieder und sind im Rahmen der gesundheitlichen Möglichkeiten noch aktiv: Heinrich Weyers, Theresia Nau geb. Weyers, Bernhardine Auth geb. Weyers, Friedhelm Weyers.

Mit dem erstmals im Jahr 1954 aufgeführten Märchenstück „Drei Säcke voll Lügen“ auf der Waldbühne in Höntrop starteten dort die heute zur Tradition gewordenen Märchenspiele der Kolpingsspielschar Höntrop. Mittlerweile sind auf der Waldbühne die Kinder und auch bereits die Enkel in die Fußstapfen der „Altvorderen“ getreten. Nach der Eingemeindung der Stadt Wattenscheid nach Bochum wurden die Märchenspiele zunächst im Rahmen der Kinderferienbetreuung in Zusammenarbeit mit der Stadt Bochum, nach Übernahme der Waldbühne durch einen privaten Investor in Zusammenarbeit mit diesem, weitergeführt. Doch auch die Erwachsenen sollen auf ihre Kosten kommen. Nach den Märchenspie-



len findet seit 1978 im Oktober regelmäßig der Theaterabend in den Räumen des evangelischen Jugendheimes statt. Komödien und Boulevardtheater stehen dann an den drei Tagen des Wochenendes auf dem Programm. Auch diese Aktivität der Kolpingsspielschar wird von den Besuchern seit Jahren dankend angenommen.

Ein weiteres festes Standbein der Kolpingsspielschar ist seit 1957 der Karneval. Im Jahr 1957 wurde erstmals eine Karnevalsveranstaltung mit vielen Akteuren (Gesang, Bütt, Tanz) mit Präsident, Elferrat, Tanzmariechen usw. abgehalten. Der Elferrat trug zum damaligen Zeitpunkt selbstgenähte Elferratsmützen. Alles war etwas einfacher, aber mit Herz und Hand ausgeführt. Seit 1957 führt die Kolpingsspielschar in jeder Session bis zu elf Karnevalsveranstaltungen durch. Besonders zu erwähnen ist die jährlich stattfindende Benefizveranstaltung. Im Jahr 2009 waren 75 Aktive auf und hinter der Bühne im Sinne unserer Gemeinschaft und zur Freude der teilnehmenden Besucher aktiv.

Jeder, der Interesse an der Mitarbeit in der Kolpingsspielschar hat, kann sich über die Kolpingsfamilie Höntrop in unserer Gemeinschaft engagieren.

Tina Ridder

Ein Beitrag des „LiesWAT! e. V.

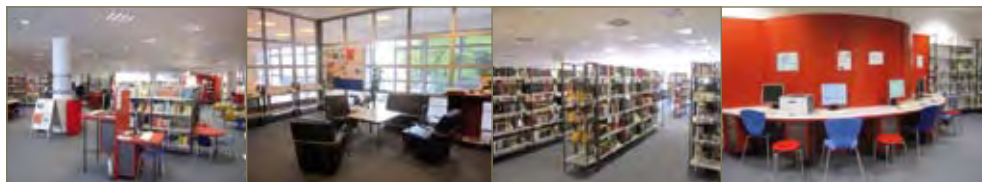
LIESWAT! E. V. Förderverein der Stadtbücherei Wattenscheid



„LiesWAT!“ ist nicht nur der Name unseres Vereins, sondern zugleich eine Aufforderung an die Wattenscheider Bürger. Wir möchten Ihnen die Bücherei im Gertrudis-Center nahebringen und Sie einladen, sich in dem gemütlichen Ambiente eine kleine Auszeit zu gönnen, in dem großen Bü-

cher- und Medienangebot zu stöbern oder eine der zahlreichen Veranstaltungen zu besuchen.

Das „LiesWAT!“ Autoren-Forum hat sich inzwischen bewährt und konnte im vergangenen Jahr schon zum dritten Mal lokale Autorinnen und Autoren einladen. Hier zeigt sich, wie bunt die Wattenscheider Literaturszene ist und welche Vielfalt in unserem Raum noch erschlossen werden kann. Hier ist es unser Ziel, auch Nachwuchstalente bekannt zu machen. Zu allen Veranstaltungen erstellt das „LiesWAT!“-Team ein leckeres Buffet und in diesem Rahmen findet immer ein netter Austausch zwischen allen Beteiligten statt.



cher- und Medienangebot zu stöbern oder eine der zahlreichen Veranstaltungen zu besuchen.

„LiesWAT!“ wurde 2013 gegründet und hat zurzeit 49 Mitglieder. Uns allen liegt die Bücherei Wattenscheid am Herzen und wir engagieren uns, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene kurze Wege zu allen Medien haben und die Bücherei als kultureller Treffpunkt erhalten bleibt.

Daraus ergeben sich die vielfältigen Aufgaben des Vereins: Es werden Veranstaltungen der Bücherei unterstützt, z. B. Lesungen, Vorlesewettbewerbe der Grundschulen, die Wattenscheider Kultur-

Natürlich ist es uns auch wichtig, die Bücherei mit Sachspenden zu unterstützen. So konnte bisher eine Verstärkeranlage angeschafft werden sowie ein DIN A3-Farbdrucker, ein Beamer und eine Leinwand.

Wir finanzieren uns aus unserem Jahresbeitrag von 12,00 Euro, Spenden der Mitglieder und Besucher und den halbjährlich stattfindenden Bücher-Flohmärkten. Die Gestaltung des Büchereiflurs konnten wir mithilfe der Hausverwaltung und der Liselotte-Rauner-Schule zu einem erfreulichen Ergebnis bringen. Schülerinnen und Schüler erarbeiten regelmäßig eine schöne Ausstellung, die auch zeitnahe Ereignisse thematisiert. So wird es



Vorstand von rechts: C. Werdelmann,
J. Zabolitzky, A. Kern, Dr. A. Zabolitzky





zur 600-Jahr-Feier entsprechende Bilder geben. Die kann man sich gemütlich sitzend auf der gegenüber liegenden Bank anschauen. Vielleicht hat man auch Lust, sich an dem „LiesWAT!“-Regal mit einem interessanten Buch zu versorgen, denn der Bücher-Austausch wird fleißig genutzt. Im Jahr 2017 steht, neben all den anderen Veranstaltungen, die 600-Jahr-Feier der Stadt Wat-

tenscheid im Blickpunkt. Wir hoffen, dass sich zu unserem Balladenabend möglichst viele Besucher einfinden und sich mit ihrer Lieblingsballade einbringen.

Wer mehr über uns erfahren möchte, kann sich in der Bücherei erkundigen oder unsere Homepage besuchen: www.lieswat.de

Astrid Kern

Ein Beitrag des TC Rot-Weiß Wattenscheid

TC ROT-WEISS WATTENSCHIED

Ein bisschen versteckt, im Herzen von Wattenscheid, liegt der Tennisclub TC Rot-Weiß Wattenscheid e. V., ein Verein mit großer Tradition und zurzeit 95 Mitgliedern. 1949 gegründet, pflegt er bis heute ein sportliches, familienfreundliches und geselliges Miteinander und ist beliebter Treffpunkt für Vereinsmitglieder und Freunde. Die Anlage liegt an der Propst-Hellmich-Promenade, rechts auf dem Weg zum Hotel Beckmannshof. Mit vier Tennisplätzen ist der Bereich überschaubar und lädt zu jeder Tageszeit zum Match ein. Auch im Winter kann man in einer Traglufthalle spielen. Florian Buch, der Jugendtrainer, bietet für Kinder und Erwachsene Trainingsstunden an, sowohl für Anfänger als auch für Fortgeschrittene.

In jedem Jahr veranstaltet er im Sommer ein Tennis-Feriencamp für Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 16 Jahren. Im Clubhaus finden darüber hinaus viele weitere Aktivitäten



statt: Skatabende, Sonntagsfrühschoppen, Essen à la Saison, z. B. Grünkohl, Ente oder Hering, Karnevalsfeiern u. a. m.

Unser jährliches Sommerfest ist immer ein großes Ereignis und gut besucht. Mit Musik, Tanz, leckerem Essen und einem kühlen Bierchen können die Mitglieder den Abend genießen. Hier sind Gäste immer herzlich willkommen.

Zur 600-Jahr-Feier Wattenscheids präsentieren wir den TC Rot-Weiß Wattenscheid mit einem



Infostand und bieten eine kleine Trainingseinheit an.

Gerne nehmen wir neue Mitglieder auf und laden interessierte Besucher ein, jederzeit in unserem Club vorbeizuschauen. Wenn Sie Kontakt auf-

nehmen möchten, wenden Sie sich bitte an die Vorsitzenden Joachim Kern: 02327-88618 oder ajkern@versanet.de sowie Rolf Pitschner: 02327-320572 oder webmaster@magicelement.de



Ein Beitrag des TV Wattenscheid 01 Leichtathletik e. V.

**DER TV WATTENSCHIED 01
LEICHTATHLETIK E. V.
steht für Spitzenleistungen made
in Wattenscheid –
seit über vierzig Jahren**

Die erste Adresse für großen Sport

Zeiten machen Wörter. Als der TV Wattenscheid 01 am 18. Mai 1901 im damaligen Wattenscheider Centralhof von einigen eifrigen Turnbrüdern gegründet wurde, war man überzeugt, „...die edle Turnerei, das Jugendspiel und die Übung

der Leibeskräfte und zugleich die Vaterlandsliebe und Verehrung für Kaiser und Reich zu pflegen. Frische des Geistes, Vertrauen in die eigene Kraft und Entschlossenheit des Willens bei der Jugend zu wecken, sie aber auch an rasches Auffassen und genaues Ausführen eines Befehls zu gewöhnen und zu williger Unterordnung unter die Zwecke eines größeren Ganzen zu erziehen.“

Wie sich die Zeiten doch ändern – und damit auch die Wortwahl.

Nach zwei verheerenden Weltkriegen musste auch der Sport in Wattenscheid wieder mühsam neu aufgebaut werden. Nichts war mehr mit “Befehlsausführung und Unterordnung”. Ende der sechziger Jahre wollte damit dann niemand mehr etwas zu tun haben, der einen Blick auf eine menschliche

Zukunft hatte. Auch im Sport. Turnen, Handball und die Leichtathletik waren die drei Säulen des Gesamtvereins TV Wattenscheid 01 – aber die Leichtathleten wollten mehr. Erfolg natürlich – und auch ein bisschen Selbstschutz. Denn die Leichtathletik-Talente gingen damals aus Wattenscheid weg. Anders als heute, wo der Club mit den blauweißen Hemden und dem großen “W” auf der Brust erste Anlaufstelle für viele Talente aus dem Ruhrgebiet und darüber hinaus ist.

“Wir hatten immer gute Leute, die uns weggeholt wurden. Wir mussten eigenständig werden, um einen Leistungstrend nach oben verzeichnen zu können”, sagte der damalige Vorsitzende Fritz Bonnacker. Mit knapper Mehrheit trennten sich die Leichtathleten vom Gesamtverein 1971 – der erste Jahresetat betrug 5000 Mark. Nicht viel – aber zum Glück gab es ja Klaus Steilmann. Der Textilunternehmer hatte halt nicht nur ein Herz für den Fußball – auch die Leichtathleten erfreuten sich von Beginn an einer großzügigen Förderung. Für professionelle Herangehensweisen hatte der “Boss” halt immer etwas übrig. Mit im Boot war auch noch ein anderer bekannter Wattenscheider Unternehmer: der Architekt und Wohnungsbauunternehmer Edgar Leicher stellte gemeinsam mit Walter Hagen im Vorstand den neuen Club komplett auf Leistung um. “Trainer-Legenden”



Michael Wessing; Foto Wattenscheid 01 Leichtathletik e. V.



Fritz Bonnacker und Willi Wülbeck;
Foto Wattenscheid 01 Leichtathletik e. V.

wie Erich Klamma oder Ede Rübmann machten es möglich.

Schon im Jahr darauf gab es das erste Ausrufezeichen: bei den Olympischen Spielen in München 1972 lief der Wattenscheider Sprinter Klaus Ehl als Schlussläufer der deutschen 4x100-Staffel zur Bronzemedaille. Danach ging es Schlag auf Schlag: Mitte der 70er wurde der TV Wattenscheid 01 Leichtathletik dreimal in Folge deutscher Mannschaftsmeister, einmal holte man auch den Europapokal. Die großen Namen damals: Ehl, Werner Bastians, Dieter Steinmann, Speerwerfer Michael Wessing, der 1978 den Europameistertitel holte.

Ab 1980 war man dann so gut – und auch so bekannt – dass man nicht mehr nach Talenten suchen musste. Man verstärkte sich nur noch ge-

zielt, der Vorstand bestimmte, welcher Athlet zu gebrauchen war und welcher nicht. Leistungsstreben, Elitedenken: schlecht ist der TV Wattenscheid damit nicht gefahren: Hammerwurf-Weltrekordler Karl-Hans Riehm kam und zog das blau-weiße Hemd über, Willi Wühlbeck erlief sich den Weltmeistertitel in seiner unnachahmlichen Weise über die 800-Meter-Strecke.

Das alles aber brauchte eine gesunde Basis: eine Jugendarbeit, die Schule machte. 1980 wurde der Grundstein für das Teilzeitinternat an der Hollandstraße, in Rufnähe des Lohrheidestadions, gelegt. Der Bochumer Oberbürgermeister Heinz Eikelbeck, nicht immer gern gesehener Gast in Wattenscheid, sagte damals: "Bezeichnend ist eigentlich, dass in unserem relativ wohlhabenden Staat erst jetzt, im Jahre 1980, mit dieser Grundsteinlegung ein Modellversuch zur systematischen Talentsuche und Talentförderung in der Leichtathletik Formen annimmt."

Der "Modellversuch" hat sich dann ganz schnell zu einer Institution in der Region entwickelt. An der Hollandstraße wohnen, lernen und trainieren heute genau wie damals junge Menschen, die mal große Sportler werden wollen. Die Aufwertung zum Olympiastützpunkt der deutschen Leichtathletik



Sabine Braun; Foto Wattenscheid 01 Leichtathletik e. V.

1987 hat diesen Umstand noch beflügelt. Weil auch die Vorbilder immer um die jungen Sportler herum sind: Sabine Braun zum Beispiel, die erfolgreichste Athletin des TV 01 aller Zeiten bisher. Zweimal Siebenkampf-Weltmeisterin, zweimal Europameisterin, Bronzemedailien-Gewinnerin bei den Spielen von Barcelona 1992. Sabine Braun hat dem Club die Treue gehalten und arbeitet heute als Trainerin. Genau wie Melanie Paschke, Sprint-Staffel-Weltmeisterin. Sie und mehr gehören zur großen TV-01-Familie.

Auch wenn man nicht alle nennen kann: noch ein paar andere Namen der Vergangenheit stehen für immer in der Ehren-Galerie des TV Wattenscheid 01 Leichtathletik e. V.. Jan Fitschen mit seinem Europameistertitel über die 10.000 Meter zum Beispiel. Oder Raymond Hecht, der auch heute noch den deutschen Rekord im Speerwurf hält. Und natürlich Woytek Czyz, der überragende Behindertensportler im Bereich der deutschen Leichtathletik seiner Zeit, der von seinen vier paralympischen Goldmedaillen im Sprint und im Weitsprung drei für den TV Wattenscheid holte. Denn was manchmal ein bisschen untergeht im Rennen um die Aufmerksamkeit für einen Sport, der es immer schwer hat, in den Medien neben dem Fußball zu bestehen: der TV Wattenscheid 01 ist auch im Behindertensport ganz vorn – die aktuellen Erfolge der sehbehinderten Sprinterin Katrin Müller-Rottgardt beweisen das: Bronze bei den Paralympics in Rio im letzten Jahr.

Und damit sind wir auch schon im Heute. Es hat sich kaum etwas geändert an der Hollandstraße, aber ein bisschen dann doch. Der Vorstand mit Chef Jörg Klocke überlässt das tägliche Geschäft festangestellten Profis. Der TV Wattenscheid ist nicht mehr der böse Club, der den anderen die Talente mit viel Geld abspenstig macht, heute setzen die Verantwortlichen auf Kooperationen mit den umliegenden Vereinen. Der Hauptsponsor heißt nicht mehr Steilmann, sondern Stadtwerke. 20 Trainer arbeiten im Stab des TV Wattenscheid 01, im Spitzensport wie in der Nachwuchsarbeit. Und die sind genau wie der Manager des immer noch erfolgreichsten deutschen Leichtathletik-Vereins, Michael Huke, schon lange da, auch als Aktive:

Cheftrainer Tono Kirschbaum lief selbst für den TV Wattenscheid, genau wie die Sprint- und Sprung-Fachleute André Ernst und Slawomir Filipowski oder Wurf-Trainer Miroslaw Jasinski. Gesiegt wird weiter: Spitzensportler wie 400-Meter-Königin Esther Cremer (Karriere-Ende 2016), Diskuswerfer Daniel Jasinski (Olympia-Bronze in Rio) und der schnellste Deutsche, Sprinter Julian Reus, der den deutschen Uralt-Rekord über die 100 Meter in den letzten Jahren immer wieder verbessert hat, waren und sind die aktuellen Helden. Neben all den Top-Athleten natürlich, die dafür sorgen, dass es auch in der "Breite an der Spitze" stimmt. Es gibt einfach zu viele deutsche Meister aus Wattenscheid, um sie alle aufzuzählen. Das Schönste aber ist: es kommt manchmal vor, dass ein Athlet zu einem anderen Club wechselt, weil er glaubt, sich dort sportlich weiter entwickeln zu können. Nach einem Jahr kommen viele wieder zurück. Wegen der

familiären Atmosphäre beim TV Wattenscheid 01 Leichtathletik. Und weil man hier was gewinnen kann.
Ingo Knosowski (Pressesprecher)



Werner Bastians (3. v. l.) mit weiteren Sportlern;
Foto Wattenscheid 01 Leichtathletik e. V.

Ein Beitrag des VfB Günnigfeld 11 / 26 e. V.

VFB GÜNNIGFELD 11 / 26 E. V.

Am 1. Juli 2002 fusionierten die Traditionsvereine Union Günnigfeld und DJK Westfalia Günnigfeld zum VfB Günnigfeld 11 / 26 e. V.. Am 8. Juli 1911 wurde Union Günnigfeld gegründet.

Der erste Höhepunkt war 1946 ein Freundschaftsspiel gegen FC Schalke 04 mit 9000 Zuschauern in Günnigfeld. Große Namen kommen aus unserem Verein – Willi Schulz und Willi Sturm, die später in Hamburg und Dortmund ihren Weg gegangen sind. 1926 wurde das zweite Glied des heutigen VfB Günnigfeld gegründet, die DJK Westfalia Günnigfeld. Hier wurden neben dem Fußball auch Leichtathletik und Tischtennis angeboten. 1978 entstand das Sportzentrum Günnigfeld, welches beiden Vereinen einen Schub verlieh. Durch die Eröffnung der Turnhalle wurde die Handball-Abteilung und die Abteilung der Frauen-Gymnastik gegründet. Zur gleichen Zeit wurde in Eigenarbeit das Vereinsheim an der



Günnigfelder Straße gebaut. Dies ist heute, nach einigen Umbauten, immer noch der Treffpunkt der Günnigfelder Sportfamilie. Mittlerweile umfasst das Sportangebot neben Fußball, Handball, Gymnastik, Aerobic auch eine Mutter-Kind-Turnabteilung.

Heute spielen die Seniorenmannschaften der Fußballabteilung in der Landesliga sowie der Kreisliga A, unsere Frauen zudem auf Kreisebene. In der Jugend spielen zehn Mannschaften in Günnigfeld.

Frank Scheffler



Ein Beitrag des Kreisverbandes Wattenscheid im Verband Wohneigentum NRW e. V.

Mit Haus, Garten und Familie in einer starken Gemeinschaft

DER KREISVERBAND WATTENSCHIED IM VERBAND WOHNHEIGENTUM NRW E. V. STELLT SICH VOR

Im Interview erzählt der Vorsitzende des Kreisverbandes Wattenscheid, Kai Fischer, was der Verein leistet, für wen eine Mitgliedschaft attraktiv ist und warum eine gute Nachbarschaft so wichtig ist.

Was genau macht der Verband Wohneigentum und für wen ist eine Mitgliedschaft interessant?

Der Verband Wohneigentum ist der größte gemeinnützige Verband für private Haus- und Wohneigentümer in Deutschland – also für alle, die sich mit dem Bau oder dem Erwerb eines Eigenheims den Traum von den eigenen Wänden bereits erfüllt haben oder noch erfüllen wollen. Unser Ziel ist es, dass sich jeder – und insbe-

sondere junge Familien – den Wunsch nach dem eigenen Heim verwirklichen kann. Der Verband setzt sich deshalb für die Interessen von Häuslebauern und Hausbesitzern ein, unterstützt sie mit einem vielfältigen Serviceangebot und schafft eine starke Gemeinschaft, in der es sich gut leben lässt. Dafür sorgen vor allem die ehrenamtlich geführten Siedlergemeinschaften und Kreisverbände vor Ort, wie beispielsweise unser Kreisverband hier in Wattenscheid.

Verband Wohneigentum Nordrhein-Westfalen e. V.

- größter Landesverband im Bundesgebiet
- Geschäftsstelle in Dortmund
- 60 Kreisverbände
- ca. 1.650 Gemeinschaften
- über 134.000 Mitglieder

Der Kreisverband Wattenscheid repräsentiert mit fast 1000 Mitgliedern in den 13 Siedlergemeinschaften geschätzt 2500 Wattenscheider Einwohner und ist damit relativ groß. Wie kommt es, dass der Verband Wohneigentum, seine Kreisverbände und die Gemeinschaften trotzdem kaum bekannt sind?

Eine Ursache könnte die Namensänderung sein. Unser Verband wird vielen älteren Bürgern noch als „Siedlerbund“ bekannt sein. Seit 2005 heißen der Bundesverband, sowie die Landes- und Ortsverbände „Verband Wohneigentum“. Grund dafür war der Wandel des Förderschwerpunktes. Das ursprüngliche Ziel des Vereins war es, die Gründung von Kleinsiedlungen in der Nachkriegszeit zu unterstützen. Heute steht die Interessenvertretung für Haus- und Gartenbesitzer im Mittelpunkt, um das familiengerechte und selbstgenutzte Wohneigentum nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu fördern.

Sie haben bereits das starke Gemeinschaftsgefühl und das umfangreiche Serviceangebot angesprochen. Von welchen Vorteilen profitiere ich als Mitglied genau?

Mit über 340.000 Mitgliedern bundesweit kann sich der Verein wirkungsvoll in Politik und Gesellschaft für die Interessen von privaten Wohneigentümern einsetzen. Im Mitgliedsbeitrag von rund 30,00 Euro pro Jahr ist außerdem ein speziell auf die Bedürfnisse von Wohneigentümern zugeschnittenes Servicepaket enthalten.

Die Leistungen (im Mitgliedsbeitrag enthalten)

- Grundstücks- und Gebäudehaftpflichtversicherung
- Bauherrenhaftpflichtversicherung
- Rechtsberatung
- Rechtsschutzversicherung
- Bauberatung
- Energieberatung
- Steuerberatung
- Hilfe zur Selbsthilfe in allen Gartenfragen
- Verbandszeitschrift „Familienheim und Garten“
- Lehrgänge, Seminare und Fortbildungsveranstaltungen

Die darin enthaltenen Versicherungen und Beratungsangebote decken alle Bereiche rund um Haus, Garten und Grundstück ab: Fragen zu Steuern und Gebühren, ebenso wie Bau, Energieeffizienz und Gartengestaltung. Mit unserer Verbandszeitschrift „Familienheim und Garten“ kommen

alle Informationen monatlich gebündelt direkt in den Briefkasten und der Leserreisen-Service bietet tolle Reise- und Ausflugsangebote an. Aber auch wenn wir nicht mehr „Siedlerbund“ heißen, so stehen die Siedlungen und die direkte Nachbarschaft natürlich weiterhin im Mittelpunkt unserer Arbeit. In den Siedlergemeinschaften vor Ort kommen zu den oben genannten Vorteilen nämlich noch viele dazu, die insbesondere durch persönlichen Kontakt und ein nachbarschaftliches Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden.

Warum ist die Nachbarschaft Ihrer Meinung nach so wichtig und was leisten die Siedlergemeinschaften?

Eine gute Nachbarschaft gehört einfach zu einem schönen Eigenheim dazu. Durch die Arbeit der Siedlergemeinschaften kennt man sich untereinander, man hat immer einen Ansprechpartner direkt vor Ort und kann sich gegenseitig unterstützen. Unsere Wattenscheider Siedlergemeinschaften pflegen diese gute Nachbarschaft mit bunten Straßen- oder Sommerfesten, interessanten Vorträgen und Schulungen wie Baumschnittkursen oder ähnlichem. Kinder- und Jugendgruppen in den Siedlungen sind besonders für junge Familien attraktiv. Hier lernen die Kinder Gleichaltrige aus der Siedlung kennen und können in unmittelbarer Nähe zum Elternhaus an tollen Freizeitangeboten teilnehmen.

Kreisverband Wattenscheid im Verband Wohneigentum NRW e. V.

1. Vorsitzender: Kai Fischer,
Moltkestraße 73, 44866 Bochum-Wattenscheid,
Tel. (02327) 86049
email: wattenscheid@verband-wohneigentum.de
[http: / / www.verband-wohneigentum.de / wattenscheid /](http://www.verband-wohneigentum.de/wattenscheid/)



VERBAND WOHN EIGENTUM

Ein Beitrag der Volksbühne Wattenscheid 1919

VOLKSBUHNE WATTENSCHIED 1919 STELLT SICH VOR

Die Volksbühne Wattenscheid wurde im Jahre 1919 unter den Namen „Edelweiß“ gegründet, später folgte die Umbenennung in „Volksbühne Wattenscheid“. Der Verein besteht also schon 98 Jahre. Die Mitglieder sind mit Leib und Seele dabei. Bis in die 60-er Jahre wurden auf der Wattenscheider Freilichtbühne viele Komödien und Dramen gespielt.

In den frühen Jahren hatte der Verein bis zu 400 Mitglieder. Einige wurden mehr oder weniger mit

der Bühne groß und haben ihr Hobby zum Beruf gemacht. Heute ist das Augenmerk des Vereins auf die Märchenspiele in den Sommerferien ausgerichtet, wie z. B. „Der Zauberer von Oos“, „Max und Moritz“ und „Rotkäppchen“. In den letzten Jahren führte der Verein auch wieder Komödien auf, zuletzt die Komödie „Pleite, Pech und Panne“ im Pfarrheim St. Nikolaus.

Neue aktive Mitstreiter sind jederzeit willkommen. Infos per Facebook oder bei: Norbert Behlert Tel 017651399737 bzw. Regina Schaar, Tel. 02327 / 72817.

Norbert Behlert (1.Vorsitzender)



Ein Beitrag des Wattenscheider Künstlertreffs

WATTENSCHIEDER KÜNSTLERTREFF

2011 haben Wolfgang Schlott und Waldemar Mandzel die Kreativgruppe „KÜNSTLERTREFF WAT“ gegründet. Aus unserem „Duo“ ist nun eine große Gemeinschaft aus 14 Künstlern entstanden.

Der Künstlertreff WAT ist ein lockerer Verbund verschiedener Künstler unterschiedlicher Sparten, der sich regelmäßig in Wattenscheid trifft, sich austauscht, weiteren zukünftigen Mitstreitern geöffnet zeigt und in zeitlich regelmäßigen Abständen seine neuesten Arbeiten der Öffentlichkeit präsentiert! Nach wie vor gilt unser besonderes Bemühen einem Heranführen der Wattenscheider Bürger an unterschiedliche Bereiche der Kunst, Literatur und Kultur all-

gemein. So haben wir an verschiedenen Stellen in Wattenscheid und Umgebung Lesungen, Ausstellungen, Diskussionsrunden, Dia- und Beamer-Shows und viele andere Events mehr organisiert und durchgeführt. (CentrumCultur der AWO, Stadtbibliothek, Friedenskirche, Tierpark Bochum, Archiv – Bochumer Centrum für Stadtgeschichte, Galerie Schloss Oberhausen...). Das alles natürlich ständig bei freiem Eintritt für die Besucher!

Selbstverständlich werden wir unsere Aktionen gern weiterführen und ausbauen und auch in der nächsten Zeit noch mehr Farbe und Bewegung in Wattenscheid und Umgebung verbreiten.

Waldemar Mandzel

Gisela Collenburg

„Die Malerei ist für mich ein
Lebenselixier.

Farbe ist meine Sprache“.

Kopf, Herz, Hand-Bewegung,

Dynamik, Farbkraft und

Power liefert Musik. Meine

malerischen Ausdrucksformen

reichen von realistisch bis zur gegenstandslosen

Malerei (Mail: gs.collenburg@gmx.de).



Marion Sabine Ewald

Die Malerei von Marion Sabine Ewald ist inspiriert von der Natur. Dabei geht es ihr nicht darum, das Gesehene abzubilden, sondern vielmehr um die Stimmungen von Weite, Licht und Atmosphäre zu vermitteln (www.marionsabine-ewald.de).



Svetlana Fot – Kunstmalerin

Sie studierte Kunst und Malerei in der Ukraine. Ihre Bilder und Zeichnungen spiegeln ihre Seele wider (www.fot-malerei.de).



Andrea Jansen –

Acryl- und Ölmalerei

„In überwiegend realistischer Malweise erarbeite ich mir Portraits, Stadtansichten, Wellen, Wolken und andere Naturphänomene. Besonders reizvoll sind dabei Lichteinfälle und Lichtreflexionen.

Motive finde ich überall“

(a.jansen61@gmx.de).



Ulrike Kappert-Eckwerth

Seit jungen Jahren befasst sie sich mit der Lyrik. Ihre Geschichten, die überwiegend von Tieren und Menschen handeln, faszinieren und fesseln den Zuhörer. Ihre Leidenschaft gehört den Katzen.



Margitta Kochman

In meiner Malerei stelle ich Alltägliches, oft Übersehenes in den Mittelpunkt
(www.kochman-art.de).



Waldemar Mandzel

Dipl. Grafik-Designer, Maler und Karikaturist
Autor mehrerer Kinder- und Bilderbücher
(www.mandzel.com / w.mandzel@web.de)



Kalle Müller

Gitarrist und Sänger der sanften Töne. Er bereichert mit seinen Darbietungen jede unserer Ausstellungseröffnungen (KalleHM@web.de).



Werner Siepler

„In gereimten Versen sinniere ich humorvoll zum Nachdenken anregend über die Macken und Marotten der Menschen. Durch meine Gedichte möchte ich die Problematik verschiedener Themen auf den Punkt bringen und Denkanstöße geben (werner-siepler@t-online.de).



Dagmar Steinmann

Ihre künstlerische Laufbahn begann im Jahre 1977 mit einer vierjährigen Ausbildung bei der Kunstmalerin Susanne Koop-Bloch. In Bochum erfuhr sie eine künstlerische, professionelle Kompaktaus- bildung in allen Bereichen der Malerei und Grafik (www.dagmar-steinmann.de / info@dagmar-steinmann.de).



Edith Tesar

„Ich male im Moment gerne mit Aquarell oder Acrylfarben, die Motive entspringen der Natur, dem Gefühl oder der reinen Phantasie. Die Farbigkeit ist sorgfältig durchdacht, sie muss harm- nisch sein und eine frohe Stimmung ausstrahlen“.



Heidi Wehner

Über die Liebe zur Natur bin ich zur Malerei gekommen. Die Fauna und Flora bieten mir die Motive. So gestalte ich vorzugsweise mit Acryl-Farben und unterschiedlichen Mate- rialien 3D-Bilder in Collage- Technik (hkhwehner99@gmx.de).



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des HBV	1
Grußwort des Oberbürgermeisters	3
Grußwort des Bezirksbürgermeisters.	4
Grußwort der Kirchen	7
Wattenscheid 1417.	8
Eine kleine Geschichte Eppendorfs	12
Der Heimatgeschichtskreis Eiberg gratuliert	15
Die Gertrudiskirche in Wattenscheid	17
Es war einmal der Traumrausch – Kinopaläste	19
Die Friedenskirche	23
Der Bergbau in Wattenscheid	25
Wattenscheid im Jahre 1923 – Inflation und Besatzung.	37
Die Tochter darf nicht Esther heißen	42
Wattenscheider Juden im Dritten Reich.	43
Ein trügerisches Idyll – Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg	53
Wattenscheid 1945.	57
Diskussion: Dutschke und Rau in Wattenscheid	61
Erinnerungen an den Wattenscheider Bierstall.	63
Wattenscheids berühmte Kinder	64
Kommunalreform 1925.	64
Gebietsreform – Zusammenschluss von Bochum und Wattenscheid	68
Der Kettwiger Kreis.	74
Der Höntroper Krater	78
Beitrag der evangelischen Kirche	80
Beitrag des Festausschusses Wattenscheider Karneval	82
Beitrag des Höntroper Gänsereiterclubs	85
Beitrag der SG 09 Wattenscheid	86
Beitrag des Gesellen- und Meistervereins.	91
Beitrag des Wattenscheider Judoka Vereins	93
Beitrag der Jungen Chorgemeinschaft.	95
Beitrag des Kindergartens Wattenscheid-Gambia	96
Beitrag der Kolpingspielschar Höntrop	98
Beitrag von LiesWat	99
Beitrag des Tennisclubs Rot-Weiß.	100
Beitrag des TV Wattenscheid 01 e. V.	101
Beitrag des VfB Günnigfeld 11 / 26 e. V.	104
Beitrag des Verbandes Wohneigentum	105
Beitrag der Volksbühne Wattenscheid	107
Beitrag des Wattenscheider Künstlertreffs	108

IMPRESSUM

Herausgeber:

Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V.
An der Papenburg 30 a · 44866 Wattenscheid
Telefon / Fax 02327-321720
Postadresse: Postfach 600452 · 44866 Wattenscheid
www.hbv-wat.de · info@hbv-wat.de

Redaktion:

Berthold Jablonski, Rudolf Wantoch
und der Arbeitskreis Stadtgeschichte des
Heimat- und Bürgervereins e. V.
Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen
Autoren und Vereine verantwortlich.

Zum Titelbild:

Als Grundbild diente das alte Titelbild der Festschrift zur 500 Jahrfeier im Jahre 1925 mit der heiligen Gertrud und dem stilisierten Wattenscheider Stadtwappen.

Über St. Gertrud der moderne Baustil der Gegenwart (Foto: Alfred Winter). Rechts oben der vor einigen Jahrzehnten vergangene Industriezweig, der vielen Menschen im Ruhrgebiet und Wattenscheid einen angemessenen Lebensunterhalt bot. Mitte links das uralte Rathaus der Freiheit Wattenscheid. Unten rechts verdeutlicht die Rechtsprechung im Mittelalter unter der Femelinde in Staleicken.

Der Arbeitskreis des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid e. V.

Satz , Gestaltung und Gesamtfertigung dieser Broschüre:

Ritter-Druck GmbH
Hansastraße 103 · 44866 Wattenscheid
Telefon 02327-98460 · info@ritter-druck.de
www.ritter-druck.de

Café
BELMAR
EST. 2015

600 Jahre Wattenscheid
... das BelMar Team gratuliert!

Seit zwei Jahren sind wir nun schon Ihr familiäres Wohlfühlcafé direkt am Alten Markt. Als Teil der Wattenscheider Familie freuen wir uns auf Ihren nächsten Besuch bei uns.



Café
BELMAR

Inh. Maria Ferreira
Alter Markt 4
44866 Bo.-Wattenscheid
Tel. 02327 5001009
Email: info@cafe-belmar.de



immer eine gute Adresse!

600 Jahre Wattenscheid

Kleine Straße - Große Feier
auf der Erlebnismeile Westenfelder Straße

Samstag, 01. Juli

Sonntag, 02. Juli

12.00 - 18.00 Uhr

Großes Familienprogramm

- Erbeerfest
- Live-Musik
- Showbühne
- Straßen-Acts
- Modenschau
- Kindermeile





SOFORTFOTO?

Finden Sie zum günstigen Dauerpreis
in Ihrem dm-Markt Oststraße 38,
44866 Bochum



HIER BIN ICH MENSCH
HIER KAUF ICH EIN